

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

für die
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitungs- oder deren Raum 30 A.

Das Groszkapital im Baugewerbe.

In den letzten 15 Jahren ist auch das Baugewerbe von der großkapitalistischen Entwicklung mächtig erfasst worden, und zwar in einem viel größeren Maße als die Statistik erkennen lässt. Während 1895 in Deutschland vier Baubetriebe mit je über 1000 Beschäftigten bestanden, waren 1907 elf Großbetriebe mit zusammen 20 008 Beschäftigten vorhanden. Seit dem Jahre 1907 hat der Umfang der baugewerblichen Großbetriebe weiter erheblich zugenommen; doch zahlenmäßig wäre die überragende Macht des Groszkapitals im Baugewerbe auch nicht annähernd darzustellen, selbst wenn genaue Ziffern über das Wachstum der Großbetriebe in den letzten drei Jahren vorlägen. Allein die Tatsache, daß sehr bedeutende Geschäftserweiterungen eines Bauunternehmens nicht entsprechende Vergrößerungen von Betriebsanlagen, wie etwa in der Eisenindustrie, bedingen, sondern in der Hauptsache an die Verstärkung der Finanzkraft gebunden sind, beweist, wie anders als in den meisten übrigen Gewerben hier die Formen sind, in denen das Groszkapital auftritt. An Verjuden, Großbetriebe im Baugewerbe zu errichten, hat es schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als die Boden- und Baupespekulation äppige Blüten trieb, nicht gefehlt; es entstanden in Berlin und andern Großstädten Bauunternehmungen in Gestalt von Aktiengesellschaften, die in dem Krach, der der Gründerperiode folgte, aber zu allermeist wieder das Zeitliche segneten. Nichtsdestoweniger wurde das Baugewerbe zu einer Domäne des Groszkapitals. Um diesen Prozeß verfolgen zu können, bedarf es zunächst der Feststellung, daß die Boden- und Baupespekulation die bauliche Aufschichtung ihrer Terrains überwiegend nicht selbst ausführte, sondern diese Bauten in verschiedenster Form vergab. Es ist interessant, rückblickend zu verfolgen, wie planmäßig das Kapital Jahrzehnte hindurch ein Heer von Bauinsideln heranzüchtete, indem es gänzlich vermögenslosen oder äußerst finanzschwachen Leuten Gelegenheit gab, als Bauunternehmer aufzutreten, die durch die berücksichtigten Baugelder- und Hypothekenverträge seine willenlosen Kreaturen waren und blieben. Unzählige Bauhandwerker und Arbeiter sind im Laufe der Jahre um zahllose Millionen durch das beliebte System der Strohmänner betrogen worden, aber der Gewinn dieser Räubereien fiel nur zu dem allergeringsten Teile den vorgeschobenen Bauarbeitern zu, er floß vielmehr in die Taschen ihrer Drahtzieher, der vornehmen und reichen Groszspekulanten, die daraus Millionenvermögen zogen und in der kapitalistischen Welt als talentvolle und erfolgreiche Finanzmänner geschätzt werden. An kapitalkräftigen und dabei unabhängigen Baugesellschaften, die Bauten für fremde Rechnung ausführten, war der Terrain- und Baupespekulation meist wenig gelegen; solche Betriebe wollten aus der Bautätigkeit einen ausreichenden Unternehmensgewinn ziehen, dabei kollidieren sie aber mit den Interessen der Spekulation, die möglichst auch den Profit aus der Bauausführung für sich reklamiert.

Durch die technischen Neuerungen in den letzten Jahren, die in andern Gewerben recht wesentlich zur Beschleunigung der Betriebskonzentration beitrugen, wurde im Baugewerbe die Entwicklung zum Großbetrieb im Grunde nur wenig gefördert, vielleicht wurde eher das System der Dezentralisation, wie es sich das Groszkapital geschaffen hatte, erleichtert. Mit der zunehmenden Verwendung von Eisenkonstruktionen, Beton usw. traten verschiedene Industrien stärker oder neu in den Dienst der Bautätigkeit. Diese mit größter Leistungsfähigkeit verbundene Spezialisierung erhöhte nun die Möglichkeit, riesenprojekte mit den gefestigten Bauunternehmungen alten Stils durchzuführen. Dazu

kam noch, daß auch weitere Hilfgewerbe entstanden oder zum Teil schon vorher entstanden waren, so Mörtelwerke, Leiter- und Gerüstverleihanstalten, Fabriken zur Herstellung von besonderen Decken, Wänden, Zementprodukten, Geschäfte zur Verleihe von Feldbahnen, Aufzügen usw. Dem Groszkapital erwuchs daraus eine weitere Stärkung seiner Macht; denn gerade die neue Betriebsweise stellte sehr hohe finanzielle Anforderungen, die das finanzschwächere Bauunternehmertum noch mehr als bisher in Abhängigkeit brachten.

II.
Die Aktiengesellschaften im Baugewerbe.
Eine derartige Gestaltung schloß natürlich nicht aus, daß sich auch große baugewerbliche Unternehmungen herausbilden; es waren dies vornehmlich Baugesellschaften, die die großen öffentlichen Arbeiten übernahmen oder selbst die Bautätigkeit mit der Bodenpekulation verbunden. Wohl die meisten dieser Betriebe sind schon in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. In Deutschland bestanden 1908/09 44 Aktiengesellschaften im Baugewerbe, darunter in Preußen 31. Von den Aktiengesellschaften, die ihren Sitz in Preußen haben, entfallen allein 15 auf den Tiefbau. Für die Unternehmungen, die Hafen-, Kanal- und ähnliche Bauten ausführten, war der Großbetrieb von vornherein geboten, denn sie müssen über umfangreiche technische Einrichtungen verfügen, ihr Betrieb ist schon deshalb an festere Organisationen als der Hochbau gebunden. Eine nähere Betrachtung der Entwicklung der Aktiengesellschaften im Baugewerbe zeigt denn auch, daß diese Kategorie von Gesellschaften die sichersten Grundlagen und eine hohe, dabei stetige Rentabilität aufweist. — Zu den ältesten Aktiengesellschaften im Baugewerbe gehört die Aktiengesellschaft für Bauausführungen in Berlin, die im Jahre 1872 gegründet wurde. Ihr Aktienkapital beträgt drei Millionen Mark; in den Jahren von 1902 bis 1906 verteilte sie eine Dividende von je 5 pZt., 1907 blieb dividendenlos. Wegen der ungünstigen Lage des Baumarktes mußten bei den hohen Engagements der Gesellschaft große Abschreibungen vorgenommen werden; es ergab sich ein Verlust, der im Jahre 1908, für das gleichfalls keine Dividende verteilt wurde, bis auf einen kleinen Rest getilgt werden konnte. Für 1909 kam wieder eine Dividende von 5 pZt. zur Verteilung. — Die kapitalreichste Gesellschaft ist die Berliner Terrain- und Bau-Aktiengesellschaft, die im Jahre 1903 mit einem Kapital von viereinhalf Millionen Mark errichtet wurde. Eine Kapitalserhöhung auf siebeninhalf Millionen erfolgte im Jahre 1906, eine weitere Kapitalserhöhung auf 18 Millionen Mark wurde 1908 bei der Aufnahme der Firma Bosman & Knauer vorgenommen. Diese Vereinigung der Berliner Terrain- und Bau-Aktiengesellschaft mit der Firma Bosman & Knauer kam unter der Führung der Deutschen Bank zustande, die an Bosman & Knauer durch eine ihrer Tochterbanken interessiert war. Zu den Hauptbeteiligten an der Berliner Bau- und Terrain-Aktiengesellschaft gehört der Fürst v. Fürstberg, der auch sonst erhebliche Interessen in der Berliner Terrain- und Baupespekulation hat, die er gemeinsam mit der Deutschen Bank betreibt. An Dividenden zahlte die Gesellschaft im Jahre 1904 und 1905 je 5 pZt., seit 1906 je 10 pZt. Bei dem Erwerb von Bosman & Knauer wurde mitgeteilt, daß diese Firma im Jahre 1892 gegründet und im Jahre 1902 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt wurde. Von 1902 bis 1906 einschließlich hat sich nach offizieller Angabe eine Dividende von 15 pZt. alljährlich ergeben, für 1907 wurde der Gewinn wegen der kritischen Situation des Baumarcktes vorgezogen, der Gewinn der Jahre 1908 und 1909 wurde zur inneren Kräftigung verwendet. Im ersten Jahre ihres Bestehens, 1892, waren bei Bosman

& Knauer sechs Beamte und 100 Arbeiter beschäftigt der Umschlag auf Bauaufträge erreichte die Höhe von M. 200 000; im Geschäftsjahre 1906/07 sollen bei der Firma über 500 Beamte und etwa 10 000 Arbeiter tätig gewesen sein, der Umschlag wurde auf circa 50 Millionen Mark angegeben. Zweiggeschäfte und Baubüreaus unterhält die Firma in Köln, Düsseldorf, Aachen, Hannover, Hamburg, Wiesbaden und Stettin. In der Zwischenzeit dürfte hierin einige Veränderungen erfolgt sein. — Erst 1907 wurde das Baugesellschaft von Geld & Franke in Berlin in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zwei Millionen Mark umgewandelt. Ueber die Umsätze und Gewinne der Gesellschaft und der früheren Privatfirma Geld & Franke brachte der Gründungsprospekt folgende Angaben:

	Umsatz	Reingewinn	Abschreibungen
1903/04	4241497	275809	55792
1904/05	4214066	255044	75929
1905/06	6190893	550859	92181
1906/07	7160333	328553	98519
1907/08	8616671	312024	112499
1908/09	—	465271	87248

Die Höhe des Umsatzes im Jahre 1909 gibt der Geschäftsbericht nicht an. Die Dividende betrug für die Jahre 1907 und 1908 je 12 pZt., für das letzte Geschäftsjahr 18 pZt.

Eine andere Art von Aktiengesellschaften im Baugewerbe wird durch die Internationale Baugesellschaft in Frankfurt a. M. repräsentiert. Zweck der Gesellschaft, die zum Konzern der Deutschen Bank gehört, ist nach dem Statut: Ausführung von Bauten für eigene und fremde Rechnung oder zusammen mit andern, insbesondere Eisenbahnen, Brücken, Kanäle, Straßen, Gebäude jeder Art, Ankauf und Verkauf von Immobilien, Anlegung von Straßen und Stadtteilen, ferner Fabrikation von Baumaterialien, Erwerb und Betrieb von Steinbrüchen, Schiefergruben und Waldungen. Das Grundkapital der Internationalen Baugesellschaft beträgt 6,45 Millionen Mark. Diese Gesellschaft ist eigentlich ein Finanzierungsunternehmen, die Bauausführung übergibt sie Baugesellschaften, und zwar in erster Reihe oder fast ausschließlich dem Baugesellschaft Ph. Holzmann & Cie, G. m. b. H., in Frankfurt a. M., an dem sie mit fünf Millionen Mark beteiligt ist. Der Gründer des Baugesellschafts Holzmann war auch Begründer der Internationalen Baugesellschaft; bis zu seinem Tode war er Vorsitzender des Aufsichtsrats. Die Dividende der Internationalen Baugesellschaft beträgt seit vielen Jahren 12 pZt.

Schnell entwickelt hat sich die Aktiengesellschaft Wapf & Freitag in Neustadt in der Gardt. Im Jahre 1900 mit einem Aktienkapital von 1,2 Millionen Mark errichtet, nahm sie im Jahre 1903 eine Erhöhung um M. 300 000, 1904 um M. 500 000, 1907 um eine Million und 1909 von neuem um eine Million vor, so daß das Grundkapital jetzt insgesamt vier Millionen Mark beträgt. Neben der Ausführung von Brücken, Hoch-, Tief- und Wasserbauten betreibt die Gesellschaft die Herstellung von Zement- und Zementröhren, sowie von andern Baumaterialien. Geschäftsstellen unterhält sie in Berlin, Hamburg, München, Dresden, Frankfurt, Nürnberg, Düsseldorf, Stuttgart, Straßburg, Karlsruhe, Luxemburg und Riga. Es betragen in den letzten Jahren:

	Umsatz	Dividenden
1904/05	4480000	8,5
1905/06	5740000	8,5
1906/07	7710000	9,5
1907/08	11150000	10,0
1908/09	14380000	10,0

Die Gesellschaft ist noch an andern Unternehmungen beteiligt, so an der Wasser- und Abwasser-Reinigungsgesellschaft m. b. H., der Eisen-Beton-Gesellschaft m. b. H. in München, der Windmühl- und Langelott G. m. b. H. in Dresden, an dem Asphaltwerk Wigankow in Charlottenburg, sowie an einer Reihe von ausländischen Unternehmungen.

Mit einem Kapital von drei Millionen Mark ist die im Jahre 1896 gegründete Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt am Main ausgestattet. Im letzten Geschäftsjahr blieb sie dividendenlos, sie erlitt erhebliche Verluste an Bahnbauten in der Eifel. In den Jahren 1903 bis 1908 betragen die Dividenden 4 pZt., 4 pZt., 5 pZt., 5 pZt. und 5 pZt. — Die Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger wurde im Jahre 1905 errichtet, und zwar durch Übernahme der Firma Julius Berger in Bromberg und Berlin. Auf das Kapital von einundhalb Millionen Mark wurden Dividenden von 10 und 14 pZt. in den beiden letzten Jahren von je 20 pZt. gezahlt. Im vergangenen Jahre waren bei den Bauten der Gesellschaft durchschnittlich 3500 Arbeiter beschäftigt. — Auf demselben Gebiete — Kanalanlagen, Hafenanlagen und Eisenbahnbauten — ist die Aktiengesellschaft Gebr. Goebhart in Düsseldorf tätig; sie wurde im Jahre 1906 errichtet, ihr Aktienkapital beträgt viereinhalb Millionen Mark. Zweigniederlassungen unterhält die Gesellschaft in Kiel, Wilhelmshaven und Schwedt an der Oder; die Zahl der Beamten und Arbeiter in der Saison wird auf 1000 bis 1200 angegeben. Bisher wurden gleichmäßig je 11 pZt. Dividende gezahlt. — Gleichfalls im Jahre 1906 gegründet wurde die Aktiengesellschaft Grün & Biffinger in Mannheim, die besonders Tiefbauten ausführt. Auf das Aktienkapital von vier Millionen Mark gelangten in den vier Jahren des Bestehens der Gesellschaft je 7 pZt. zur Verteilung. — Die Aktiengesellschaft Dyckerhoff & Widmann in Biebrich a. Rh., errichtet 1907, arbeitet mit einem Aktienkapital von vier Millionen Mark, auf das seit der Gründung Dividenden von je 8 pZt. verteilt wurden. Das Unternehmen betreibt die Fabrikation von Zementwaren, die Errichtung von Tief- und Hochbauten (namentlich Beton- und Eisenbau) und unterhält Zweigniederlassungen in Berlin, Dresden, Hamburg, Karlsruhe, München und Nürnberg. — Ueber ein Kapital von zwei Millionen Mark verfügt die Aktiengesellschaft Haber-mann & Gude in Kiel, die seit drei Jahren besteht und jährlich 10 pZt. Dividende zur Ausschüttung brachte.

Die Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau in Berlin mit Zweigniederlassungen in Dresden, Essen, Hamburg, Königs-berg, Leipzig, Stuttgart, Cassel, Frei-burg i. Br., Straßburg wurde 1889 gegründet, ihr Kapital beträgt jetzt zweieinhalb Millionen Mark. Die Dividende in den letzten drei Jahren betrug je 10 pZt. — Das Kapital der Lokat-Eisenbeton-Aktiengesellschaft Breslau beträgt eine Million Mark, ihre Dividenden betragen 7, 8 und 2 pZt. Die Lokat-Eisenbeton-Aktiengesellschaft in Düsseldorf wurde, wie das vorher genannte

Unternehmen, im Jahre 1907 gegründet, und zwar mit einem Kapital von 1,6 Millionen Mark; die Dividende kam in Höhe von 8, 4 und 8 pZt. zur Verteilung.

Ertragslos blieben seit mehreren Jahren unter andern: die Aktiengesellschaft für Bauaus-sührungen vorm. Georg Löhndorf & Söhne in Frankfurt a. M., die Lothringer Bau-gesellschaft Aktiengesellschaft in Metz, die Aktiengesellschaft Haesler in Müll-hausen i. E., die Westdeutsche Baugesell-schaft in Bonn. Aber keineswegs ist diese dauernde Ertragslosigkeit in allen Fällen auf die Un-günst der Konjunktur zurückzuführen, manche dieser Ge-sellschaften war von Tage ihrer Gründung an frank.

Der sechste Oesterreichische Gewerk-schaftskongreß.

Am 17. Oktober trat in Wien der sechste Oesterreichische Gewerk-schaftskongreß zusammen. Mehr als andere Kon-gresse lenkte er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, war es doch seine Aufgabe, in dem Streite zwischen Separatisten und Zentralisten ein gewichtiges Wort zu sprechen. Der Kongreß hat das Gedacht, was die internationalen Zentralisten von ihm erwarteten: ein unumwundenes, starkes Bekenntnis zur einheitslich-zentralistischen Organisations-form. Auf dem Kongreß herrschte darüber keine Meinungsverschiedenheit, daß die zentralistische Organi-sationsform die beste sei und deshalb durchzuführen werden müsse. Es wurden aber Stimmen laut, die des lieben Friedens halber zu Konzessionen an die Separatisten in nicht unbedeutendem Maße bereit waren. Die Parteiführer und auch die Gewerkschaftskommission wollten zu den geplanten Einigungsverhandlungen eine Marschroute mit auf den Weg bekommen, die nur die einheitsliche Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe und die einheitsliche Verwaltung der Kampfesunterstützungen als Mindestforderung der Zentralisten vorseht. Die Mehrheit des Kongresses war anderer Meinung; sie wollte ausdrücklich feststellen wissen, daß an der zentralisti-schen Organisationsform nicht gerüttelt werden darf. In einer schließlich einstimmig angenommenen Resolu-tion wurde dieser Ansicht Rechnung getragen.

Der für die österreichische Gewerkschaftsbewegung denkwürdige Kongreß nahm folgende Verlauf: Der Abgeordnete Beer eröffnete die Tagung mit einer schwing-vollen Ansprache. Er verwies auf den Gewerkschaftskonflikt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es schließlich doch ge-lingen möge, eine Einigung herbeizuführen. An auswa-rtigen Vertretern konnte der Vorleser begrüßen: Camille Guy-mans für das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel, Karl Legien für die Gewerkschaften Deutsch-lands, J. Szász und Tschak für die ungarischen Gewerkschaften und Klausner aus Sarajewo für die bos-nianischen Gewerkschaften. Ferner waren die Vertretung der österreichischen Sozialdemokratie, der Klub der sozial-demokratischen Abgeordneten und viele andere Korporationen des organisierten Proletariats vertreten. Die bedeut-same Tagesordnung betraute, daß die Zahl der Delegierten größer war als bei früheren Gewerkschaftskongressen. 439 Delegierte aus allen Gauen Oesterreichs waren er-schienen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beschloß der Gewerkschaftskongreß eine Kundgebung gegen die ungemein drückend gewordene Lebensmitteluerung. Er forderte die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, sich an dem politischen Kampfe gegen die kapitalistisch-agrarische Steuerungs-politik zu beteiligen und durch die Förderung der Genossenschaftsbewegung den proletarischen Konium zu organisieren. Es soll aber noch rastlos an dem Ausbau der Gewerkschaften weitergearbeitet werden, denn in der Stär-kung der gewerkschaftlichen Organisation erblickt der Kon-greß das wichtigste und wirksamste Mittel zur Abwehr der bedrohenden Wirkungen der Steuerung.

Nach Entgegennahme einer Reihe Begrüßungen er-stattete dann der Gewerkschaftssekretär Hueber den Rechen-schaftsbericht der Gewerkschaftskommission. Er be-sprach die Leistungen der österreichischen Gewerkschaften im Unterstufungsbesenen und konnte betonen, daß sie durchaus zufriedenstellend waren. Auf organisatorischem Gebiet habe sich die Tätigkeit der Jugendorganisation und des Ge-werkschaftsrauentomitees, das zur Belebung der Agitation unter den Frauen eingesetzt worden war, recht angenehm bemerkbar gemacht. In dem gewichtigsten Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit, bei dem Kampfe um die Verbesse-rung der Arbeitsbedingungen, habe sich die Situation gegen-über früher geändert, als nun die Unternehmerrorgani-sationen zu großer Machtvolle gediehen seien. Die Kämpfe werden insolge dessen immer erbitterter und tieferhatter. An den Bericht der Gewerkschaftskommission schlossen sich Berichte über die Tätigkeit jener amtlichen Institutionen, in die die Gewerkschaften Vertrauensmänner ent-senden. Es berichtete der Abgeordnete Müller über das arbeitsstatistische Amt und den Arbeitsrat, der Abgeord-nete Widholz über die Tätigkeit der Unfallversicherungs-kommission.

Ueber den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, den Kampf um die einheitsliche Gewerkschafts-organisationsform, erstattete Hueber das Referat. Er gab eine geschichtliche Darstellung des Konflikts, an den sich eine gründliche Erörterung der gegenwärtigen Situation schloß. Er sagte ferner unter andern: „Daß wir den Willen zum Frieden haben, ist sicher. Keiner auf dem Kon-greß ist da, der den Frieden nicht will; aber einen Frieden, der möglich ist, einen Frieden, der die Schlagfertigkeit und die Kraft der Gewerkschaftsorganisation nicht unterbindet. Ein Friede, der das nicht bringt, ist unmöglich und schade um die Zeit, die wir daran verwenden, um zu behandeln. Die Gewerkschaftskommission schlägt eine Resolution vor, die den Separatisten soweit als es nur irgendwie möglich ist, entgegenkommt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ausgeschlossen ist und daß keiner hier auf diesem Kon-greß der Meinung sein kann, daß die tschechischen Genossen morgen ihre separatistischen Organisationen auflösen wer-den. Ebenso wie wir manchen, was drüben geschieht, als Bahnstrecke erklären müssen, ebenso wäre es ein Wahnsinn von uns zu glauben, daß das möglich wäre. Aber wir sind verpflichtet, den tschechischen Genossen einen Weg zu zeigen und ihnen ein Uebergangs Stadium zu ermöglichen. Gewerkschaftler, wollt ihr die Einheit der Gewerkschaftsorgani-sation erreichen, so müßt ihr diese Grundbedingungen zur Einheit erfüllen, um den tschechischen Genossen die Mög-lichkeit hierzu zu geben. Ich tue immer sehr gern mit, wenn es gilt, intrantigant zu sein; aber wo ich weiß, daß es un-möglich ist, auf diesem Wege zu einem Frieden zu kommen, ist es bei mir auch mit der Intrantiganz aus. Da muß ich mir sagen, daß es ein Zwingen auf die Knie nicht geben kann. Wir haben immer gesagt, wir halten an dem Grund-satz fest, daß wir als Gleiche mit Gleichen verhandeln. Was wir vorschlagen, ist noch kein Kompromiß, sondern ein Weg dazu. Das Kompromiß ist noch weit entfernt. Erst werden die Verhandlungen stattfinden und diese werden dann zeigen, ob ein Kompromiß möglich ist. So hängt der Weg zur einheitslichen Organisation vorstellten. Rechnen sie das in der bekannten bisherigen Weise ab, ja, dann haben wir unser Recht getan. Da haben sie unsere guten Willen zurückgewiesen. Dann können wir aber auch, was wir hierzu beschließen, der ganzen internationalen Welt zeigen und können es vor ihr verantworten, ohne daß man uns je beschuldigen könnte, daß wir nicht alles getan hätten, um zum Frieden zu kommen.“

In der Diskussion ergriff als erster Redner Dr. Viktor Adler das Wort. Er war in der letzten Zeit Gegenstand heftiger persönlicher Angriffe der Separatisten gewesen. Der Kongreß begrüßte ihn mit demonstrativem Jubel; die tschechischen Zentralisten beanfallten noch eine besondere Vertrauenskundgebung. Adler rief dringend, den Separat-isten entgegenzukommen. Der Friede müsse unter allen Umständen hergestellt werden.

Die folgende Diskussion zeigte freilich, daß die ver-werlichen Kampfmethoden der Separatisten eine solche Erbitterung unter den Zentralisten gereizt hatten, daß es u n m ö g l i c h war, noch weitere Konzessionen von den zentralistischen Vertrauensmännern zu erlangen. Ein Redner

Mörtelputz an Fronten.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten.)

Bei Ausführung von Putzarbeiten an Frontmauern kommt es wesentlich darauf an, ob lediglich das hohe Mauerwerk verkleidet und der Fassade ein angenehmes Aussehen verliehen werden soll, oder ob auch das Durch-schlagen der Feuchtigkeit durch den Frontputz verhindert werden soll. Das hängt im wesentlichen davon ab, ob die zu verputzende Front dem Wetter besonders ausgesetzt ist und ob es sich um starke oder schwache Frontmände handelt. Doch soll der Putz in jedem Falle eine schützende Decke bilden, und darum muß die Auswahl der Materialien mit großer Sorgfalt erfolgen. Am widerstandsfähigsten gegen Witterungseinflüsse wie auch gegen die Kohlenäure der Luft hat sich schon immer ein Putz mit Portlandzementmörtel mit geringem Sandgehalt erwiesen. Leider wird in der Regel zuviel Sand zugesetzt; dadurch wird der Putz zu porös — er gibt dem Niederschlagswasser Gelegen-heit, einzudringen und fördert so das Ausfrieren der Deck-schicht.

Die Verwendung des hydraulischen Kalkes zu wetter-behäftigtem Frontputz erfordert besondere Sorgfalt. Je größer die hydraulischen Eigenschaften des Kalkes sind, um so weniger Sand ist zuzusetzen. Sont werden größere Mengen freien Kalkes im Mörtel eingeschlossen, wodurch die Dauerhaftigkeit des Putzes herabgesetzt wird. Fett-kalk bedingt zwei bis vier Teile Sandgehalt; doch ist zur befriedigenden bezüglichen Putzmörtels an Fronten nur die Hälfte des Putzes freigegeben. Tritt nämlich kurz nach Aus-führung des Putzes Frostwetter ein, so wird der aus Fett-kalk hergestellte Putz leicht rissig, es tritt dann Feuchtig-keit in die Risse ein, die bei eintretendem Frost die Zer-zörung des Putzes bewirkt.

Eine ganz besonders unangenehme Erscheinung sind die Kegel- oder muschelförmigen Löcher im Frontputz, die dadurch entstehen, daß im Putzmörtel ungelöste Kalk-teilchen vorhanden sind. Ist der Kalk nicht gelöst, so lösen diese im Mörtel enthaltenen Kalkteilchen nach nachträglich bei Aufnahme der Feuchtigkeit aus der Luft ab; dabei ver-gößern sie ihr Volumen und bewirken so das Fortspringen der bereits erhärteten Putzstelle. Um diesen Uebelstand zu vermeiden, bedient man sich eines feinnächtigen Gaar-fisches, durch das man den im pulverisierten Zustande an-gelieferten hydraulischen Kalk laufen läßt, und gießt auch die Kalkmilch durch ein Sieb von gleicher Feinheit. Ver-wendet man Fettkalk, so wird das vollständige Ablösen des Kalkes am besten dadurch erreicht, daß man den Kalk in Gruben unter einer Sandschicht lagern läßt.

Es muß dafür Sorge getragen werden, daß in den Mörtel nicht Bestandteile hineinkommen, die das Abbinden und Erhärten des Putzes verhindern. Namentlich sind es Ton und Lehm, die die günstigen Eigenschaften des Mörtels außerordentlich beeinträchtigen. Diese Bestandteile gelan-gen durch den Sandgehalt in den Putzmörtel. Darum ist auf die Wahl eines aus harten und reinen Quarzörnern bestehenden Sandes ohne Beimengungen großes Gewicht zu legen. Schon 4 bis 6 pZt. Ton- oder Lehmgehalt können die Dauerhaftigkeit des Putzmörtels sehr beeinträchtigen, das Erhärten des Kalkmörtels verzögern, und so die Ein-flüsse der Witterung unterliegen.

Es muß ferner dafür Sorge getragen werden, daß der Frontputz auch wirklich fest auf dem Mauerwerk haftet. An und für sich soll der Putzmörtel auch an einer vollkommen ebenen Fläche festhalten — er muß die Eigenschaften be-sitzen, um dieser Forderung zu genügen. Insofern ist doch zu bedenken, daß eine weit bessere Verbindung zwischen der Putzschicht und dem Mauerwerk entsteht, wenn der Mörtel in die Stöße und Lagerfugen eingreift, so daß sich die Putz-schicht nicht selbst zu tragen hat, vielmehr vom Mauerwerk

getragen wird. Deshalb soll das Frontmauerwerk nicht mit vollen Fugen hergestellt werden. Ist dies etwa geschehen, so sind die Fugen vor Herstellung des Frontputzes tief aus-zutragen. Ferner kann keine feste Verbindung zwischen Putz und Mauerwerk erzielt werden, wenn die Mauer-flächen mit Schmutz und Staub bedeckt sind. Ein gründ-liches Abfeigen der Flächen vor Aufwurf des Kalkmörtels ist unbedingt notwendig. Endlich müssen die Flächen gut mit Wasser befeuchtet werden. Geschieht dies nicht, so sind die porösen Steine an der Oberfläche nicht mit Wasser ge-fättigt, sie entziehen dann dem Mörtel das Wasser, das dieser zum Abbinden braucht, und bewirken auf diese Weise eine Gaarritze im Putz, die das Eindringen der atmosphärischen Feuchtigkeit und das spätere Ausfrieren des Putzes begünstigen.

In Norddeutsland stellt man die Putzdecke, etwa 15 mm stark, in einer einzigen Schicht her. Es hängt hier außerordentlich viel von der Geschicklichkeit der Putzer ab: Gewandte und erfahrene Putzer werden immer nur soviel Mörtel auf die Wandfläche bringen, als sie in kurzer Zeit voll-kommen zu bearbeiten vermögen, so daß nicht einzelne Teile vor dem Verreiben abzubinden beginnen. Wird der Mörtel dann etwas feif, so vermögen sie ihn mit ein wenig Wasser soweit aufzuräumen, um die Arbeit zu vollenden. Es kommt namentlich darauf an, daß der aufgetragene Mörtel nicht mit dem Reibeblett oder der Karitätske hin- und hergezogen wird; denn dadurch wird der Mörtel in seinem Bindeszuge gestört, er wird lockiger. Die be-treffenden Partien sind dann sehr wenig haltbar, sie blättern ab oder werden sehr bald von der Witterung zerstört.

Ungeschickte Putzer stellen den Frontputz, namentlich auch in den Gefsimen, in einer viel zu dicken Schicht her. Diese dicke Mörtellage kann sich, zumal an weit dorstren-genden Stellen, in feuchtem Zustande nicht selbst tragen,

nach dem andern erklärte, daß alles Nachgeben bisher unnützlich gewesen sei. Wenn man in irgend einem Gewerkschaftsverband auch eine nationale Winzige der tschechischen Minorität erfüllt habe, sei es schließlich doch zur Spaltung gekommen; denn die tschechischen Separatisten wollen die Trennung um jeden Preis. Sehr charakteristisch war, was in dieser Beziehung Müller namens der Eisenbahnerorganisation, die aber jetzt unmittelbar vor der Spaltung steht, sagte: „Wir haben einen nationalen Komitee angelegt, wir haben genaue Verzeichnisse geführt, wieviel Tschechen wir haben und was sie leisten, wir haben tschechische Berichte herausgegeben, wir führen die Beiträge an die Prager Kommission und an die Partei durch die Tschechen ab; wir haben in Prag ein Verwaltungskomitee eingesetzt, das man ganz gut eine Prager Zentrale nennen kann. Die Tschechen haben dabei das Recht, in der Zentrale in Wien zu sitzen, wir aber haben nicht das Recht in Anspruch genommen, in ihrer Zentrale in Prag zu sitzen. Das Komitee in Prag kann Beamte anstellen und entlassen. Es ist frei in der Agitation und Organisation. Sie haben ihr eigenes Blatt, das wir ihnen schuldlos frei zur Verfügung gestellt haben und in dem sie nach Gutdünken schreiben können. Wir haben ihnen ein eigenes Haus verschafft, obwohl die Zentrale in Wien ein solches noch gar nicht besitzt. Ich kann sagen, wir hängen innerlich in wirtschaftlicher, verwaltungstechnischer und agitatorischer Beziehung kaum mehr mit einem Zwischenglied zusammen. Wir haben alles getan und trotzdem kommt an uns ebenfalls jetzt die Gefahr heran.“

Die Vertreter der einzelnen Branchen (Schuhmacher, Schneider, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter und Bauarbeiter) berichteten dem ganz demselben Verhalten der Separatisten in ihrem Verband. Man müsse erkennen, so führten sie aus, daß die tschechische Partei die separatistische Gewerkschaftsorganisation unter allen Umständen wolle und daß infolgedessen auch das meiste Entgegenkommen zwecklos sei. Von den tschechischen Zentralisten, die von der offiziellen Richtung der tschechischen Sozialdemokratie aus bestiegte persönlich angegriffen wurden, fielen sehr harte Worte gegen die tschechische Partei. So sagte der Brünner Jura: „Die Schikanierungen der Genossen durch die Institutionen der tschechischen Sozialdemokratie gingen nicht nur gegen die Sekretäre, sondern gegen ganze politische Organisationen, und zwar deshalb, weil diese nicht für die Spaltung der Gewerkschaften eintraten und gegen die nationalen Gewerkschaften waren. Weil diese tschechischen Genossen die Waise gemeinsam mit den deutschen Genossen heranführten, wurden selbigen Brünner politische Organisationen ausgeschlossen. Sei es direkt dadurch, daß sie in dem Dekret genannt sind, sei es indirekt dadurch, daß ihnen keine Parteimarke gegeben werden, damit die Genossen die Parteifeuer nicht zahlen können. Auf der andern Seite wird aber gesagt, daß die tschechischen Zentralisten durch ihren ganzen Kampf zum Syndikalismus treiben, das heißt, daß sich eine Strömung vorbereitet, die nur die gewerkschaftliche Betätigung wünscht, um mit der Politik nichts zu tun zu haben. Damit dieses Oidium auf die Genossen nicht falle und weil die Genossen auch den festen Willen haben, sich politisch zu betätigen, waren sie gezwungen, eigene politische Organisationen zu gründen, und es wurde schon von der Genossin Stauica festgestellt, daß das keine neue Partei ist, sondern die alte Internationalen.“

Der Metallarbeiter Beer hielt eine vermittelnde Rede, die die vorgelegte Resolution der Gewerkschaftskommission verteidigte und bemüht war, die Zentralisten zu weiteren Konsequenzen bei den geplanten Einigungsverhandlungen zu bewegen. Diese Ausführungen stießen jedoch auf heftigen Widerspruch bei der Mehrheit der Delegierten. Es wurde schließlich eine Antragskommission eingesetzt, mit dem Auftrag, dem Kongreß eine neue Resolution zu unterbreiten. Die Resolution, die sie vorschlug, hatte folgenden Wortlaut: „Der sechste ordentliche Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs begründet den Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, den er über die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen in allen Staaten als richtunggebend gefaßt hatte. Die Meinung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und Kultur in allen Staaten — in Oesterreich im besondern — führen mußte, hervorgerufen worden.“

Es ist durch diesen Beschluß festgestellt worden, daß die Organisationsform der Gewerkschaften kein leerer Rahmen sei, sondern einen wesentlichen und grundsätzlichen Inhalt: die Konzentration der Mittel in die Kräfte, in sich trägt, die dem kämpfenden Proletariat den Erfolg für sich leichter zu erringen vermag als durch das getrennte Marschieren und vereirte Schlägen. In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, der Beherrschung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Oesterreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeitererschaft sowohl im Angriff als auch in der Abwehr verzichteten wollten, weil nationale Wirnisse sich dieser Einheitlichkeit entgegenstellen.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen, beschließt der Kongreß, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und an der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hieron nicht abzuweichen.

Der Kongreß billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Beschickung der Einigungskommission, die von der Gesamtleitung der Sozialdemokratie in Oesterreich in Vorschlag gebracht wurde, gab.

Die Reichskommission ließ sich bei der Beschlußfassung über die Beschickung der Einigungskommission von dem Grundsatze leiten, vor dem Gewerkschaftskongreß einer Pflicht der Internationalen gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammenschlusses dieser Einigungskommission, indem sie sich die Beschickung dieser Kommission — erst nach der Ablehnung des tschechischen Kongresses — vorbehält. Die hinausführung des Beschlusses der unerbittlichen Ansprüche über die prinzipiellen Streitfragen, die für den Kongreß der Zentralverbände sowie für den Kongreß der tschechischen Organisationen von größter Bedeutung sind, läßt eine Friedensstimmung bei den Separatisten leider nicht erwarten. Die willkürlichen Ausschließungen der tschechischen Parteipresse in Wöhöfen und Währten benehmen fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Wege zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongreß die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Unterhandlungen einzutreten.

Sollten diese Verhandlungen dann zu einer der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten befriedigenden Lösung nicht führen, so würde der Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufzunehmen werden. So schmerzhaft dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Oesterreich durchgeführt werden. Der Kongreß richtet daher an die Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation der Organisationen festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in der Gegenwart und in der Zukunft dem Proletariat in Oesterreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des Klassenbewußten Proletariats in Oesterreich!

Diese Resolution wurde unter förmlichem, langanhaltendem Beifall einstimmig angenommen. Ebenso ein zweiter Antrag, der verlangt, daß die Einigungsverhandlungen bereits ansangs November beginnen müssen.

Die folgenden Kongreßtage brachten noch nicht mehr so stürmisch bewegte Debatten, wie sie die Diskussion über den Gewerkschaftskonflikt gereizt hatte, sie waren aber in vieler Beziehung nicht minder beachtlich als diese. Der Kongreß nahm zum neuen Straßensekretariat, der schwere Gefahren für das Koalitionsrecht der Arbeiter in sich birgt, Stellung. Nach einem Referat des Dr. Zingwer wurde eine Protestresolution angenommen, die

sich gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter wendet.

Der Abgeordnete Beer brachte ein interessantes und instruktives Referat über die Kritik bei Streiks und Ausperrungen. Er legte die großen Veränderungen der Unternehmerrorganisation ergeben haben. Der Zusammenschluß der Unternehmer erheische getierlich, daß die Arbeiter das gleiche tun. Es gelte vor allem, die Organisation so auszubauen, daß die Konzentration der Kräfte und Mittel gegeben ist. Wichtig sei auch die Durchführung der Betriebsorganisation in der entwickelten Großindustrie. Jede Streikbewegung lehre mit großer Deutlichkeit eines: Wir seien leider noch nicht so weit wie die Unternehmer. Hier hätten alle Unterschiede aufgehört, sie stehen alle in einer Organisation; es gibt keine Branchenorganisationen mehr in dem Sinne, daß sie selbständig entscheiden. Diese Branchenorganisationen sind nur eingerichtet aus taktischen Gesichtspunkten. Bei uns spielten aber noch andere Umstände eine große Rolle. Wir brauchten besonders in der Großindustrie die Betriebsorganisation wie einen Hissen Brot. Wir brauchten die Betriebsorganisation in jeder entwickelten Unternehmung, um mehrere Branchen in Betracht kommen. Der Kongreß solle es mit allem Nachdruck aussprechen, daß die seit dem letzten Kongreß ausgenommenen Streikungen und Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, verdoppelt und verdreifacht werden müßten, damit wir rascher zum Ziele kommen. Für die Betriebsorganisation hätten die Arbeiter ein eminentes Interesse. In den Großbetrieben stehen Arbeiter der verschiedensten Branchen, sie gehören dann auch den verschiedensten Organisationen an. Wenn auch schon eine Befreiung eingetreten sei, komme es doch noch vor, daß eine Gruppe der Arbeiter ohne Rücksicht auf die übrigen Forderungen erhebt oder Bewegungen inszeniert, die zu schweren Komplikationen für die übrigen Arbeiter des Betriebes führen. Wir müßten mit allem Nachdruck darauf beharren, daß noch vor dem ersten Schritte, der zu einer Bewegung führt, das volle Einverständnis aller in Betracht kommenden Organisationen hergestellt werden muß, wenn man vor schweren Nachteilen und Schädigungen bewahrt bleiben soll. Niemand wolle eine Organisation auflösen, aber die Betriebsorganisation müsse mindestens in dem Sinne zustande kommen: wenn schon nicht als organisatorische Einheit, doch in dem Sinne, daß sie bei der Führung von Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen in Erscheinung tritt.

Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

Der letzte Kongreßtag war der Sozialpolitik gewidmet. Es referierten: Schrammel über: „Die Sozialpolitik im Parlament“, Hanusch über: „Die Verkürzung der Arbeitszeit“, Smitta über: „Die Vereinfachung des Arbeitsbuches“ und Neumann über: „Wohnungsfürsorge und Arbeitsvertrag“. Bedeutend waren die Schlussreden auf dem Kongreß. Die beiden internationalen Sekretäre, Regien und Suhsmann, kamen auf die Beratungen über den Organisationskonflikt zurück und referierten ihren Eindruck vom Gewerkschaftskongreß dahin, daß sie bei den Zentralisten Friedensbereitschaft gefunden hätten. Nur sollen die Separatisten ihre Friedensliebe bezeugen, damit bald in die Einigungsverhandlungen eingetreten werden könne. Der Vorsitzende des Kongresses, Heinrich Beer, stellte fest: Der Kongreß hat die Bedingungen festgelegt, unter denen der Friede möglich ist, und um ein Wort zu variieren, das in diesen Beratungen gesprochen wurde: Es ging mehr als ein drahtloses Telegramm nach Prag. Ich hoffe, der Kongreß der Gewerkschaften der tschechischen Gewerkschaftskommission, der Anfang des nächsten Monats zusammentritt, wird den hier ausgeprochenen Anschauungen Rechnung tragen, ich hoffe fest, daß es der Mäßigkeit, der Einsicht und nicht zuletzt auch dem Verantwortlichkeitsgefühl der leitenden Personen der tschechischen Bewegung gelingen wird, eine Temperatur herbeizuführen, die Verhandlungen ermöglicht und sie auch zu einem günstigen Ende kommen läßt.

Meiche Arbeit hat der sechste Gewerkschaftskongreß verrichtet; wir hoffen, daß es auch fruchtbarere Arbeit gewesen ist. Nirgends tut der Arbeiterklasse die Einigung mehr not als in dem vom Nationalitätenaber gekliffenen und zerrißenen Oesterreich. Die Arbeiterchaft, die ringsum vom

und so entstehen die ziemlich starken Risse, die man häufig in den Fußgestirnen bemerken kann. Deshalb müssen die Gesimse richtig vorgemauert sein und die Schalonen mit großer Sorgfalt gesichert und demgemäß befestigt werden. Lassen die Schalonen nicht zu den vorgemauerten Gesimsen, so muß das Abwachen der zu weit vordringenden Steine vorsichtig erfolgen, damit nicht das ganze Gesims erschütterter und gelockert wird. Dagegen wird bei der im Fußgestirn üblichen Arbeit viel gesündigt.

Das in Norddeutschland übliche Verfahren zur Herstellung des Frontpuges hängt im wesentlichen von dem hier verfügbaren Material ab. In Oesterreich wie in Süddeutschland stellt man den Puz in der Regel aus mehreren, mindestens aus zwei Lagen her. Man fertigt zunächst einen groben Grundpuz aus magerem Mörtel mit Kieszusatz und bringt hierauf eine Schicht aus fetterem Mörtel mit feinem Sande. Häufig besteht der Grundpuz, wie auch die Deckdicht, aus zwei Lagen; dabei ist aber zu beachten, daß man eine neue Lage nicht über aufbringen kann, bis die vorhergehende wenigstens an der Oberfläche erhärtet ist. Die Grundpuzlagen betragen 5 bis 10 mm Stärke, während die Lagen der Deckdicht höchstens 3 bis 4 mm betragen sollen. Dieses Auftragen dünner Schichten hat den Zweck, das Reiben des Puzes zu verhindern und doch eine genügend starke, dauerhafte Aufbrücke zu erhalten. Würde man eine neue Fußdicht aufbringen, bevor die darunter liegende genügend erhärtet ist, so würden sich schließlich mehrere noch feine Schichten zu einer einheitlichen Masse vereinigen, und so denselben Uebelstand verursachen, der dem Auftragen dicker Mörtelmassen eigentümlich ist, d. h. es würde wieder das Reiben des Materials eintreten. Diese Art des Frontpuges (aus mehreren Schichten) ist nicht etwa eine Erfindung unserer Zeit — es ist ein sehr altes Verfahren, das bereits den Römern bekannt war und sich namentlich auch zur farbigen Behandlung der Architekturgie eignet, da man die äußerste

Deckdicht aus einem sehr feinen Material herstellen kann, das eine glatte Walfläche ergibt.

Bei Verwendung von hydraulischem Kalk und Zementmörtel für Fronten darf auf keinen Fall das mehrfache Bestrengen des Puzes versäumt werden; auch ist derselbe durch Vorhängen von Lössern gegen die Sonnenbestrahlung zu schützen, da andernfalls das Rissigwerden nicht zu vermeiden ist.

In jüngster Zeit sind der Rauppuz, der Nappuz und der Besenpuz für die Frontarchitektur wieder sehr beliebt geworden. Der Rauppuz kann auf einfache Weise schon dadurch erreicht werden, daß man gröberen Sand mit Kieszusatz, oder auch kleine Ziegelbroden in den Mörtel mischt und denselben aufträgt, aber nicht glatt bereitet. Bei diesem Verfahren wird der Puz an sich schon einen rauhen, steinigen Charakter erhalten, aber auch eine lebhaftere Licht und Schatteneinwirkung dadurch entstehen, daß an der Oberfläche die kleinen Kiesel- oder Steinbroden herauspringen. — Der Rauppuz, der durch Umwerfen des Mörtels und durch oberflächliches Glattstreichen desselben mit der Kelle entsteht, ist eigentlich ein Puz für Giebelwände, Kellers- und Wodenträume. Er sieht bekanntlich ziemlich roh aus, aber es gibt Architekturen, die gerade die glatten und gefleckten Fronten nicht leiden können, und diese primitive Technik jetzt auch an Fronten anzuwenden; namentlich, wenn sie einen interessanten Wechsel zwischen rauhen, buchtig behandelten Bauteilen und glatten profilierten Teilen erzielen wollen.

Dieser Rauppuz oder Nappuz kann aber noch in anderer Weise beliebt werden. Man kann aus dem Munde eines Brettschlägers Zahne herausschneiden, dieselben durch Beschlagen mit Eisenblech verstärken und dann die so hergestellte Schablone durch die in genügender Stärke aufgetragene Mörtelschicht horizontal oder vertikal, in geraden oder gewellten Linien hindurchziehen. Man kann ferner — um auch die älteren Methoden zu berücksichtigen

— mit einem stumpfen Reißigbesen oder einem aus steifen Drahtstäben gebildeten Instrument in den Mörtel hineinsoßen und so eine große Zahl unregelmäßig verteilter Löcher hervorbringen, die zur Belebung der Fläche dienen. Auf diese Weise behandelt man häufig die Quabern zur Erzielung von Kontrasten gegen danebenstehende glatte Fußgestirne. Noch interessanter aber werden die Quabern, wenn man sie mit größerem Mörtel überprüft, indem man immer ein wenig von dem Mörtel auf die Kelle bringt und denselben gegen die Quabern schleudert.

Einen hübschen Quabernpuz erhält man endlich, wenn man den Grundpuz der Quabern unter Zusatz von gröberem Kiesel mit Ziegelbroden zum Mörtel erzeugt und dann einen feineren Mörtel über diesen Grundpuz wirft. Die Quaber sieht dann so aus, als ob sie mit Steinmeißelwerkzeug bearbeitet wäre. Insofern ist es allerdings, eine derartig behandelte Fassade nachträglich mit Oelfarben zu streichen, denn dadurch wird der Front der Steincharakter geraubt. Uebrigens, bedürfen gelbte Puzer gar nicht einmal des beschriebenen Grundpuzes zur Quaberbildung. Sie stellen nur eine genügend starke Mörtelschicht her, die sie nur aufziehen, aber nicht abreiben, und holen dann mit einem Messer ganz willkürlich einige Stücke Kalk aus der Fläche heraus. Natürlich hängt die Wirkung hier ganz und gar von der Geschicklichkeit des Arbeiters ab.

Ich möchte hier betonen, daß der Rauppuz auch in technischer Hinsicht manchen Vorzug besitzt. Vor allen Dingen ist er sehr haltbar; denn meistens wird ja doch der Abwächvorgang des Mörtels durch seine Bearbeitung mit dem Reibbrett gestört. Beim Rauppuz fällt dieses Aufreiben, dieses Verschleiben einzelner Partien der Mörtelkanten fort, so daß man mit Sicherheit auf die Bildung einer sehr harten und wetterbeständigen Deckdicht rechnen kann.

lobenden Meere des Chauvinismus umbrannt ist, hat es bis vor wenigen Jahren verstanden, international zu sein. Jetzt gilt es, dem Nationalismus, der sich auch in ihren Reihen breit zu machen vermochte, entgegenzuwirken und wieder zurückzuführen zur alten proletarischen Internationalen. Soffen wir, daß das gelingt. J. D.

Politische Umschau.

Reichstagswahlwahl in Labiau-Wehlau: Herr v. Odenburg und seine konservativen Wähler in Elbing-Marienburg. — Eine Gefahr des platten Landes. — Die Vorgänge am Wedding und die reaktionäre Presse. — Provokationspolitik und Wahlsache. — Stufenweise im Klassenstaat. — Die Christenmoral der Zentrumspresse. — Kündigung der Regierungspresse vor Wittern und Heiligen. — Ein Landtagsmandat zu kaufen. — Interpellationsdebatten und Ministerkrisis in Frankreich. — Ein Sozialdemokrat als Nachfolger Zuegers im hiesigen Reichstags. — Freirechtliche Entwicklung in Portugal.

Unsere Annahme, daß der Wahlkampf in Labiau-Wehlau recht heftig und erbittert geführt werden würde, hat sich als richtig erwiesen. Die offizielle Nominierung der Kandidaten seitens der einzelnen Parteien ist erfolgt, und so stehen nun dem seinen Wählern schon von früheren Reichstagswahlen her bekannten Sozialdemokraten Lindecker als Großagrarien extremer Richtung berüchtigte konservative Landrat a. D. Burghard und der früher der konservativen Partei angehörende „Liberal“ Wagner gegenüber.

Natürlich arbeitet der amtliche Apparat mit Hochdruck gegen die Sozialdemokratie, und die besonders in Ostpreußen bekanntem Praktiker der Saalabtreiber seitens der Amtsvorsetzer und Landräte haben es nicht nur bewirkt, daß der Sozialdemokratie im ganzen Wahlkreis kein Beschlüßungsstimmrecht zur Verfügung steht, sondern die beschriebenen Instanzen haben sich fortgesetzt ungeschicklicher Handlungen schuldig gemacht, indem sie die Genehmigung zur Abhaltung von Wählerversammlungen unter freiem Himmel verweigerten. Eine diesbezügliche dringende Beschwerde des sozialdemokratischen Kandidaten an den Minister des Innern ist bis jetzt unbeantwortet geblieben.

Wie schlecht es um die Dinge der Konservativen, die Zypressen stets als ihre Dame betrachtet haben, steht, wie groß die Furcht vor einer Niederlage besonders nach dem Wahlausfall in Ost-Preußen ist, zeigt ein von konservativen und dem Bund der Landwirte erlassener Aufruf, der diese Wahl für die schmerzhaftesten im Osten ankündigt und es für eine Ehrenpflicht der künftigen und patriotischen Bevölkerung erachtet, die Scharte von Ost-Preußen wieder auszuweichen, damit „aller derer Herzen mit Hoffnung erfüllt werden, welche mit tiefem Schmerz auf die jämmerliche demokratische Entwicklung der letzten Jahre blickten“. Nach einer amtlichen Bekanntmachung sind die Wählerlisten bereits seit dem 4. November ausgelegt, damit die Wahl am 2. Dezember stattfinden kann. Eine definitive Ausschreibung der Wahl ist das noch nicht. Zweifellos ist es den Landräten von Labiau und Wehlau darum zu tun, die Bekanntgabe des Wahltermins so weit wie irgend möglich hinauszuschieben, damit die gesellschaftlichen Bestimmungen noch nicht in Kraft treten können, die gewisse gesellschaftliche Einschränkungen zugunsten der Wahlagitation aufheben, bedeutet also nichts anderes als eine Beschränkung der Wahlagitation. Soffen wir, daß trotz aller Mühe und Ungeschicklichkeiten das Volksgewissen auch in Labiau-Wehlau über die Reaktion hereinbrechen und ihr zugunsten wird: Bis hierher und nicht weiter!

Der Osten ist in Gefahr, so mag es klanglich manchen Agrarien und Wämlern in diesen Wochen durchschauern haben, und von diesem Angstfieber wird auch sicher der „starke Mann“ aus Januschaun nicht verschont geblieben sein, dessen politische Haselrinden wir schon in der vorigen Nummer zur Kenntnis unserer Leser bringen konnten. In seinem Wahlkreis Elbing-Marienburg rebelliert selbst der konservative Verein, der vor einigen Tagen eine Erklärung an den Berliner Hauptverein der Konservativen sandte, in der es u. a. heißt:

„Der Verein hat von vornherein kein Begehren daraus gemacht, daß er in dem Auftreten des Bundes der Landwirte mit seinem rücksichtslos eigennütigen, demagogischen Charakter eine Gefahr für die konservative Partei erblickt. Was wir befürchtet haben, hat sich leider erfüllt. Den Anstoß an die neukonservative Richtung, die ihre einzige Aufgabe darin erblickt, dem Bunde der Landwirte dienbar zu sein, lehnt der konservative Verein zu Elbing ab. Er lehnt es deshalb auch ab, in der Wahlagitation für einen Kandidaten tätig zu sein, der dem Bunde der Landwirte angehört.“

Sollten die Konservativen des Kreises fest bleiben, so wäre es wohl um die parlamentarische Tätigkeit des Herrn v. Odenburg geschehen, und der feudale Herr würde sich nach einem andern Feld seiner politischen Tätigkeit umsehen. Da eröffnet ihm jetzt gerade Dr. Dertel in seiner „Deutschen Tageszeitung“ ein ihm sicher zugängliches Arbeitsgebiet; das Thema über die Verderbtheit selbst des platten Landes und über Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine völlige Revolutionierung der Landarbeiterschaft könnte vom Herrn v. Odenburg als einem, der es am eigenen Leibe erfahren hat, in allen möglichen Variationen weitergesponnen werden. Dr. Dertel hat nämlich, wie wir in dem oben angeführten Agrarienblatt lesen, eine Gefahr entdeckt, die auf dem noch sitzenden, friedfertigen platten Lande viel größer sein würde als in den Großstädten. Er fürchtet, daß die Vorübungen der Revolution „auch einmal ein ländliches Seitenstück finden könnten. In den Großstädten ließe den Behörden ausreichende Polizei und im Notfall das Heer zur Verfügung. Anders auf dem platten Lande, wo doch auch der Landarbeiter von den revolutionären Gedankenströmen erfasst werden könne und wo schon heute über den Geist der Aufregung gelaßt werde und die Rechtschaffenheit bedroht sei. Die Angst vor dem politischen Erwachen des Landarbeiters würde, dessen sind wir gewiß, den Januschauner Wahrgelern finden lassen, um einer „revolutionären Verführung“ des platten Landes vorzubeugen.

Zugzwang ergeht sich in einer internationalen Pressehebe, die sowohl in ihrer Verworfenheit und Verlogenheit

als auch in der Leidenschaftlichkeit, mit der sie geführt wird, sehr an die Zeit vor dem Sozialistengesetz erinnert, wieder einmal in giftigen Denunziationen und sucht aus den verlogenen Berichten über die Vorgänge in Moskau und neuerdings am Wedding in Berlin die Regierung und deren Organe scharf zu machen für eine ausnahmsrechtliche Behandlung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Besonders die blutdürstigen, einer aufgeregten Reporterphantasie entspringenen Berichte über die Vorgänge am Wedding gehen ganz so aus, als seien sie bestellte Arbeit der Scharfmacher; wenigstens haben ihnen diese Berichte wieder wertvolles Material geliefert, um der Regierung und dem Bürgertum den Glauben beizubringen, daß die Sozialdemokratie überall Unruhen stifte, um die Arbeiter an Gewalttätigkeit zu gewöhnen und sie zu dem entscheidenden Schlag einzuzerzieren.

Den Anlaß zu den „Ausfrottierungen“ und „Krawallen“ am Wedding hat, wie unsere Leser wohl aus der Tagespresse erfahren haben, ein Streik der bei einer dortigen Firma beschäftigten Schladagerkesseln gegeben, im Verlauf dessen es zu einigen kleinen Reibereien zwischen Streikposten und Koligisten kam. Selbst nach den polizeioffiziellen Berichten, die wahrlich nicht im Ruf der Schönfärberei stehen, sind nur drei Personen durch Säbelhiebe leicht verletzt worden, und daraus wird dann von der reaktionären Presse ein „Straßenaufruhr“ gemacht, der zu dem Rufe nach einer Säbelkavallerie den Vorwand gibt.

Daß selbst das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau sich an der Verbreitung der Rügennachrichten beteiligt und die „Ergesse“ mit der sozialdemokratischen Partei in Beziehung bringt, zeugt davon, welchen Einfluß das nach einem Ausnahmegeheiß lüsterne Scharfmachertum gewonnen hat. Kein Mittel läßt man heute unversucht, um etwas zu inszenieren, was einer Revolte ähnlich sieht und das als Begründung für die Forderung eines neuen Sozialistengesetzes und für weitere Entrechtung der Volksmassen dienen könnte.

Doch noch ein zweites beweist die Reaktion mit solcher arglistigen Propagandapolitik und den gewissenlosen Wagnern. Den indifferenten Wählern, die 1907 noch durch die „nationale“ Presse sich in das Joch der Junker und Junkerengenossen spannen ließen, sind durch die unerhörte Belastung der Volksmassen mit Steuern und Zöllen die Augen aufgegangen. Jede Nachwahl ist ein weiterer Beweis dafür gegeben, daß sie sich heute ebenso wie früher apathisch der Wahlurne fernhalten oder aber sogar sich der Partei zuwenden, die allein zielbewußt für die politischen Rechte des Volkes und für eine gerechte Verteilung der Staatslasten eintritt. Da soll nun diese Indifferenz der Sozialisten erschrecken und sie zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie anfeuern. Die Massen in den kleinen Städten und auf dem Lande sollen gegen die Sozialdemokratie künstlich eingenommen werden, um Angstzustände aufzuheben zu bringen. Selbst gemächliche liberale Blätter haben diese durchsichtige Machtsache erkannt und müssen erklären, daß unser Wahlpolitiker nichts ermunterter sei, als wenn es gelänge, kurz vor den Wahlen blutige Straßenkrawalle zu provozieren. „Immer“, sagt die „Wolffsche Zeitung“, „wenn Ritter und Heilige ihre Herrschaft sichern und wiederherstellen wollten, zeigten sie das rote Gepest. Wie also sollte man nicht verstehen, daß den Reaktionären von der scharferen Konart, die sich in Sehnsucht nach Staatsstreik und Diktatur verzeihen, ein gelindes Blutbad in Moskau oder auf dem Wedding als eine rettende Tat erscheinen kann.“ So entführen sich die „Straßenkrawalle“ der letzten Wochen als das Werk der Geheiß der Junker, die dadurch Wahlmacht treiben und obendrein eine brutale Anbetungspolitik gegen die Arbeiterklasse inszenieren möchten.

Durch solche von den Scharfmachern geforderten Ausnahmegeheiß würde die übrigens ja nur in der Theorie bestehende Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz auch formell endgültig aufgehoben werden. Die Justiz im Klassenstaat ist Klassenjustiz; sie trägt den Interessen und Anschauungen der herrschenden Klassen weitestgehende Rechnung; sie behandelt Angehörige dieser Klasse so milde wie möglich, während sie die Arbeiter die ganze „Strenge des Gesetzes“ fühlen läßt. Die „blinde“ Demis beweist jederzeit, daß sie sehr gute Augen hat, die freilich oft genug vom Necht abgelenkt sind. Es gibt ja allerdings auch in Deutschland noch Richter, die ehrlich und gewissenhaft bemüht sind, wirklich der Gerechtigkeit zu dienen und besonders in politischen Prozessen sich nicht dazu hergeben, Werkzeuge des reaktionären Regiments zu sein. Solche Richter sind an gewissen maßgebenden Stellen natürlich nicht sonderlich gut angeordnet. Daß es nach Maßgabe der geltenden Justizregeln möglich ist, sie im politischen Prozeß jagen „auszuhalten“, ist bekannt und wird jetzt wieder bestätigt durch die Tatsache, daß man in den in den nächsten Wochen in Berlin zur Verhandlung kommenden Moschiter Krawallprozessen diejenigen Straftatmänner, die im Ruf der „Unquerelbarkeit“ stehen, umgibt.

Bis jetzt erweist sich die Strafkammer des Herrn Nieber des besonderen Wohlwollens der Staatsanwaltschaft, und im Wege der „Nachtragsanfrage“ und der Verbindung mehrerer Sachen läßt sie sich nun anlegen sein, alle Straftatmen, die eines „überläufigen“ Richters bedürfen, vor der Kammer dieses Herrn zur Beurteilung zu bringen. Das lag nun näher, als daß gerade die Moschiter Krawallprozesse sämtlich dieser Kammer überwiesen wurden! Das Verfahren dabei war einfach, die Geschäftsverteilung unter die verschiedenen Strafkammern findet nämlich nach dem Anfangsbuchstaben des Namens der Angeklagten statt. Die Straftatme des Arbeiters Sagen kommt dem Geschäftskplan gemäß vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung, dessen Vorsitzender Herr Nieber ist. Ohne Rücksicht auf die alphabetische Geschäftsverteilung nun und ohne daß ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Straftatmen besteht, werden alle anderen Prozesse dem Prozeß Sagen angehängt zu einer Sache wider: Sagen und Genossen.

Die Verteidiger haben in einer Kollektivbegehung an den Justizminister gegen dieses Verfahren protestiert. Natürlich vergebens. So steht es bei uns mit dem in der Verfassung verbürgten Rechte: „Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden!“

Sprechen die ursprünglichen erhobenen Anklagen lediglich von „Aufzucht“, ohne das politische und gewerkschaftliche

Gebiet zu berühren, so ist nunmehr den Angeklagten ein ergänzendes Schriftstück, ein „Nachtrag“ eingegangen, was durch diese Prozesse ein ganz besonderes politisches Gebräuge erhalten. Es wird nämlich in diesem „Nachtrag“ die Behauptung aufgestellt, daß die Moschiter Krawalle von der sozialdemokratischen Partei organisiert worden seien; eine Behauptung, die sich im wesentlichen darauf stützt, daß in Moskau dieselben Taten gefordert worden seien, wie bei den von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlrechtsmanifestationen. Es wird ferner den Verteidigern gelingen, einen umfangreichen Gegenbeweis zu führen, so daß das eigenartige Vorgehen der Staatsanwaltschaft wider ihren Willen etwas Nüchternes schafft.

Ein Beispiel echt „christlicher“ Nächstenliebe und Gerechtigkeit gibt jetzt wieder die Zentrumspresse, die nunter gegen die Sozialdemokratie heßt und die Parole der Regierung, gegen die „aufreißerischen Genossen“ mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen, billig in der Ordnung findet. Daß sie zugleich für die Sonderzüge des Zentrums Kapital schlägt, nimmt nicht weiter Wunder. „Es gibt“, so schreibt die „Merkmale“ „Marktsche Volkszeitung“, „für die Fürsten und Regierungen keine andere Rettung mehr, als daß sie sich an den Gott halten: „Alles erneuern in Christus“. Das ist die vollständige reiflose Ueberwindung der Sozialdemokratie.“

Nach den Erfahrungen in den romanisch-katholischen Ländern klingt die Selbstanpreisung der Pfaffenherzhaftigkeit nicht gerade verlockend.

Blau Bohnen, mehr Religion, weniger Brot — das ist die Devise des schwarz-blauen Volks. In der „Nordb. Allgem. Ztg.“, dem Organ des Reichstagslers, war nun in der angeführten „Gefundung der Reichsfinanzen die blühende Rechtfertigung“ für die Reichsfinanzreform der Waischwarzen entdeckt worden. Diese Schuldigung der Regierung vor den Wittern und Heiligen genügt ihnen aber noch nicht. Besonders ist das Wämlerorgan entriüft darüber, daß in dem betreffenden Artikel auch schädlichen von „manglen Mängeln im einzelnen“ die Rede war und unrichtig fährt es fort:

„Die günstigere Gestaltung unserer Finanzlage enthält nicht nur die blühende Rechtfertigung der Haltung der verbündeten Regierungen, sondern in gleicher Weise die der Reichstagsmehrheit, deren Offenheit und Opferwilligkeit die Regierung diese Reform doch in erster Linie verdankt. Und wir meinen deshalb, daß es, namentlich im Hinblick auf die andauernde Sege gegen diese Mehrheit, mehr als nahe gelegen hätte, auch den Parteien ein Wort der Anerkennung zu widmen, die den Mut und den Patriotismus befehlen haben, gegenüber einer ungenüßlich starken Opposition das Odium dieser größten Mehrbelastung der Steuerzahler seit dem Bestehen des Reiches vor dem Lande auf sich zu nehmen, obwohl sie sehr gut wußten, daß man mit einigem Erfolg versuchen würde, die Bevölkerung in dieser Frage aufzuheben und irre zu führen. In dieser Beziehung also enthalten auch diese Erklärungen des Regierungsofgans eine Lüge, deren Nichtausfüllung wir bedauern.“

Wir sind überzeugt, daß es der Regierung nicht schwer werden wird, das Veräumte nachzuholen und der tiefen Verbeugung „Worte der Anerkennung“ folgen zu lassen. Derartige Unterlassungen haben schon manchmal Mißverständnisse heraufbeschworen, die ihrerseits wieder Anlaß zu inneren Krisen gegeben haben.

Im „Berl. Tagebl.“ fanden wir vor einiger Zeit folgendes Interlat:

Rentables Rittergut in Mecklenburg, circa 8000 Morgen (wovon 720 Wiesen und 850 Iuter Forst), vornehmer Herrschaftssitz mit allem Komfort, ein Wirtschaftsgebäude, herborrag. Ieb. u. tot. Inventar, Brill. Jagdverhättn., ertragr. Bod., mod. Brennerei (Rint. 70 000 Itr.) bei A 250 000 Iusatzg. verfl. Jester Preis A 1 050 000. Erwerber erhält sich im Landtage.

Selbstrefl. nüb. Auskunft kostenlos durch Martin Hansen, Postkod. I. R., Karlsru. 21.

Diese schöne mecklenburgische Bestimmung, das mit dem Bestg gewisser Güter ein Landtagsmandat verbunden ist, sollte Herr v. Bethmann-Sollweg auch in Preußen einführen lassen. Wozu ein umständliches Wahlverfahren wie in Preußen, wenn die Ritter doch die Mehrheit im Landtage erhalten? Da ist die mecklenburgische Methode wegen ihrer Einfachheit vorzuziehen. Sie erspart bei demselben Resultate manche Aufregung und Neberei.

Die Verhandlungen in der französischen Kammer über die anlässlich des Eisenbahnstreiks eingegangenen Interpellationen — es waren deren 25 an der Zahl, von denen die der geeinigten Sozialisten hauptsächlich durch Jaurès vertreten wurde — übertragen an Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit wohl alles, was im modernen Parlamentarismus bisher zu verzeichnen war. Besonders die Ausführungen des Ministerpräsidenten Briand horten Anlaß zu den ungeheuerlichen Auftritten, die je eine gefeherberechtigte Verammlung gesehen. In der Sonnabendigung der Kammer verteidigte Briand die Wahrgeln, die von der Regierung zur Niederwerfung des Streiks zur Anwendung gekommen sind. Aus der Verteidigungsrede Klang heraus, daß die Regierung eine schrankenlose Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterklasse ins Werk zu setzen beabsichtige und selbst vor keinen Ungleichheiten zurückzudre. Die freude Prolamation Briands, die in den Worten gisfelte: „Nacht geht vor Recht“, entfachte bei den Sozialisten einen ungeheuren Sturm der Entrüstung und selbst Anhänger der Regierungspartei bekundeten, es sei unmöglich, eine Regierung weiterhin zu unterstützen, die ungeschicklicher Handlungen fähig wäre. Wenn es an diesem Tage zu einer Wistimmung gekommen wäre, so hätte sie den Fall des Ministeriums bedeutet. Nachdem aber in der nächsten Sitzung Briand eine den Republikanern genügende heuchlerische Erklärung seiner durch den Lärm des vorigen Tages unterdrückten Ausführungen gegeben hatte, wurde eine Tagesordnung mit 329 gegen 188 Stimmen angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausdrückte. Diese Vertrauensandebung bedeutet für die Arbeiterklasse, daß sie sich zu einem ungeheuren Kampf mit der Regierung der Geseheffigkeit zu rüsten hat, von dem es kein Zurück gibt, bis die Regierung der politischen Abenteuer gestürzt ist.

Die Regierung bereitet drei Gesetze vor zur Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts bei Arbeiter-

konflikten, zur strafrechtlichen Verfolgung der Sabotage und schließlich zur Einschränkung des Streikrechts für die Arbeiter von öffentlichen oder vom Staate konfessionierten Betrieben. Da Bibiani und Millerand aber entschlossen waren, der dritten Vorlage nicht zuzustimmen, reichte Briand dem Präsidenten der Republik seine Demission ein, wurde allerdings bald wieder mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut, dessen Hauptaufgabe nun wohl darin besteht wird, das Koalitionsrecht der Arbeiter in öffentlichen Verwaltungszweigen zu erschöpfen und die politische Tätigkeit der Syndikate einzuschränken.

Aus Wien kommt die erfreuliche Nachricht, daß nach einem erbitterten Kampfe der Sozialdemokrat Schumacher mit tausend Stimmen Majorität in der Landtagssitzung im zweiten Gemeindebezirk Leopoldstadt gegen den Christlich-Sozialen Freyer gewählt ist und damit das Erbe Luegers angetreten hat.

Das Amtsblatt der preussischen Regierung in Parta veröffentlicht ein Gesetz über die Genüßbarkeit der Pressefreiheit. Ein anderes Gesetz wird die Verweigerung aller Akte der Beurlaubung des Personalsandes vorzuschreiben, die Schaffung eines allen Religionsbekenntnissen gemeinsamen Kirchhofs und die Zulassung der fakultativen Feuerbestattung. Ferner hat die Regierung Verordnungen zugestimmt zur Festsetzung des Rechtes zum Ausstand und zur Errichtung eines Schiedsgerichts zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Bramsche (Streik).
- Heimbrechts b. Hof (Streik).
- Herford (Sperrung über die Arbeiten von Althoff & Lakemeier in Schweicheln).
- Laae (Streik).
- Memel (Sperrung über Paul Behrendt).
- Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhlsbüttel).
- Podajuch (Sperrungen über Rich. Kleinke in Podajuch, Herrn Koch in Finkenwalde, Albert Köhnemann in Klitz und Aug-Sack in Retzowfelde).
- Rendsburg (Sperrung über die Baugeschäfte in Duvenstedt).
- Soden-Salmünster (Sperrung über Ruppel & Klingenberg).

Fliesenleger:

- Gelsenkirchen (Sperrung über die Firmen Hünnebeck & Co. und Stolze).

Isolierer und Steinholzleger:

- Bremen (Differenzen).
- Bresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich:

- Jungbunzlau.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Gughafen, Dortmund, Emden, Nürnberg, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Bremen.

In dem Kampfe zwischen den Unternehmern und unsern Kollegen in Bramsche, der nun schon 14 Wochen gedauert hat, verfuhrte der Bramscher Bürgermeister eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Nachdem sich die Parteien in zwei Sitzungen nicht einigen konnten, machte der Bürgermeister folgenden Vermittlungsvorschlag: die Arbeiter lassen ihre Forderungen hinsichtlich der Wasserarbeit und Fernarbeit sowie hinsichtlich einer Lohnerhöhung bis zum 1. April 1911 fallen. Dafür begehren die Unternehmer zum 1. April 1911 eine Lohnerhöhung von 3 % und zum 1. April 1912 eine weitere Erhöhung um 1 %. Der Vertrag läuft am 1. April 1913 ab. Ueber diesen Vergleichsvorschlag sollte bis zum 31. Oktober, mittags 12 Uhr, eine Erklärung beim Bürgermeister eingegangen sein, ob er von den Parteien angenommen oder abgelehnt sei. Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beschäftigten sich in einem am 30. Oktober stattgefundenen gemeinschaftlichen Versammlung mit diesem Vergleichsvorschlag des Bürgermeisters. Nach erregter Debatte wurde er mit 29 gegen 21 Stimmen bei einer ungültigen angenommen. Die Unternehmer haben dem Bürgermeister folgendes Schreiben gesandt:

Bramsche, den 31. Oktober 1910.

Herrn Bürgermeister Dr. Gels.

Hier.

Im Auftrag der im Protokoll verzeichneten Bauarbeiter teile ich Ihnen mit, daß beschlossene ist, den von Ihnen gemachten Vergleichsvorschlag abzulehnen, und wir nur das bewilligen, was vor dem Streik bewilligt war und die halbe Stunde Vesperpause vor den drei hohen Feiertagen.

Die Unternehmer wollen also den Frieden nicht. Die Arbeit drängt aber gewaltig; Streikbrecher sind nicht vorhanden und unsere Kollegen sind bis auf acht Mann alle in der Umgebung untergebracht und denken gar nicht daran, von dem Vergleichsvorschlag ein Zota abzulassen. Die Unternehmer werden sich also noch befinden und einsehen müssen, daß es doch besser ist, den Frieden herbeizuführen.

In Vorworte ist der Streik vorläufig bis zu einer günstigeren Zeit vertagt.

In Bremen haben die Unternehmer an die Gauleitung folgendes Schreiben gerichtet:

Bremen, den 4. November 1910.

An den Verband der Maurer Deutschlands Gau Bremen.

Hierdurch zur gef. Mitteilung, daß in unserer am Donnerstag, 13. Oktober, abgehaltenen Mitgliederversammlung in betreff unserer Arbeitsnachweise beschlossen wurde, denselben nicht, wie in der Versammlung am 10. Juni d. J. beschlossen war, in einen obligatorischen, unparteilichen umzugestalten, sondern ihn wie bisher zu belassen.

Hochachtungsvoll

Bund der Baugeschäfte von Bremen und Umgegend.

F. W. S. S. Schiffer, Geschäftsführer.

Nachdem also die Bremer Bauarbeiterkraft mit Erfolg den Arbeitsnachweis der Unternehmer im Baugewerbe gesperrt hatte, so daß von einer Arbeitsvermittlung nicht mehr die Rede sein konnte, scheint den Herren ein Licht aufgegangen zu sein, und nun wollen sie den vorher bestehenden Zustand der Arbeitsvermittlung wieder herbeiführen.

Für die Oldenburger Unternehmer ist zum Punkt „Arbeitsnachweis“ kürzlich durch Schiedsgericht folgender Spruch gefällt worden:

Es ist den Organisationen unbenommen, Arbeitsnachweise einzurichten, ihren Mitgliedern zu empfehlen und dafür eine Gebühr von ihren Mitgliedern zu erheben. Der Strafbeschuß des Oldenburger Arbeitgeberverbandes vom 25. Juli 1910 hat zu fallen und, die von den Arbeitnehmerorganisationen über den Arbeitsnachweis verhängte Sperrung ist aufzuheben. Die Oldenburger Unternehmer hatten ihren Mitgliedern bei 5 Strafe verboten, Leute ohne den Arbeitsnachweis einzustellen, wodurch unsere Kollegen regelrecht gemarginalisiert wurden, so daß sich die im Verträge vorgesehenen Inzungen damit beschaffen mußten. Mit obigem Spruch erklärten sich beide Parteien einverstanden.

Gau Dortmund.

Aus Ferne schreibt man uns: In einer am Donnerstag, 3. November, stattgefundenen Sitzung der Organisationsleitungen der Arbeiter und Unternehmer wurde vereinbart, daß vom 15. November d. J. an die Kündigungsfreist für das Wohngebiet Ferne-Sebingen in Wegfall kommt. Im Vertrag zur eine Kündigungsfreist von einer Woche festgesetzt. Beim Einigungsamt soll beantragt werden, daß diese Vereinbarung auch für auswärtige Bauten Ferner Unternehmer Gültigkeit hat.

Gau Lübeck.

In Neustadt i. M. wird zurzeit für eine auswärtige Firma der Neubau einer Lederfabrik ausgeführt. Der Unternehmer Kurz (anscheinend nur der Zwischengemeister) glaubte nun, auf dem Bau völlig willkürlich schalten und walten zu können. Eine Beschwerde der Kollegen wegen schlechter Baubude blieb völlig unberücksichtigt. Als aber am 27. Oktober, morgens, der Unternehmer zu einigen Kollegen erklärte: „Bei den Mauern schaffe es auch nicht anders mehr, als wenn einer mit der Peitsche dahinter stünde“, war das Maß voll. Nach der Frühstückspause verlangten die Kollegen die Zurücknahme dieser Äußerung und für die Folgezeit eine anständige Behandlung. Der Unternehmer ließ sich jedoch auf nichts ein und erklärte nur, wenn es nicht passe, der könne gehen. Darauf erfolgte einmütig die Arbeitseinstellung. Am 29. Oktober fand dann eine Verhandlung statt, in der die Differenzen beseitigt wurden. Der Unternehmer nahm seine geäußerten Worte zurück. Eine anständige Behandlung wurde zugesichert und die Baubude so hergestellt, wie sie sein soll.

Gau Nürnberg.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Am 11. Oktober haben die Unternehmer des Nordbayerischen Bezirksverbandes die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu einer Unterhandlung behufs Abschluß eines Affordaritäts eingeladen. Saft uns aber zuvor daß von ihnen ausgearbeitete Preisverzeichnis zugestellten, lassen sie uns einige Zahlen (Preise) vor, nach denen in Zukunft die Maurer und Erdbauer arbeiten sollen. In der Diskussion wiesen die Vertreter der Arbeiter das Verlesen zum Teil zurück und bemängelten besonders, daß der Entwurf nicht einige Tage zuvor den beteiligten Organisationen zugestellt worden ist, um Gelegenheit zu haben, erst mit unsern Kollegen darüber zu reden. Die Unternehmer wurden aufgefordert, das Verzeichnis nachzuholen, worauf sie uns dann einige Tage später folgenden Entwurf zustellten:

Preisverzeichnis für Maurer bei Ausführung von Affordarbeiten, gültig vom 31. März 1910 an.

Als Bestandteil des Tarifvertrages vereinbart zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Nürnberg-Fürth und Umgebung einerseits und dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Nürnberg-Fürth, dem Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Nürnberg-Fürth, und dem Zentralverband christlicher Baugandwerker Deutschlands, Verwaltungsstelle Nürnberg andererseits.

In den nachstehenden Affordarbeiten ist die Beihilfe, also die Leistung des Bauhilfsarbeiters, einbezogen; hierher gehören z. B. beim Mauerwerk die Bereitung des Mörtels sowie dessen Auftragen und die Verfassung der Backsteine. Ferner ist auch das Gerüstmachen mit einbezogen. Es ist ferner angenommen, daß sämtliche Materialien und sämtliche Gerüstzeug frei Baustelle zu liefern sind. Das Abladen der Materialien vom Wagen auf der Baustelle ist in die Affordätze nicht eingerechnet und muß besonders vergütet werden.

Erdaushub.

- 1 cbm ungebundenen Abtrag erster Klasse (d. i. leichter Stichtboden wie leichter Sand, lockerer Mörtel, feiner Kies) zu lockern, zu laden und einmal zu werfen (bis 4,50 m weit oder 2 m hoch) M.—40.
- 1 cbm ungebundenen Abtrag zweiter Klasse (d. i. schwerer Stichtboden wie lockerer Kies, Torf und Moor, lehmiger Sand) zu lockern, abzuladen und einmal zu werfen M.—50.

1 cbm ungebundenen Abtrag dritter Klasse (d. i. leichter Boden wie festgeladener, grober Kies, lockeres Gerölle, Behm, Letten, lockerer Mörtel) zu lockern, abzuladen oder einmal zu werfen M.—80.

- Der Transport auf 50 m Weite M.—20.
- 1. Backsteinmauerwerk im ersten Stock. Sämtliche Öffnungen bis Kämpferhöhe abgezogen M. 3,90.
- 2. Backsteinmauerwerk in den Fundamenten und Keller- und Parterreumassungen bis Oberkante und ersten Stock. Sämtliche Öffnungen bis Kämpferhöhe abgezogen M. 3,50.
- 3. Vorfehmauerwerk aus Vorfehmsteinen M. 3. Öffnungen, Öffnungen bis Kämpferhöhe abgezogen M. 3,90.
- 4. Ueber dem Parterre von Stockwerk zu Stockwerk eine Zulage von M.—20.
- 5. Scheidewände, zwei Steine stark, mit Backsteinen einschl. Annageln der Dreifantelien, Öffnungen abgezogen, Holzübermassen im Keller, Parterre und ersten Stock M.—50.
- 6. Ueber dem ersten Stock von Stockwerk zu Stockwerk ein Zuschlag pro cbm von M.—05.
- 7. Gewölbemauerwerk aus Backsteinen (preuß. Kappen) inkl. Ein- und Ausschalen, einen halben Stein stark pro cbm im Planum gemessen, im Keller und Parterre M.—60.
- 8. Massivdecken von 0,10 bis 0,15 m Höhe M.—85.
- 9. Gewölbemauerwerk aus Backsteinen 0,25 m stark inkl. Ein- und Ausschalen im Planum gemessen, pro cbm M.—70.
- 10. Abmaichen und Verfugen von Fassadenflächen in weißem Mörtel M.—80.
- Im schwarzen Mörtel, Öffnungen abgezogen, pro cbm M.—50.
- 11. Verarbeiten der Mauerflächen mit Mörtel M.—15.
- 12. Trottoirpflasterung mit gewöhnlichem Trottoirflinter inkl. Planieren und Schuttanladen M.—45.
- 13. Pflasterung mit Solnhofen Platten, 0,80 x 0,90 M.—50.
- 14. Pflasterung mit Solnkranner- oder dergl. Plättchen auf vorhandenen Unterlagen M.—90.

Für jedes Stockwerk wird ein Zuschlag von M.—05 gewährt.

Sandsteinmauerwerk.

1 cbm gewöhnliches Sandsteinmauerwerk, die Steine 0,40 breit und bis 0,45 hoch zu bearbeiten, ein Haupt und ein Lager, zwei Stoßfugen pro cbm M. 7,—. Bogensteine nach Schablone zu bearbeiten M. 10,—. Doppelhäufiges Sandsteinmauerwerk M. 10,—.

Zu diesem Entwurf haben unsere Kollegen in sechs größeren Versammlungen Stellung genommen. Schon in der ersten dieser Versammlungen stießen wir bei unsern Kollegen auf großen Widerstand, und zwar erstens deshalb, weil in Nürnberg-Fürth bis jetzt Affordarbeit im Mauerberuf sowie auch beim Erdaushub nicht üblich war und weil auch in Zukunft nicht an die Einführung dieses verwerflichen Systems gedacht werden kann. Zweitens könnte bei den angegebenen Sätzen nicht einmal der übliche Stundenlohn zu verdienen sein, geschweige mehr, wie dies ja bei der Affordarbeit wohl sein soll. Dritten sind die Löhne der Bauhilfsarbeiter in diesen Sätzen mit einbezogen, so daß der Maurer in Zukunft der Arbeitgeber des Bauhilfsarbeiters sein soll. Besonders gegen das letztere Ansehen wurde in allen Versammlungen energisch protestiert, weil hierin ein Hintergedanke der Unternehmer stecken muß. Bei der diesjährigen Aussperrung haben die Unternehmer ihren Serrenhandpunkt „Oerr im Hause sein“ bei allen Gelegenheiten in den Vordergrund gestellt und auf einmal wollen sie diesen Standpunkt aufgeben und den Maurer den „Oerrn auf der Baustelle“ sein lassen. Eine scharfen Kritik wurde aber auch das Vorgehen zweier Kollegen namens S t e i n e r und M a m e r unterzogen, die sich leider schon von dem hohen Verdienst aus der Affordarbeit blenden ließen und zurzeit einen Neubau im Afford ausführen. Ganz besonders wurde auch die Kölner Resolution besprochen und ausgesprochen, daß sich jeder Kollege danach zu halten hat. — Folgende Resolution wurde angenommen:

Die versammelten Bauarbeiter erheben in allen stattgefundenen Versammlungen gegen den uns von den Unternehmern vorgelegten Affordarität energisch Protest. Sie verpflichten sich, überall, wo Unternehmer zu Affordarbeiten auffordern, dieses Ansehen aufs energischste zurückzuweisen. Ferner sind die Versammelten der Meinung, daß Affordarbeit im allgemeinen zu verwerfen ist. Jeder Kollege verpflichtet sich, durch eigene Mitarbeit Aufklärung über die Schädlichkeit der Affordarbeit unter seinen Bauhilfskollegen zu verbreiten, um dieses gefährliche Arbeitssystem hintanzuhalten. Im übrigen ist von der Bauarbeiterkraft der auf dem Kölner Verbandstag gefassten Resolution in allen Teilen mehr und mehr Nachdruck zu verleihen. Die Versammelten mißbilligen das Vorgehen der bereits im Afford arbeitenden Kollegen aufs schärfste und verpflichten sich, diese Kollegen auf den richtigen Weg zu führen.

Gau Straßburg.

Ueber die Tariffrage der Metzter Bauunternehmer schreibt man uns: Recht traurige Verhältnisse haben sich in letzter Zeit wieder im Metzter Baugewerbe eingeschlichen. Der nach der Aussperrung abgeschlossene Tarif wird von einzelnen Unternehmern nur so nebenbei beachtet. Viel Schuld, daß solche Mißstände einreichen konnten, tragen die Bauarbeiter selbst, sonst dürfte es nicht vorzommen, daß die Firma Klügge Erben den Vorschlag nicht vor Feierabend auf der Baustelle auszahlt, wie es der Tarif vorschreibt, sondern sich die Arbeiter ihr Geld nach Feierabend vom Bureau abholen und vielfach erst noch erbetteln müssen. Auch daran fehlt sich die Mutterfirma Klügge Erben, mit der wir seit Jahren Schwierigkeiten hatten, nicht, daß nach dem 7. des Tarifvertrages bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses Lohn und Papiere am selben Tage auszubändigen sind, sondern die Arbeiter müssen mitunter zwei bis drei Tage hintereinander ins Bureau laufen, ehe sie ihre fauer verdienten Groschen bekommen können. Am 31. Oktober mußte die Firma am Obergericht beantragen an vier Maurer je M. 5,40 Schadenersatz bezahlen. Außerdem werden die Arbeiter, wenn sie ihren Lohn bezu. ihre Papiere holen, noch tüchtig angechnäut. Von dem Tarife für die Bauhilfs-

arbeiter, der unter dem Vorhitz des Bürgermeisters Dr. Böhmert zum erstenmal zustande kam, wollen die meisten Unternehmer nichts wissen. Sie zahlen heute noch 35 und 30 % an Hilfsarbeiter, trotzdem diese seit dem 15. August dieses Jahres 33 % erhalten müssen. Auch hier wurden schon verschiedene Unternehmer vom Gewerbegericht verurteilt, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Leider gibt es noch eine große Anzahl Bauhilfsarbeiter, die zu feige sind, den ihnen zustehenden Lohn einzufordern. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes scheint diese Mißstände stillschweigend zu dulden, weil sie anscheinend wenig Einfluß auf ihre Mitglieder hat. Wir fordern unsere Mitglieder auf, alle Tarifstriche der Unternehmer im Bureau zu melden, damit Schritte unternommen werden können, wodurch wir die tarifmäßigen Unternehmer zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wie schlimm die Dinge sind, ergibt sich schon daraus, daß innerhalb eines Monats 24 Klagen, woran 33 Maurer und Bauarbeiter beteiligt waren, beim Gewerbegericht eingereicht werden mußten. Dadurch wurden bis jetzt für 21 Klagen an zu wenig gezahlten Löhnen bezw. Arbeitsverhältnis 209,30 gewonnen. Außerdem schweben noch sieben Klagen in Höhe von 94,50. Unter diesen Umständen ist es Ehrenpflicht aller organisierten Kollegen, alles daran zu setzen, damit die Mißstände beseitigt werden.

Neue Kampfmittel.

Verschiedene Kollegen haben sich schon große Mühe gegeben, um solche Mittel ausfindig zu machen, die uns in kommenden Kämpfen von Vorteil und Nutzen sein könnten. Regelrechte Pläne mit wohlgeordneten Berechnungen, die uns nur zu den Mund wässrig machen, sind da im „Grundstein“ aufgemacht worden; nur schade, daß sie alle heute noch nicht ohne weiteres eingeführt werden können. Wäre das Verstehen wirtschaftlicher Dinge bei der großen Mehrzahl der organisierten Maurer bis zu der Höhe vorgeschritten, daß man an die Verwirklichung solcher Art Projekte herantreten könnte, dann wäre unsern Gegnern. Wie die Dinge aber jetzt liegen, würde das Experimentieren mit solchen Plänen ein ganz gewaltiges Risiko in sich bergen und würde doch immer nur ein kleines Mittelchen einen besonders großen Wirkung sein und bleiben. Ich vermute sogar stark, daß die ganze Sache schon in den Geburtswehen wieder sterben würde. Materiallager sollen wir gründen, um die Unternehmer, denen ein Streik oder eine Ausperrung wahrscheinlich die Existenz auslöschen würde und die daher nicht mitmachen möchten, über Wasser zu halten. Bauvereinigungen und Bauvereinigungen sollen wir gründen, und in einer der letzten Nummern des „Grundstein“ hat es sogar ein Kollege fertig gebracht, so ganz von hinten herum die Arbeitslosenversicherung und den einseitigen Arbeitsnachweis als Alibiinstrument zu empfehlen. Aber aus all diesen schönen Dingen kann nichts werden. Denn erstens weicht sich das folgende Empfinden der Maurerschaft dagegen, den Unternehmern die Mittel zu ihrem Verfehlen zur Verfügung zu stellen, selbst wenn dabei ein augenscheinlicher Vorteil auf unserer Seite liegt, und zweitens: was den organisierten Konsumgenossenschaften, als den Pionieren der Eigenproduktion, bis jetzt noch nicht möglich war, das ist dem Maurerverbände erst recht nicht möglich. Wer das nicht glaubt, der lese doch einmal in Nr. 39 des „Grundstein“ die Resolution des Deutschen Genossenschaftstages von 1910 in München. Dort werden die Mitglieder der Gewerkschaften vor der Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften gewarnt, und zwar in sehr überzeugender Weise, daß ein trotzdem unternommener Versuch geradezu als stillschweigender Verzicht angesehen werden könnte. Wohl schummern noch gewaltige Kräfte im Schoße der Organisationen, aber die Entwidlung muß doch wohl ganz andere Wege gehen, ehe es uns gelingt, auf diesem Gebiete etwas wirklich Wertvolles zu erreichen. Da wollen wir doch lieber die Kräfte schon im Dorf heben lassen und uns mit dem begnügen, was sich leicht verwirklichen läßt und was, soweit die Stärkung unserer Finanzen in Frage kommt, uns auch Aussicht auf Erfolg verspricht. Wir haben ja mehr als eine Möglichkeit, uns Entschädigung zu sichern. Hier sei nur einmal eine unter die Lupe genommen, nämlich unser Unterstützungszweck.

Die meisten Einrichtungen dieser Art sind in einer Zeit geschaffen worden, wo sich der wirtschaftliche Kampf unserer Organisation in anderen Formen abspielte. Die Zeiten sind vorüber, wo die Organisation einzelnen Unternehmern oder kleinen örtlichen Unternehmerverbänden gegenüberstand. Die aller Menschlichkeit höhnische Brutalität, mit der das organisierte Unternehmertum durch Waffenausperrungen seine sauberen Pläne erreichen will, hat uns wohl genugsam belehrt, daß es an der Zeit ist, mit allen Mitteln, die etwas andern als dem reinen gewerkschaftlichen Kampf dienen, nach Möglichkeiten aufzuräumen. Bei den Formen, die die Kämpfe jetzt angenommen haben, ist der düstere Wald der beste Trumpf, und der hat immer gewonnen, der diesen Trumpf bis zum Ende auspielt kann. Diese Lehre vertritt absolut keine Einrichtungen, die große Summen für andere Zwecke verausgaben läßt. Das ganze Unterstützungswesen ist eine Last, die den Organisationen bei der vollen Entfaltung ihrer Kräfte im höchsten Grade hinderlich ist. Man muß sich wirklich wundern, daß immer und immer wieder Kollegen kommen, die mit ihren Vorfahren im „Grundstein“ die Organisation mit noch mehr Unterstützungseinrichtungen bedanken möchten. War es früher auch angebracht, den Kollegen bei ihrem Eintritt in den Verband wirtschaftliche Vorteile, die mit der Kampfnatur einer Organisation nichts zu tun haben, zuzuführen, so können wir dies jetzt ruhig den Kriegervereinen überlassen. Die Schärfe und Brutalität, mit der die Unternehmer heute den Kampf führen, treibt die Kollegen schon in ihre Berufsorganisation hinein, auch wenn diese nicht mit Unterstützungseinrichtungen ausgestattet ist. Da ist erstens die Meiseunterstützung im Winter. Schreibe dieses nicht voraus, daß er in den neunziger Jahren selbst mehrere Winter in Deutschland herumgewandert ist, allerdings ohne Meiseunterstützung, und die Freuden und Weiden der Landstraße bis zur Meise gekostet hat. Er kann also aus Erfahrung schon ein Wortchen mitsprechen. Aber ebensowenig wie ich damals, wenn ich den Sommer über gearbeitet hatte, im Winter zum Vergnügen

auf die Landstraße ging, um mir vor anderer Leute Lären mein Brot zu betteln, ebensowenig werden das die jungen Kollegen von heute tun. Wir stehen hier eben vor einer fonderbaren Tatsache. Während es den an den Ort gebundenen verbeizeten Kollegen gelingt und gelingen muß, mit ihren oft starken Familien durchzukommen, steht die große Masse der jungen Kollegen bei Beginn des Winters — auch wenn sie den ganzen Sommer durcharbeitet haben — vor dem Nichts. Wahre Kräfte sind die, die wenigstens noch einen einwandfreien Anzug und ein Paar dickbelegte Schuhe haben. Das ganze Resultat eines arbeitsreichen Sommers! Diese Kollegen bringen es im Gegensatz zu ihren verbeizeten Kollegen nicht einmal fertig, selbst bei besser sommerlicher Konjunktur so viel zu probieren, um sich, ohne die Landstraße ziehen zu müssen, die paar Wintermonate über Wasser halten zu können. Natürlich ist die Verwunderung dann groß, weil der Sommer so schnell vergangen ist; aber die ganz Ehrlichen gestehen sich doch im Stillen ein, daß es wohl möglich gewesen wäre, den nun kommenden schlechtesten Zeiten aus dem Wege zu gehen. Auch heute wird es den jungen Kollegen möglich sein, sich bei einer Einschränkung ihrer im Sommer den Lohn bis auf den letzten Pfennig fristenden Lebensführung von der Landstraße fernzuhalten. Die natürliche Folge davon ist, daß sie nicht nötig haben, die Meiseunterstützung des Verbandes, auf die als letzter Rettungsanker fast spekuliert wird, in Anspruch zu nehmen, d. h. sie brauchen dann im Winter nicht ebenbürtig herauszuholen, wie sie im Sommer hineingezahlt haben. Wenn die wintertliche Meise bei sämtlichen Mitgliedern in Mode wäre, dann könnte sich der Verband in finanzieller Hinsicht begnügen lassen. Solch ein Mitglied, das den Verband nur als Aufbewahrungsort für seine wintertliche Meisegrößen betrachtet, muß notwendigungsweise als eine große Null in der Bilanz gebucht werden. Die Organisation hat von ihm absolut keinen Vorteil, und alles, womit sich ein Kollege bei Streits und Ausperrungen unterstützt wird, kommt aus den Taschen der Kollegen, die den Verband nicht als Aufbewahrungsort für seine sommerlichen Locken Lebenswandel betrachten. Doch es kommt auch noch etwas anderes in Betracht. Der Ausgabeposten für Meiseunterstützung wird in den nächsten Jahren bei ihrer Beibehaltung eine erhebliche Steigerung erfahren. Jedem in einer größeren Stadt, besonders in Norddeutschland, lebenden Kollegen wird es aufgefallen sein, daß eine große Zahl der zureisenden jungen Maurer zu den sogenannten beschlissenen Vereinigungen, die das Reisen auf ihre eigene geschrieben haben, gehört! Es geht bei diesen Kollegen nun einmal nicht anders; denn das Reisen ist bei ihnen Ehrensache. Wohin dies bei der stetig zunehmenden Anzahl dieser Kollegen in puncto Meiseunterstützung führt, kann sich wohl jeder ausdenken. Geradezu verwerflich ist es aber, wenn jemand das Meiseunterstützungswesen als Anreiz zum Reisen bemerkt. Wer den Nummel kennt, der weiß, daß heute beim Wandern im Winter nicht herauskommt, daß dies im Gegenteil eine Menge von Gefahren, Not und Leiden in leidlicher und moralischer Hinsicht in sich birgt. Gar bald ist sich ein junger Maurer mann vollständig verurteilt, sein Körper wird, hinterman wenn ihm nicht die Gebe des Wetters gegeben ist und er nur als Verpflegungsmittel für einen anderen Stadt vor andern reist, gar bald geschädigt, so daß Krankheiten aller Art an ihm ein gutes Angriffsobjekt haben. Da der Schnaps auf der Landstraße noch eine große Rolle spielt, wird er bald in den Wann des Fußes geschlagen, und wie oft fällt ihn dieses, richtig gesehen, doch elende Leben so in seinen Fesseln, daß es ihn gar nicht wieder hochkommen läßt. Die Poisse des Reisens in früheren Jahrhunderten ist in unserer nächsten denkbaren Zeit vollständig verschwunden. Der Handwerksbursche von heute ist nur Freiwillig für jedermann, ein Baria der Gesellschaft. Das sind die Freuden der Landstraße, und wer es für angenehm hält, auf den Serbergen, Kennen und manchmal noch weniger als das jeden Abend in ein anderes Bett zu kriechen, wo vor ihm jeden 20 oder 30 andere Personen geschlafen haben, der leidet sicher an Geschmacksverirrung. Besonders „schön“ wird das Leben auf der Landstraße dadurch, wenn man schon in den ersten Tagen sich Läuse oder die Krätze wegholt. Nach dem heutigen Stand unserer Erkenntnis von Krankheitsübertragung muß die Tuberkulose geradezu Triumphe bei sich einzur Lebensweise feiern. Es gibt nicht überall gut geleitete Genossenschaftsbergwerke und oft genug ist man gezwungen, in den elendesten Spelunken ein Unterkommen zu suchen.

Die Aufhebung der Meiseunterstützung ist also nicht nur in finanzieller Hinsicht notwendig, sondern auch in Interesse der jungen Kollegen selbst angebracht. Jetzt bietet die Meiseunterstützung geradezu einen Anreiz zum Wandern und zur Verklumpung im Winter. Nichts ist ein junger Maurer doch einmal, obgleich ihm keine Meiseunterstützung winkt, einen Winter auf der Landstraße zu verbringen, so wird er sicher ein Haar darin finden und im Sommer dafür sorgen, daß er im Winter nicht wieder auf die Landstraße braucht. Wegen die jungen Kollegen doch im Sommer reisen. Man kann immer den Arbeitsplatz wechseln. Die Bahn bringt einen rasch von einem Ort zum andern, und auf den verschiedenen Arbeitsplätzen kann man Land und Leute verschiedener Gegenden genugsam kennen lernen, ohne daß man in Winterfalten draußen umberzuirren braucht. Es kommt noch dazu der stete Konflikt mit der Polizei, wenn man die Wildtätigkeit seiner Mitmenschen anruft, und die Belastung mit Bettelstrafen, die von den Betroffenen in seinem späteren Leben gar oft schwer empfunden. Also weg mit der Meiseunterstützung. Schlagen wir lieber das dadurch frei werdende Geld zum Kampffonds; denn wir werden es noch nötig genug brauchen, und über kurz oder lang wird uns die zunehmende Schärfe und Dauer der Kämpfe doch zwingen, unsere ganzen Geldmittel nur zum Kampfe, gegen die Unterdrückungsversuche des Unternehmertums zu verwenden. Nicht mit gewagten Unternehmungen wollen wir operieren und uns auch nicht noch ein neues Meisewicht in Form neuer Unterstützungseinrichtungen anhängeln. Ueber. Bord mit all diesen Anhängeln. Gerade der radikale Sinn der heutigen Maurerschaft sollte damit den Anfang machen, nicht nur zu ihrem eigenen, sondern auch zum Nutzen der andern Gewerkschaften.

A. Wilhelmshaven.

Auf der Suche nach Vertragsbrüchen

ist, so schreibt man uns aus Barmen - Elberfeld, der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hergibt, hangerwerblicher Betriebe, dessen Leiter anscheinend mit dem Ergebnis der im vorigen Frühjahr mit so großem Lärmamt ins Werk gesetzten Ausperrung und mit dem daraus folgenden Vertragsabschluß gar nicht zufrieden sind, weshalb sie mit Aufbietung des ganzen ihnen zu Gebote stehenden Scharfsinnes herauszufinden suchen, daß sich die Arbeiterführer fortgesetzter Vertragsbrüche schuldig machen. Der spiritus rector bei dieser Haupt- und Staatsaktion ist der zweite Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Oberinspektionsrat R. B. Schulte aus Elberfeld; der außerdem auch noch die Ehre hat, Meister oder Landwehroffizier zu sein. Da die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen für den lässlichen Zweck nicht die nötige Handhabe bieten, so greift Schulte zu dem § 3 des Hauptvertrages, betreffend Affordarbeit. Die Worte: „Affordarbeit ist zulässig“, haben nach seiner Ansicht folgenden Sinn: 1. Ob in Afford gearbeitet wird, hat der Unternehmer selbst zu bestimmen. 2. Die Arbeiter, die sich weigern, in Afford zu arbeiten, können deshalb sofort entlassen werden. Als Tarifbruch des Unternehmers kann das nicht angesehen werden. 3. Die Arbeiterorganisationen sind nach diesem Paragraphen verpflichtet, auf Antrag der Unternehmerorganisation einen Affordtarif abzuschließen; tun sie das nicht, so machen sie sich eines Vertragsbrüches schuldig. 4. Die Funktionen der Arbeiterorganisationen haben sich jeder agitatorischen Tätigkeit gegen die Affordarbeit zu enthalten. Weigert sie dieses nicht, so ist das Vertragsbruch. 5. Wenn ein Angestellter der Arbeiterorganisation einmal während der Arbeitszeit eine Kaufstelle betritt, so macht er sich des Verstoßes eines Vertragsbrüches schuldig. — Man sieht hieraus, wie geistreich Schulte in der Konstruierung von Vertragsbrüchen ist. Dieser Mann ist aber auch Mitglied des Einigungsamtes sowie langjähriger Besitzer des königlichen Gewerbegerichts zu Elberfeld. Infolgedessen besitzt er eine große Kenntnis der einschlägigen Gesetze über das Lohn- und Arbeitsverhältnis. Wie wir oben schon zeigten, versteht es Schulte ausgezeichnet, die Vertrags- und Gesetzesparagraphen so zu interpretieren, daß der Unternehmer stets der „Geschädigte“ der Arbeiter aber immer der „Schuldige“ ist. Besonders im Einigungsamt tritt dies Bestreben recht grellutage. Wir können uns nicht entsinnen, daß es Schulte auch nur einmal über sich hat bringen können, zu ungunsten eines Unternehmers zu stimmen, auch wenn in der Sache dessen Schuld nach so klar bewiesen war. Dagegen haben wir stets die Beobachtung machen können, daß er den frivolen Vertragsbruch und die brutalsten Liebesgriffe der Unternehmer als zu Recht bestehend sanktioniert wissen wollte. Injeres Erachtens sind die Auslegungen und Rechtsbegriffe des R. B. Schulte von keiner Objektivität noch von irgendwelchem Gerechtigkeitssinn getrieben, wir meinen vielmehr, daß der Mann die Arbeitsstelle des freien Arbeiters mit dem Kaiserhofen verwechselt, wo der Vorgesetzte zu befehlen und der Untergebene blindlings zu gehorchen hat. Nach den Erfahrungen, die wir mit diesem Herrn bisher gemacht haben, scheint er nach folgenden Grundregeln zu handeln: Der Arbeiter hat überhaupt kein Recht, irgend welche Ansprüche geltend zu machen. Er hat nur das, was ihm der Unternehmer zu gewähren für gut befindet, dankbar entgegenzunehmen. Stellt der Arbeiter aber Forderungen auf und läßt sich auf ein Rechtswort, so ist er dem Unternehmer schadenhaftig. Wir trauen dem Mann zu, daß er den Standpunkt vertreten könnte: ein Arbeiter, der wegen Krankheit oder Tod verhinert ist, seine Arbeit zu verrichten, ist dem Unternehmer für den ihm entgangenen Profit schadenhaftig. Aber das ist noch lange nicht alles, was dieser Herrschenfisch zu leisten vermag. Bei Sitzungen und Verhandlungen bringt er es auch fertig, die Arbeiterfunktionäre, die naturgemäß keine schamhaften Tiraden in sachlicher Weise bekämpfen, in ganz unprofessioneller Art anzugreifen, ihnen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Vertragsbruch vorzuwerfen und der Bemerkung, daß man es sich überlegen möchte, nochmals mit solchen Leuten einen Vertrag abzuschließen. Ob seine Behauptungen auf Wahrheit beruhen, scheint dem Manne ganz gleichgültig zu sein, ja, es ist ihm bei verschiedenen Anlässen nachgewiesen worden, daß er mit der Wahrheit sehr langsam umzugehen beliebt. Angefichts dieser Tatsachen werden es sich die Arbeitervertreter ebenfalls überlegen müssen, ob sie in Zukunft noch mit diesem vielseitigen Herrn über die Durchführung und Ueberwachung des Vertrages verhandeln können oder wollen.

Vom rechnerischen Wert der Arbeitseinstellungen

handelt ein Artikel des in „Lutlingen“ erscheinenden „Grenzboten“, durch den die Anklage der Arbeitseinstellungen darzulegen werden soll. Nur in seltenen Ausnahmefällen, so wird behauptet, hätten die Arbeiter durch ihre Ausstände einen materiellen Nutzen zu verzeichnen. Die „Reinlichkeitsmäßige Arbeitgebervereiigung“ drückt einen Teil dieses Artikels an leitender Stelle ab, womit sie dokumentiert, daß sie die Ausführungen des schändlichen Blattes für richtig hält. Das sind sie nun aber durchaus nicht, was schließlich jeder Aoc-Schmeißer aus den angeführten „Beispielen“ selbst feststellen kann. Diese Beispiele sehen nämlich so aus:

„Wenn der Streik acht Wochen gedauert hat und eine Unterfertigung von 50 pzt. gezahlt worden ist, so wird man leicht ausrechnen können, daß der tatsächliche Arbeitsverlust bei 20 Wochenlohn in acht Wochen 80 beträgt. Diese müssen also nach nichtern rechnerischen Begriffen nicht nur ausgegahlt werden, sondern es muß auch noch ein Verdienst herauskommen; denn sonst hätte es ja keinen Zweck, sich irgend einer Arbeit zu unterziehen, wenn man dabei keinen dauernden Nutzen erzielt hätte. Nun kann man zunächst den günstigsten Fall in Berechnung ziehen, nämlich, daß der Streik Erfolg hat und der Arbeiter im Durchschnitt eine Arbeitsausperrung (soll wohl heißen: Lohnausbesserung) von 5 pzt. durchgesetzt hat. Das würde bei einem bisherigen Arbeitslohn von 20 den Betrag von 1 ausmachen, und er müßte demnach 80 Wochen, also ein und ein halbes Jahr arbeiten, ehe er für den Arbeitsausfall von 80 die rechnerische Gegenleistung wieder empfangen hätte.“

Dazu ist einfach zu sagen, daß die Arbeiter eine von ihnen erkämpfte Lohnerhöhung in der Regel nicht nur auf ein und ein halbes Jahr bekommen, sondern eher für eine längere Zeit. Wird eine fünfprozentige Lohnerhöhung auf zwei oder drei Jahre festgelegt, so wird sie nicht nur zwei oder drei Jahre, sondern auch nach Ablauf dieser Zeit bezahlt. In nicht wenigen Fällen wird nach Ablauf dieser Zeit der Lohn ohne Kampf weiter erhöht, weil die Unternehmer einsehen, daß sie dabei viel besser fahren, als wenn sie erst einen wochenlangen Kampf heraufbeschwören, nach dessen Beendigung sie doch eine Lohnerhöhung bewilligen müssen. Nehmen wir an, unsere Kollegen an einem Ort, wo 1900 durchschnittlich 20 Wochenlohn bezahlt wurde, hätten im Sommer jenes Jahres acht Wochen gestreikt, 60 pSt. ihres Lohnes an Streikunterstützung bekommen und eine Lohnerhöhung von 5 pSt., also von 11 pro Woche erlangt. Sie hätten dann 80 Wochen, etwa bis Ende des Jahres 1901 zu arbeiten, ehe sie ihren Verlust an Arbeitslohn wieder eingebracht hätten. Von 1902 bis 1909 hätten sie aber, wenn sie ihre Organisation auf der Höhe hielten, die Lohnzulage von 11 pro Woche oder — theoretisch gerechnet — 162 pro Jahr, und 418 bis Ende 1909, ohne Kampf und ohne Lohnverluste zu weiterer, dem durch den achtwöchigen Kampf herbeigerufenen Lohnverlust von 80 steht also schon in zehn Jahren ohne jede weitere Lohnerhöhung eine Steigerung des Jahreseinkommens von rund 4600 gegenüber. Dabei ist zu bedenken, daß Arbeitseinstellungen in den meisten Fällen weit länger als acht Wochen sind und daß die erreichten Lohnerhöhungen 6 pSt. sehr oft übersteigen, daß also der Lohnverlust im allgemeinen geringer, die durch die Arbeitseinstellung erreichte Lohnsteigerung aber nicht selten höher als oben angegeben ist. Kommt dann hinzu, daß infolge eines für die Arbeiter glücklich verlaufenen Streiks für zwei, drei, vier und mehr Vertragsperioden angemessene Lohnerhöhungen ohne Kampf und ohne Opfer durchgesetzt werden können, dann kann die oben angegebene Erhöhung des Jahreseinkommens um das Dreifache steigen, ohne daß dabei die Lohnverluste höher werden. Der realistische Wert der Arbeitseinstellungen präsentiert sich uns also bei genauerem Zusehen ganz anders, als der „Grenzboten“ und die ihm nachplappernde „Ameisenschwärmerei“ glauben machen wollen. Auf das Gerede der beiden Blätter von der durch einen längeren Zustand herbeigerufenen „moralischen Einbuße“ der Arbeiter wollen wir nicht eingehen, weil es uns viel zu dumme ist. Wenn es die „Ameisenschwärmerei“ ernst nimmt, dann überlegt sie sich durch den Abbruch nachträglich für ihre Aussperrungsheererei im Frühjahr selbst; denn sie muß sich doch sagen, daß eine Aussperrung für die Arbeiter bestimmt keine besseren moralischen Folgen haben kann als ein Streik. Wie wäre es übrigens, wenn die „Ameisenschwärmerei“ mal ausrechnen ließe, wie groß für die Unternehmer der durch ihre Aussperrungen herbeigerufene materielle Nutzen ist? Wenn sie das tun ließe oder — falls sie es könnte — selbst in objektiver Weise täte, dann, glauben wir, würde sie in Zukunft von ihren Aussperrungsheerereien mit Grauen Abstand nehmen.

Am die Maurer Westböhmens, die in ihre Heimat reifen!

Es ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß reisende Mitglieder durch die tschechischen Separatisten falsch informiert und dadurch irreführt wurden, daß ihre Gruppe in Pilsen jenem Verbands angehöre, der der Internationale angegeschlossen ist. Es wird hiermit bekannt gegeben, daß die separatistische Maurergruppe mit der Internationale keine Verbindung hat und es ist das daher eine Irreführung unserer reisenden Mitglieder. Jeder, der in seine Heimat reist und über Pilsen fährt, soll sich im Sekretariat des Zentralverbandes der Maurer Oesterreichs, Pilsen, „Arbeiterheim“, informieren und es wird ihm auch die richtige Auskunft erteilt.

Für den Bezirksvorstand Pilsen:
Josef Simek, Obmann.

Heber den neuen „Fremden“erzeh in Zürich

lesen wir im „Bauhändler“, dem Organ unseres Schweizer Bruderverbandes folgende Schilderung: „Zu recht bedauerlichen Vorfällen kam es in unserer am 29. Oktober in der „Werbung“ stattgefundenen Versammlung. Nebenlich wie im Vorjahre sind auch jetzt wieder eine Anzahl fremdgekehrte Maurer mit schwarzen und roten Bändern am Orte beschäftigt. Anscheinend ließen die im Vorjahre von den Schlipsgesellen begangenen „Söldentaten“ auch in diesem Jahre die edlen Jungstgenossen nicht ruhen, sie dürrteten danach, es den andern gleichzutun. Es ist noch gut in Erinnerung, daß im Dezember des Vorjahres in und vor der „Eintracht“ drei große Schlägererien stattfanden, wo die Angehörigen einer Klasse und einer Organisation sich mit Häuten, Stöcken und Messern bearbeiteten. Das Resultat war außer einer Anzahl Verletzte, eine Menge Geldstrafen, verschiedene Wochen Gefängnis und für die Organisation eine große Blamage. In verschiedenen Versammlungen und Zeitungsnutzen schweizerischer und deutscher Blätter beschäftigte sich die Öffentlichkeit mit diesen bedauerlichen Vorgängen. Wir waren schon der Meinung, daß die höhere Einsicht bei den Schlipsgesellen gesetzt habe und daß wir in Zukunft gegen ähnliche Dinge gefeit seien. Aber weit gefehlt! Die Versammlung am 29. Oktober befehlte uns eines andern. Raum hatte der Vorsitzende die Versammlung geschlossen, so stützten die etwa 30 anwesenden Schwarzbeschäftigten bis auf wenige Ausnahmen wie wilde Bestien auf die vier mit roten Schlipfen versehenen Kollegen. Ehe diese nur einen Ton sagen konnten, war ihnen schon der Schlipps ausgerissen und im wilden Durcheinander fausteten Fräule auf die Wehrlosen herab. Aber nicht genug damit: Biergläser flogen nach den Köpfen und auch das Messer wurde wieder gezogen. Jetzt war aber die Geduld der anständigen Kollegen zu Ende; man begann, sich gegen diese Mäulerbande zu wehren und warf kurzehand eine Anzahl zum Lokal hinaus. Es entstand nun ein und vor dem Lokal eine allgemeine Prügelei und mehrere wurden

dabei verwundet. Im Versammlungstokal sah es böse aus; zerbrochene Gläser, eingedrückte Fensterscheiben, zerfliegene Lampen, umgestürzte Tische usw. Hier hatte eine Versammlung von Klassenfeindlichen Arbeitern stattgefunden. — Was nun? Die Erörterung unter den Kollegen ist furchtbar; es muß ein Ende gemacht werden. Wie wieder darf es vorkommen, daß eine Herde von besoffenen Strödlern wie Begeleiter unsere Versammlung zu einer wilden Rauferei umwandelt. Wir können und wollen nicht mehr dulden, daß, ähnlich wie in Moabit, „Singsbrüder“ unter anständigen Arbeitern mit Messer und Bierglas ihr Unwesen treiben. Nebensarten flogen herum, wie folgende: „Ich habe im Vorjahr nicht umsonst sechs Wochen im Selnau (Gefängnis) gesessen.“ „Ihr habt uns letztes Jahr genug verachtet, jetzt zahlen wir es euch heim.“ Oder wie man am andern Tag hören konnte: „In die nächste Versammlung kommen auch die fremden Zimmerleute und Dachdecker, da wollen wir sehen, wer die Oberhand behält“, oder: „Wenn ihr uns ausschließt, da machen wir den Streikbrecher.“ Gemach, ihr Herren! Am 29. Oktober habt ihr geredet, jetzt sind wir an der Reihe. Am 6. November wird die Zürcher Bauarbeiterschaft sprechen, aber nicht mit Entsetzungen. Wir wollen euch in Anstand und Gerechtigkeit lehren, daß euch der Spatz vergeht, in Zukunft eurem „edlen Handwerk“, der Standsmacherei, nachzugehen. Wir werden die Maßelsführer schon aus unserm Verband hinauswerfen, ganz gleich, ob sie dann morgen schon als Streikbrecher gehen. Bis jetzt ist die Arbeiterschaft mit solchen Acht-Großchen-Jungen fertig geworden, in Zukunft werden wir es erst recht. Wir wollen euch in Deutschland ein Denkmal errichten, das jeder klassenbewußte Arbeiter auch meidet wie Gift. Wir werden euch in der Schweiz beliebt machen, damit ihr nicht mehr bei Arbeitern zu logieren braucht, sondern daß ihr wie die Gipserstreikbrecher in Hotels wohnen könnt. Vor allem aber laden wir euch freundlich ein, damit euch nichts, auch nicht das kleinste von unsern Urteilspruch verloren geht. — Wir bitten alle Sektionen, keinen Schlipsgesellen an- oder abzumelden, ohne genau Namen, Geburtsort und -Ort sowie Verhandlungsnummer festzustellen, damit uns keiner entgehe ohne Belohnung. Wir werden schon die Schafe von den Böden jondern. Nächste Woche werden wir an alle Verbände, die mit uns in Kartellvertrag stehen, berichten, wie wir die Sache erledigt haben.“

Inzwischen hat die angekündigte Versammlung stattgefunden. Trotz des schlechten Wetters war die Versammlung stark besucht, ein Beweis, daß die Zürcher Bauarbeiter die Maßnahmen der Fremden gründlich tat haben. Um zu verhindern, daß allerlei unlaute Elemente sowie aus andern Städten herbeigekommene Stadaubdrücker es in der Versammlung erneut zu Unruhen trieben, wurden allen Versammlungsmitgliedern die Verbandsbücher abgefordert und bis zum Schluß der Versammlung aufbewahrt. Als die Babamacher auf diese Weise ihren Plan vereitelt haben, blieben sie draußen auf der Straße, so daß nur ein kleiner Teil der Fremden an der Versammlung teilnahm. Die Versammlung schloß zunächst zwei Maßelsführer aus; ein Dritter, gegen den gleichfalls ein Ausschlußantrag vorlag, kam mit einer Bitte davon, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, er wolle lieber auf das Band als auf die Organisation verzichten. Es ist nur zu begrüßen, daß unsere Schweizer Organisation anfängt ernst und entschlossen gegen die Schädlinge der Arbeiterbewegung vorzugehen. Wir können unsere fremdgekehrten Kollegen nur wiederholt aufs eindringlichste vor der Teilnahme an Ereignissen a la Zürich warnen. Wenn die Organisation lieb ist und wenn die Arbeiterbewegung am Herzen liegt, der sehe auf Anstand und Sitte in unsern Reihen. Wer das nicht will und nicht kann, der gehört nicht zu uns.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Reiseunterstützung im Winter. In den Monaten Dezember, Januar, Februar und März zählt der Verband an die auf Wanderschaft gehenden Mitglieder Reiseunterstützung, sofern sie dem Verbands ununterbrochen mindestens ein Jahr angehört und für 40 Wochen Beitrag gezahlt haben oder innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit beigetreten sind.

Legitimationskarten zur Empfangnahme der Unterstützung stellt nur der Verbandsvorstand aus. Neuesten müssen zu diesem Zweck ihren Mitgliedsausweis an den Verbandsvorstand unter Beilegung des Rückporto (20 S in Briefmarken) einsenden.

Alle Beiträge — auch die besonderen Beiträge während der Aussperrung — müssen vollbezahlt sein. Die Reiselegitimationskarten, die vor dem 1. Januar von unserm Verband ausgestellt werden, gelten auch vom Januar bis März 1911 für den Deutschen Bauarbeiterverband.

Wer von Gamburg abreist oder diesen Ort bei Beginn der Wanderschaft berührt, kann sich die Karte während der Bureaustunden (von morgens 8 bis abends 4 1/2 Uhr) persönlich abholen.

Die Ausfertigung der Karten erfolgt nicht vor dem 25. November.

Die Höhe der Unterstützung beträgt 1 pro Tag und darf in der Unterstützungsperiode (Dezember bis inkl. März) 40 nicht übersteigen. An einem Orte und in einer Unterstützungsperiode darf an ein und dasselbe Mitglied nur einmal Unterstützung gezahlt werden. Ausgenommen hiervon sind Berlin, wo für drei Tage, und Bremen, Breslau, Göttingen, Dresden, Frankfurt a. M., Gamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart und Stuttgart, wo für zwei Tage zu zahlen ist, wenn die

Unterstützung an aufeinander folgenden Tagen erhoben wird.

Am Abreiseort wird Unterstützung nicht gewährt.

Ausgeschlossen von der Auszahlung der Reiseunterstützung sind die Zweigvereine, die

1. noch kein Jahr bestehen,
2. am Schlusse des dritten Quartals weniger als 20 Mitglieder zählen,
3. deren Vortort (Sitz des Vereins) weniger als 2500 Einwohner hat.

Solche Zweigvereine sind im dem Adressenverzeichnis, das den wandernden Kollegen mit der Legitimationskarte verabsichtigt wird, durch einen Stern kenntlich gemacht.

Ein Teil der Unterstützung kann von Zweigvereinen, die für sich allein oder mit andern Gewerkschaften zusammen das Herbergsweien geregelt haben, in Form einer Anweisung auf Logis ausbezahlt werden; der Rest ist bar auszugeben.

Den zur Auszahlung der Reiseunterstützung berechtigten und verpflichteten Zweigvereinsvorständen werden dieser Tage ein Karte n Muster, Auszahlungslisten, nähere Anweisungen und Adressenverzeichnisse zugesandt.

Besondere Ausführungsbestimmungen für die Zweigvereinsvorstände.

§ 1. Alle Zweigvereine, die auf Grund des Statuts Reiseunterstützung ausbezahlen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstützung ausbezahlen haben. In der Regel soll der Zweigvereinskassierer damit betraut werden. Der Name des Auszahlers und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Herbergswirt mitzuteilen, damit dieser ausreichenden Kollegen Auskunft geben kann.

§ 2. Unterstützung darf nur ausgezahlt werden an Mitglieder, welche sich durch eine vom Verbandsvorstand ausgestellte Reiselegitimationskarte und ihr Mitgliedsbuch ausweisen können. Bei Prüfung der Legitimation ist darauf zu achten, daß die gedruckte Nummer der Karte mit der Nummer des Mitgliedsbuches übereinstimmt. Weiter ist darauf zu sehen, ob die Unterstützung an demselben Tage schon in einem andern Zweigverein gezahlt wurde. Wenn letzteres der Fall, dann ist die Zahlung zu verweigern.

§ 3. Stimmt die Nummer der Reiselegitimationskarte mit der Nummer des Mitgliedsbuches nicht überein, dann ist beides (Buch und Karte) dem betreffenden Kollegen abzunehmen und dem Verbandsvorstand einzusenden.

Letzteres hat auch zu geschehen, wenn ein Mitglied versucht, an einem und demselben Orte die Unterstützung zum zweiten Male zu erlangen und sich auf der Herberge oder in der Wohnung des Auszahlers nicht anständig betragt.

§ 4. Der Unterstützungssatz beträgt 1, und darf dieser Satz in keinem Falle an einem und demselben Tage an einen Kollegen mehr als einmal gezahlt werden. Ebenfalls darf der Unterstützungssatz von 1 in allen Zweigvereinen, mit Ausnahme der im § 29 Abs. 2 genannten, in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März an ein und dasselbe Mitglied nur einmal ausgezahlt werden.

§ 5. In allen Zweigvereinen, mit Ausnahme der im § 29 genannten, darf die Unterstützung in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März an ein und dasselbe Mitglied nur einmal ausgezahlt werden. In Zweigvereinen, die für mehrere Tage zahlen müssen, darf die Auszahlung nicht für mehrere Tage auf einmal, sondern nur an aufeinanderfolgenden Tagen geschehen.

§ 6. Der ausgezahlte Betrag ist unter genauer Angabe des Datums und deutlichem Abdruck des Stempels auf der Reiselegitimationskarte zu bemerken; auch ist der Betrag auf einer Auszahlungsliste vom dem Empfänger zu quittieren. Die Auszahlungslisten werden regelmäßig mit den Quartalsabrechnungsschemularen den in Betracht kommenden Zweigvereinen zugesandt.

Die Auszahlungslisten sind mit der vierteljährlichen Abrechnung an den Vorstand einzusenden.

§ 7. Ein Teil der Unterstützung muß in bar ausgezahlt werden; während es den Zweigvereinen überlassen bleibt, für den Rest Unterkunft (Logis) zc. zu gewähren.

Sind von den Zweigvereinen für sich allein oder mit andern Gewerben zusammen Herbergen eingerichtet, dann sind durch reisende Mitglieder verpflichtet, in denselben zu logieren, jedoch können Ausnahmen, je nach Lage der Sache, gemacht werden.

§ 8. In den Herbergen ist der „Grundstein“ auszuliegen.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 31. Oktober bis 6. November für folgende Mitglieder erteilt:

G. Schmidmann-Winde i. M. (Frau), Verb.-Nr. 387 953; M. Wippremann-Vraunichweg (Frau), 351 868; B. Wörz-Goltdorf (Frau), 291 360; Fr. Zille-Galle, 25 162; R. Kögler-Goltdorf i. Schl., 347 659; Fr. Zengene-Vochum, 18 637; S. Wriedel-Grimmenstein, 141 709; F. Sander-Windchen, 361 005; S. Hermann-Zittau, 383 048; R. Wäcker-Berlin, 912; G. G. Pöhlner-Dresden, 162 458; Frz. Karsten II-Wagdeburg, 41 837; W. Michä-Grosch a. d. O., 75 548; J. Obermüller-Königsberg i. Pr., 80 699; F. Madewitz-Vranidenburg, 55 569; R. Meinhof-Dormund, 211 265; Friedrich-Diederich-Göttingen, 142 056; G. Niemeyer-Wagdeburg (Frau), 41,521; G. Hoffmann-Grimberg i. Schl., 301 108; F. Hornack-Vandeshut i. Schl. (Frau), 238 121; August Masch-Pandau (Frau), 101 561; F. Kattenhäuser-Gezogenaurach (Frau), 248 891; Hermann-Jahni-Niela, 141 688; R. Frädrich-Neudamm, 89 494; S. Stemmler-Edmüden, 99 038; W. Domagala-Polen, 245 501; E. R. Eilmer-Burgstädt, 57 782; P. Dörmann-Danzig (Frau), 396 254; Joh. Ohl-Danzig (Frau), 311 884.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **F. Köster, Hamburg 1, Rosenbüchelhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 25. Oktober bis 5. November 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Amunburg A. 61,73, Anslöben 23,48, Aachen 144, Menden-Gooden 141,62, Angsburg 800, Bergedorf 250, Wankenburg a. S. 100, Piesenthal 78,33, Wehau 23,90, Verne 17, Wainroth 76,08, Wranitz 45,10, Wurgdorf 15,23, Wrate 86,30, Wahrenitz 148,08, Berlin 41 038,01, Wurg 6. Magdeb. 10,80, Wärcmen-Gebirgfeld 1, Niesfeld 883,07, Wraunichweg 800, Wronberg 1400, Wronsbüttelsoog 200, Calcielb 186,23, Camburg 45, Cöln 9887,95, Cammin 55,02, Coswig 86,20, Cossel 6032,43, Cüstrin 69,59, Coblentz 989,15, Colmar i. Elsaß 100, Chemnitz 1600, Döbeln 400, Danzig 2090,16, Dresden 26 179,49, Dortmund 1498,27, Darmstadt 5787,02, Dessau 213,92, Dühringshof 3,90, Efurt 400, Eichenau 400, Eisleben 168,76, Elmshorn 257,93, Eichwege 735,48, Eidershausen 32,90, Eichenföhrn 295,30, Eggeln 96,84, Eiferwerda 112,14, Elmbeck 22,20, Elbing 800, Eilenburg 400, Falkenstein 375, Friedrichroda 246,10, Freudenwalde 604,60, Fulda 50,25, Guben 800, Gersdorf 221,38, Grünberg i. Poien 725,68, Gr.-Weiten 221,28, Gr.-Weiden 160, Gotha 1004,94, Gera 937,97, Gr.-Ammenleben 48,25, Cassen 1,96, Gorgast 318,12, Giepen 939,37, Gröbenburg 464, Gebweiler 188,42, Großpöhl 115,80, Gräfenhainichen 1,80, Geratz 173,50, Sayburg 11 000, Grütendorf 210,10, Hainfeld 111,86, Hämmerleib 98,87, Humboldt 20,70, Holzminde 1, Hammelstall 114,03, Hüttenberg 107,92, Holzsteden 52,82, Hannover 674,84, Heidenmoor 27,88, Hirschfeld 240,80, Hohenstein-Ernstthal 226,73, Heidenburg 5,51, Kollberg 8,20, Krammen 56, Klosterlausnitz 6, Kattowitz 2625,82, Konitz 164,65, Kirm 66, Landesbtt 239,65, Ludwigs-Walde 436,78, Leisnig 24,50, Lübben 7,80, Lübbenau 290,25, Lausitz 19, Lohengrün 4,30, Luda 199,45, Lüchow 58,70, Landau 24,90, Mannheim 3226,63, Miltow 96,07, Münden 8191,68, Meue 239,74, Müllisch 581,39, Marienwerder 53,85, Metzerberg 460,94, Michendorf 434,51, Marburg 180, Mühlau 240,96, Naumburg 100, Neustorf 138,84, Nordheim 93,15, Neustettin 19,48, Neu-Nippin 702,26, Nauen 895,70, Neuenhüser 559,87, Oderan 68,82, Ohlau 14,60, Oltze 0, a. Harz 1547,61, Odringen 37,92, Odenburg i. Pohl. 73,10, Odrand 145, Penig 190,96, Peitz 97, Peitzberg 96,20, Pörschheim 1095,11, Pörschen 13, Pörschen 35,10, Prinsenua 8,84, Pörschberg 278,76, Pörschen 16,02, Quakenbrück 12,50, Reichenbach i. W. 200, Reichenbach 200, Rorheim 167,18, Rathenow 231,66, Radolitz 63, Regensburg 22,63, Rathenow 7,70, Rawitzsch 109,06, Saargöben 1398,67, Stralsburg 828,89, Siegen 77,10, St. Ludwig 52,64, Salsgülden 834,20, Schwenfurth 130, Schönbühl 448,28, Stralsburg i. d. Lifermark 132,70, Sieck 130,82, Sonderburg 22, Stuttgart 13040,91, Schlierke 350,67, Sadowitz 38,10, Strauberg 54, Seiditz 36,53, Schleifstadt 66,10, Schönbühl 31,99, Seiditz 26,50, Seiditz 46,40, Stettin 1812,29, Schlawe 185,76, Schönbühl 120,68, Trebbin 492,72, Tönning 65,28, Thoru 18,40, Triebes 378,14, Untere Weichba 13,50, Wahrenstein 80, Wittich 124,85, Wisingerode 60,32, Walldorf 2, Wittenhausen 13,16, Wehferde 166,55, Witten a. d. Luhe 396,49, Weißwasser 375,09, Walsungen 259,77, Worms 600, Wölitz 190, Zittau 1947,45, Zinnowitz 41,85.

b) Für Futurale.

Bayreuth A. 20, Bergedorf 1, Dessau 5, Dortmund 20, Eisleben 2, Falkenstein 25, Gera 5, Gräfenhainichen 1, Humboldt 2, Oltze 0, a. Harz 6, Stuttgart 10.

c) Für Kalender.

Anklam A. 5, Burg 5, M. 10, Bergedorf 12,50, Coswig 10, Elmshorn 20, Leitz 6, Neuenhüser 15, Ohlau 13,50, Saarbrücken 50, Stuttgart 250, Schweinfurt 20, Zittau 150.

d) Für Protokolle.

Machen A. 6, Wenden-Gooden 4, Anklam 3,50, Biesenitz 2, Wrate 2, Calcielb 4,90, Coswig 3,80, Cassel 52, Dresden 112, Dortmund 55, Darmstadt 43, Dessau 6, Eichwege 11, Eiferwerda 6, Gersdorf 5,50, Gr.-Weiten 2,90, Gotha 32, Großpöhl 4, Gräfenhainichen 10, Heide 6, Hämmerleib 2, Humboldt 2, Hammelstall 2, Hüttenberg 4,50, Landau 8, Lüchow 70, Lübben 14, Müllisch 10, Nordheim 8,50, Hoffmühlereiche 4, Oltze 0, a. Harz 24,70, Odringen 2, Penig 4,50, Pörschberg 3, Rorheim 2, Rawitzsch 4, Schweinfurt 6, Trebbin 4,50, Wittich 6, Wisingerode 2, Walldorf 2, Wehferde 2, Witten a. d. L. 4, Weißwasser 4, Walsungen 4, Zittau 42, Zinnowitz 2.

e) Für Ausgaben im „Grundstein“.

Breslau A. 1,20, Sdrup a. Alsen 1,10, Zaroschin —,50, Nonnenbamm 1,10.

Abrechnungen für das dritte Quartal wurden bis zum 7. November an folgenden Zweigvereinen noch nicht eingeleitet: **Gau Berlin:** Weisen, Heterie, Wödenwerda. **Gau Dresden:** Mag, Delz, Saaran. **Gau Danzig:** Wöden. **Gau Erfurt:** Wittenberrnsdorf, Walfenried. **Gau Frankfurt:** Frankfurt a. M., Nörbha. **Gau**

Südlich: Neustädt. **Gau Hamburg:** Elmshorn, Neuenhüser, Eiderbrun, Trittau. **Gau Hannover:** Bodenau, Delligeln, Gameln, Lunterberg. **Gau Leipzig:** Leutenfeld. **Gau Lübeck:** Dicksdorf. **Gau Mannheim:** Elmstuf, Worms. **Gau München:** Raun. **Gau Stettin:** Jelenitz. **Gau Stuttgart:** Eugen.

Nicht vertreten gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher bezw. Karten der Kollegen Aug. Brogmann-Essen (Verbands-Nr. 54 905), Paul Müller - Lübben (84 856), Martin Faltz-Stuttgart (139 941), R. Jacob-Delitzsch (142 870), Carl Freiberg-Harburg (147 000), Rud. Ganz-Freiburg i. Br. (242 123), W. Grahlmann - Werdau. (385 222), Ernst Clemens - Zittau (389 965), Jac. Waagner-Frankfurt a. M. (401 359), Jos. Harnig-Freiburg i. Br. (413 187), Otto Schneider-Weipzig (457 921), R. Felsch - Gelsenkirchen (505 088), Jac. Mall - Karlsruhe (150 510), Karl Hölzel-Wehferde (187 127), R. Kolobseitz-Danzig (311 882), Aug. Berghof-Wiesbaden (394 516), E. Teßing-Hauptstadt (416 770), R. Zimmer-Breslau (16 897), F. Schmidt-Stuttgart (47 816), Karl Schnell-Gelsenkirchen (48 281), G. Nitz-Nathenow (102 444), Paul Niesfeld-Weisen (108 676), Albert Niesfeld-Hamm. Münden (179 360), A. Schwabers-Perford (247 868), R. Gadsch-Breslau (270 443), St. Steff. Hohenstein-Konitz (335 418), W. Neumann-Weisen (336 870), Chr. Goll-Stuttgart (348 855), Paul Löffel-Galle (359 877), Gottl. Kraml-Münden (360 006), Friedr. Niesfeld-Berlin (375 816), G. Specht-Berlin (419 697), P. Jungstufh-Waltershausen (457 965), R. Geyer-Perford (462 034), Th. Wie-Göhl (467 880); außerdem die Mitgliedsarten der Kollegen Hermann, Delitzsch-Stralsund (060 061), Fr. W. Maurer-Göhl (060 706), R. Maier-Stuttgart (032 080), Max Rorow - Wöden (091 275), P. Stranitz-Gelsenkirchen (014 664), S. Sieck-Lüda (026 173), F. Altmeyer-Saarbrücken (047 642), Feinr. Wette-Dortmund-Lünen (074 865), Walthg. Vofe-Saalfeld (076 666), Joh. Waimom - Bayreuth (054 6), Chr. Warte-Stuttgart (14 312), E. Kronski-Dortmund-Lünen (03 792), R. Nottbohm-Ilma (03 788).

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Gau Cöln. (Konferenzbericht.) Am 30. Oktober fand im Volkshaus in Cöln die letzte Konferenz des Gauces statt, die um 10 Uhr vormittags durch den Kollegen Ruff eröffnet wurde. Als Vorkühende wurden die Kollegen Wuth und Ronn und als Schriftführer Kreibohm ernannt. Anwesend waren aus 16 Orten 51 Delegierte, wovon auf den bisherigen Gau Cöln 23 Delegierte kamen. Dürren war nicht vertreten. Der Gau Frankfurt war durch drei, Straßburg durch einen und Dortmund durch 19 Delegierte vertreten. Der Gausvorstand war vollständig erschienen. Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahm der Kollege Bönelburg an der Konferenz teil. Außerdem waren noch anwesend die Kollegen Ruff, Dortmund und Völsfeld. Den Bericht der sich auf das Jahr 1909 und auf die drei Quartale dieses Jahres erstreckte, gab Kollege Ruff. Er führte aus, auf der letzten Konferenz (im März 1909) sei infolge der damals herrschenden Wirtschaftskrise ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu bezeichnen gewesen. Eine Besserung sei auch im vorigen Jahre noch nicht eingetreten, obwohl in einigen Orten, besonders in Düsseldorf, eine rege Kautätigkeit eingeleitet habe. Die Durchschnittsmittgliederzahl von 4724 im Jahre 1908 sei 1909 auf 4562 zurückgegangen. Erstlichermehnte sei aber in diesem Jahre eine Besserung eingetreten, indem die Mitgliederzahl am Schlusse des dritten Quartals auf 5189 gestiegen sei. Im Gegensatz zu dem Rückgang der Mitgliederzahl in den letzten Jahren müsse konstatiert werden, daß in puncto Beitragszahlung stabilere Verhältnisse eingetreten seien. Während im Jahre 1907 auf nur 35,34 Weitaagsmarken entfallen seien, sei die Zahl im vorigen Jahre auf 37,50 pro Mitglied gestiegen, womit die höchste Ziffer seit Bestehen des Gauces erreicht sei. Allem Anschein nach würde die Ziffer in diesem Jahre noch etwas günstiger werden. — An Bewegungen wurden im vorigen Jahre außer einer Anzahl Sperren zwei Streiks geführt, und zwar einer in Werten und einer in Hilden. In beiden Orten haben sich die Kollegen tapfer gemeuert, was zur Folge hatte, daß der Streik in Werten 21 Wochen und in Hilden 17 Wochen dauerte. In beiden Fällen unterlagen trotzdem unsere Kollegen, weil sich den Unternehmern eine genügende Anzahl Streikbrecher zur Verfügung gestellt hatte. Doch zahlten die Unternehmer in beiden Städten nach der Bewegung höhere Löhne, und somit hielt wohl fest, daß die Kämpfe nicht vergeblich waren. Ihre Wirkung hat sich aber vornehmlich in diesem Jahre bei der Bewegung bemerkbar gemacht, indem die Wertenr Kollegen eine Lohnzulage von 8 % und die Hildener eine solche von 9 % pro Stunde erhielten. Die Unternehmer in Werten können sich aber leider noch nicht ganz an die Zahlung der tariflich festgelegten Löhne gewöhnen, weshalb es die Aufgabe der Organisation ist, dort noch ein bischen nachzuhelfen.

Was das laufende Jahr anbetrifft, so steht in dessen Mittelpunkt unfreie die Auslieferung. Es ist nicht notwendig, auf alle Einzelheiten einzugehen, da das ja in den Besprechungen und auch im „Grundstein“ in ausführlicher Weise gesagt. Zu erwähnen ist nur noch, daß auch im Gau Cöln die Mitglieder mit dem finanziellen Ergebnis der Lohnbewegung, besonders in den Großstädten, nicht zufrieden waren. Der Referent meinte, das sei auch erklärlich; denn gerade in den Großstädten des Westens, insbesondere in Cöln und Düsseldorf, seien die Lebensbedingungen mit am teuersten. Die Düsseldorf Kollegen hätten denn auch entgegen den Verbandsratsbeschlüssen nach der Auslieferung noch eine Woche auf eigene Faust gestreikt, wobei sie nur ihren Lokalkassenfonds, der unter großen Mühen geschaffen worden sei, um einige tausend Mark kleiner gemacht hätten. Eine solche Handlungsweise sei auf das schärfste zu verurteilen und dürfe in der Zukunft unter keinen Umständen wieder eintreten. Allgemein müsse gesagt werden, daß kein Mitglied im Verbands mit dem Ergebnis zufrieden gewesen sei, sondern alle hätten das Bestreben gehabt, noch besseres für die Kollegen zu schaffen. Das das nicht gelungen sei, sei aber nicht auf die Organisation zurückzuführen, sondern läge in den Verhältnissen begründet. Es müsse daher einmal ausgesprochen werden, daß die Art und Weise, wie eine

Anzahl Kollegen Kritik geübt hätten, weiter nichts gewesen sei als eine wüste Schimpferei auf die Organisation und deren Leitung. Es sei daher die höchste Zeit, daß solchen Auswüchsen ein Ende gesetzt werde, wenn die Organisation nicht dauernd Schaden darunter leiden solle. Eine Anzahl Kollegen seien der Auffassung, der Verband habe bei der Lohnbewegung einen verkehrten Kurs eingeschlagen, man müsse daher unbedingt wieder zurück zu latenten Kämpfen. Es sei wohl nicht abzustreiten, daß durch die früheren lokalen Kämpfe manchmal mehr für die Kollegen als durch die zentralen Bewegungen erreicht worden sei. Wollte man aber ein solches Verhältnis wieder herbeiführen, so bedinge das eine Dezentralisation beider Organisationen, also auch der Unternehmerrorganisation. Ob wir aber im instande wären, die Grundfrage der Unternehmerr in dieser Beziehung zu zerstören, darüber wolle er sich heute nicht weiter betreten. Jedenfalls müsse aber abgewartet werden, was nach einer solchen Verzweigung eintreten würde. Seiner Ansicht nach hätte die Arbeiterkraft alles, nur nichts gutes daraus zu erwarten. Es sei daher auch durchaus erforderlich, daß allen Wirtshausbetreibern im eigenen Lager in entscheidender Weise entgegengetreten werde. Der alte Geist, womit wir groß und stark geworden seien, müsse wieder unter die Kollegen kommen, nur dann würden wir in der Lage sein, großes für die Bauarbeiterkraft zu leisten. — Die Ankosten der Auslieferung im Gau betragen A 137 807,18. An-Entbeiträge wurden bis zum Schlusse des zweiten Quartals A 44 228 aufgebracht; im dritten Quartal sei aber noch eine ansehnliche Summe hinzugekommen. Auch im vierten Quartal kämen überall noch Streifbeiträge ein, so daß doch für diesen Zweck ein nicht geringer Betrag aufgebracht würde.

Erwähnen wolle er noch, daß kürzlich in Weichlingen nach einem Streik ein Vertrag erreicht worden sei, durch den die Kollegen eine Lohnerhöhung von 8—10 % pro Stunde erreicht hätten. Der Berichterstatter bewies jedoch nach auf die verschiedenen gedruckten vorliegenden Tabellen, die teilweise bis zum Jahre 1885 zurückgriffen und woraus die Zahl der beschäftigten Maurer sowie die Zahl der Organisierten zu ersehen ist. Auch wird durch sie zahlenmäßig die Steigerung der Löhne und die Verzweiflung der Arbeitszeit im ganzen Gau nachgewiesen. Vieles sei erreicht worden, manches hätte aber noch verbessert werden können, wenn alle Kollegen dem Verbands angehört hätten. Leider sei dies auch heute noch nicht der Fall, sondern es sei noch ein großes Feld zu bearbeiten, weshalb er den Delegierten dringend empfehle, die Zahlen fleißig zu studieren und die nötigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Den Massenbericht, der sich auf die Zeit wie der übrige Bericht erstreckt, gab Kollege Sturm. Die Einnahmen im Jahre 1909 betragen A 7343,07, die Ausgaben A 7163,77, bleibt ein Bestand von A 189,30. Die Einnahmen in den drei Quartalen dieses Jahres betragen A 527,80, die Ausgaben A 5201,40, so daß ein Massenbestand von A 126,40 vorhanden ist. Der Kassierer bemerkte noch, er könne im Gegenfatz zu früheren Jahren mitteilen, daß in der Ablieferung der Beiträge durch die Zweigvereine an den Gausvorstand eine wesentliche Besserung eingetreten sei; denn alle Vereine hätten sich fleißig, in der Beziehung pünktlich zu sein. — In der Diskussion über die Berichte wurde ausgesprochen, daß in Zukunft alles aufgegeben werden müsse, damit die Organisation gestärkt werde und den zukünftigen Kämpfen gewachsen sei. — Von den Revisionen wurden einige Monita vorgebracht. — Dann wurde beschlossen, daß in der nächsten Zeit eine Sitzung des Gausvorstandes mit den Revisoren stattfinden solle, um die Sache zu untersuchen und zu regeln. Ein Antrag, dem Kassierer die Entlastung zu erteilen, wurde auf den gesamten Gausvorstand ausgedehnt und einstimmig angenommen. — Anträge zur Konferenz lagen weiter nicht vor. Als Mitglieder für den Gausvorstand des Deutschen Bauarbeiterverband wurden die Kollegen Wuth, Ruff, Ronn, und Kreibohm bestimmt. Als Revisoren kamen die Kollegen Sturm und Esser in Vorschlag. Darauf erfolgte um 1 Uhr mittags Schluß der Konferenz.

Am 2½ Uhr traten die Delegierten beider Verbände zur gemeinsamen Konferenz zusammen. Es nahmen außer den 51 Delegierten sowie den fünf Gausvorstandsmitgliedern, den Vertretern des Verbandsvorstandes und den drei Vertretern der angrenzenden Gause vom Maurerverband 37 Delegierte, fünf Mitglieder des Gausvorstandes, ein Vertreter des Hauptverbandes und drei Vertreter der angrenzenden Gause des Bauhilfsarbeiterverbandes an der Konferenz teil. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Wuth und Ahrens bestimmt, als Schriftführer fungierten die Kollegen Kreibohm und Perz. — Das Referat über den Deutschen Bauarbeiterverband hatte Kollege Wuth übernommen, der u. a. ausführte, die Ursache der Verdrängung beider Verbände sei wohl in der heutigen Produktionsweise zu erblicken. Die veränderten Produktionsformen seien es überhaupt gewesen, die die Arbeiterschaft zur Gründung von Organisationsformen gedrängt hätten. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts hätten die Berufsorganisationen bestanden; aber auch diese seien durch die kapitalistische Produktionsweise aufgelöst worden. Erst in den lediger Jahren sei die deutsche Arbeiterschaft unter Führung von Lassalle dazu übergegangen, sich Organisationsformen gedacht hätte, sei man in späteren Jahren zur Gründung von Berufsorganisationen übergegangen. Es müsse anerkannt werden, daß es der Arbeiterschaft möglich war, sich bei dieser Organisationsform manchen Vorteil zu verschaffen. Heute drängen aber die Verhältnisse dazu, nicht die sogenannten Branchenorganisationen beizubehalten, sondern große, möglichst das gesamte Gewerbe umfassende Einheitsorganisationen zu schaffen. Von diesem Gedanken hätte sich der im Jahre 1908 in Hannover stattgefundene Verbandstag der Maurer auch leiten lassen, als er mit überwältigender Majorität für die Verschmelzung votierte. Das gleiche hätten die Bauhilfsarbeiter auf dem Verbandstage 1909 in Cöln getan. In diesem Jahre sei denn bekanntlich die endgültige Verschmelzung auf den Verbandstagen in Leipzig gegen nur wenige Stimmen beschlossen worden. Damit sei der bisher übliche Cap. „getrennt agieren und vereinigen“ zur Sprache gekommen. Leider wären noch nicht alle Berufse im Baugewerbe von der Notwendigkeit des möglichst engen Zusammenchlusses durchdrungen. Er habe aber die berechtigte Hoffnung, daß auch der Zeitpunkt

kommen werde, wo sich auch die sich heute noch streubenden Kollegen mit uns vereinigen würden. Die nächste Aufgabe in der Einheitsorganisation sei, mit altem Geist nur in eine etwas andern Form weiter zu arbeiten. Im Gau 9, der die Rheinprovinz umfasse, sei für den Deutschen Bauarbeiterverband noch ein bedeutendes Feld zu bearbeiten. Eine große Zahl von Berufscollegen ständen heute der Organisation noch fern. Diese dem neuen Verbande zuzuführen, müsse die Arbeit während des sogenannten Waffenstillstandes sein. Weiter obliege dem neuen Verbande noch die Pflicht, die eigenen Mitglieder aufzuklären. Vieles sei bisher schon unternommen und durchgeführt worden; aber die letzten Bewegungen hätten bewiesen, daß das noch lange nicht genügt hätte. Allgemein herrsche heute unter den Wirtschaftsgenossen eine große Unkenntnis des gesamten Wirtschaftsgetriebes. Eine große Zahl Kollegen leben in dem Wahn, was sie für richtig halten, könne ohne weiteres durchgeführt werden. Das sei verkehrt. Diesen Kollegen müsse durch Einrichtungen in der neuen Organisation beibringen werden, daß sie sich auf einem Zweigebiet gemeinsamem Handeln und gegenseitigem Vertrauen bewußt werden; es erjähre daher dringend, in der Einheitsorganisation in diesem Sinne zu wirken. — Eine Diskussion über den Vortrags fand nicht statt.

Man ging dann zur Konstituierung des neuen Gauvorstandes über. Es wurden die Kollegen Wuth und Arens als Vorsitzende, Kübig als Kassierer, Georg Frölich als Schriftführer und Kreisbogen, Romm und Chr. Frölich als Beisitzer gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Sturm, Esser und Jäger gewählt. — Darauf kam man zur Erörterung einiger Anträge, die der Konferenz unter dem Gau zur Annahme zu empfehlen seien. Der erste Antrag will das Eintrittsgeld einheitlich auf 1. festlegen, wovon außer dem statutarischen Satz noch 50 % der Lokalfeste verblichen sollen. Ein weiterer Antrag wollte, man solle danach streben, überall neben dem Verbandsbeitrag noch einen wöchentlichen Lokalaufschlag von 10 % zu erheben. Die 10 % Lokalaufschlag sollten auch als Windexbeitrag während der Wintermonate gelten. Ein dritter Antrag wollte die Generalversammlungen der großen Zweigvereine, um auch den Mitgliedern der weiter entfernt liegenden Abteilungen und Sektionen ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen, aus Delegierten der Abteilungen und Sektionen zusammenzusetzen. Alle drei Anträge wurden, nachdem verschiedene Delegierte dafür und einige dagegen gesprochen hatten, in der bereits oben bemerkten Form mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag Barmen, die Abteilungs-Schweife, die in der Provinz Westfalen liegt, wirtschaftlich aber zu Barmen gehört und deswegen auch seit Jahren dem Zweigverein Eberfeld-Barmen angehörend war, auch in Zukunft dort zu belassen, wurde den in Betracht kommenden Gauvorständen zur Regelung überwiesen. Falls die sich nicht einigen, soll der Verbandsvorstand eine Entscheidung treffen.

Hierauf hielt Kollege Wömelburg die Schlußrede, nachdem er zunächst auf einige geschäftliche Arbeiten der neuen Organisation aufmerksam gemacht hatte. Die Wahlen der Zweigvereinsvorstände sollen im Monat November vorgenommen werden und es sei daher notwendig, daß beide Zweigvereinsvorstände in der nächsten Zeit zusammenzutreten, um sich über die Weisung des gemeinsamen Vorstandes schlußfähig zu werden. Im allgemeinen sei ja die Vertretung in den leitenden Körperlichkeiten in den Uebergangsbefimmungen und dem Statut geregelt. Grundbedingung müsse aber sein, sich nicht über Kleinigkeiten zu streiten, sondern die befähigten Kollegen mit den Vorkenntnissen zu betrauen. Seine leichtesten Arbeiten ständen uns bevor, und daher sei es unbedingt erforderlich, Personen dafür zu berufen, die auch den Aufgaben gewachsen seien. Den großen Zweigvereinen soll es gestattet sein, die neuen Mitgliedsbücher selbst auszufüllen. Der Verbandsvorstand werde in der nächsten Zeit den Zweigvereinsvorständen noch die bezüglichen Informationen zukommen lassen. Die neuen Zweigvereinsgebiete sollen sich möglichst den bestehenden anschließen; wo eine Verschiebung erforderlich wird, sollten die zuständigen Gauvorstände zur Regelung herangezogen werden. Eingehend auf die Bedeutung der Verdingelung führte der Redner an, diese liege in den Verhältnissen begründet. Zu Anfang der Arbeiterbewegung hätten die Organisationen einen reinen lokalen Charakter gehabt, der durch die damalige Bewegung bebüht gewesen sei. Die Umgestaltung des Vereinswesens und die Aufhebung des Verbindungsverbots, dann aber auch die Notwendigkeit einer größeren Schlagfertigkeit hätte die Arbeiterschaft in früheren Jahren veranlaßt, sich Zentralorganisationen zu gründen. Mit Stolz müsse heute gesagt werden, daß die Organisationen des Baugewerbes Großes geleistet hätten. Die Bauarbeiterkraft hätte niemals den Kampf gesucht, selbst im Jahre 1907, als sich bereits die Kriege am wirtschaftlichen Horizont bemerkbar machten, hätten die Bauarbeiter noch 750 Bewegungen mit 30 000 Kollegen geführt. Durch Kampf sei mancher Vorteil für die Kollegen erzwungen worden. Aber auch etwas anderes hätten uns die Kämpfe gebracht, nämlich die Organisation der Unternehmer. Druck erzeuge Gegendruck; dieser Satz sei bei der Entwicklung der Unternehmerorganisation voll und ganz zur Geltung gekommen. In den adäquaten und bis Ende der neunziger Jahre hätte man im Baugewerbe nur mit lokalen Unternehmerorganisationen zu tun gehabt. Das hätte aber mit dem Zeitpunkt aufgehört, als unsere Organisationen groß und stark geworden und ihr Einfluß damit erhöht worden sei. Da hätten die Unternehmer angefangen, sich Organisationen zu schaffen, womit man die Arbeiterschaft bekämpfen wollte. Grundhals sei bei den Unternehmern, eine möglichst große Angriffsfläche zu schaffen. Von diesem Grundhals aus hätten sie auch im Laufe der letzten sechs Jahre gehandelt. So hätten wir im Jahre 1904 im Maingau die erste größere Ausperrung gehabt. 1905 hätten die Unternehmer die Ausperrung im ganzen westlichen Industriegebiet vorgenommen. Für das Jahr 1908 war noch eine bedeutend größere Angriffsfläche vorgegeben, nämlich die Unternehmer in diesem Jahre eine Ausperrung herbeiführten, die an Größe und Bedeutung sich jetzt einzig darstellt. Aber auch das sei noch nicht der letzte und größte Kampf gewesen, sondern größere ständen noch bevor. Bei diesen Verhältnissen sei die Frage der Verdingelung immer dringender geworden und man sei dann

endlich zu dem Schritt gekommen. Ob das Ideal, das man sich dabei gestellt habe, eintreten werde, müsse die Zukunft lehren. Die Verdingelung solle der Zweck haben, unsere Nachpositionen dem Unternehmertum gegenüber zu stärken. Letzteres sei aber nur möglich, wenn alle Kollegen, ob Maurer, ob Bauhilfsarbeiter, brüderlich Hand in Hand arbeiteten. — Notwendig sei ferner auch, daß die Verdingelung, die sich gelegentlich der letzten Bewegung unter einer Anzahl Kollegen bemerkbar gemacht hätte, beseitigt würde. Es sei nicht richtig, wie diese Mitglieder meinten, daß die Organisation schuld daran sei, daß ihren Wünschen nicht voll und ganz Rechnung getragen wurde. Hieran sei die Organisation der Unternehmer schuld, die heute bereits einen gewaltigen Nachfaktor darstelle. Der Einfluß der Unternehmer würde aber nicht zurückgehen, sondern sich noch immer mehr entwickeln. Wenn auch bei der letzten Bewegung die Einigkeit der Unternehmer nicht so voll und ganz zur Geltung gekommen sei, so sei bestimmt damit zu rechnen, daß sich die Unternehmer, die in diesem Jahre von ihren Kollegen Vorwürfe bekommen hätten, im Jahre 1913 an die Spitze stellen würden, und diese Leute seien auch imstande, eine Bewegung, wie sie die Unternehmerorganisation wünscht, zu führen. Das müsse uns die Veranlassung geben, auf dem Posten zu sein und an der fortwährenden Stärkung unserer Organisation zu wirken. Mit Recht sei bereits darauf hingewiesen worden, daß uns hier im Westen noch eine große Zahl Kollegen indifferent gegenüberläufe. Es seien dies wohl Kollegen, aber ebenbürtig wären sie uns nicht. Solche Leute müsse man als sogenannte Freireiter bezeichnen, weil sie das, was ihre Kollegen unter großen Mühen und Opfern eroberten, für sich mit einheimen, ohne selbst Opfer zu bringen. Ganz energisch müsse in Zukunft solchen Personen der Standpunkt klar gemacht werden. Auch er müsse sagen, daß unbedingt wieder der alte Geist in die Organisation eingeblasen müsse, durch den wir groß und stark geworden seien. Große Aufgaben ständen uns nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung bevor und diese bedingten eine gut organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft. (Sehr großer Beifall.) — Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband wurde die Konferenz um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Gau Dresden. (Konferenzbericht.) Am 30. Oktober fand im Volkshaus zu Dresden die Konferenz für den Gau Dresden statt. Der Gauvorsitzende, Kollege Friedrich, eröffnete sie um 10 1/2 Uhr und hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Friedrich, Jalland und Paul-Dresden gewählt; in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen Krüger-Dresden und Richter-Heidenau. Anwesend waren 43 Delegierte und fünf Mitglieder des Gauvorstandes. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erbat Kollege Friedrich den Geschäftsbereich. Redner wies darauf hin, daß sich der Bericht auf die Zeit von Februar 1908 bis Oktober 1910 erstreckt. Der Schiedsspruch von 1908 sei in einzelnen Gebieten schlecht durchgeführt worden. Im Pirnaer Bezirk mußte der Lohn 1909 durch Streiks und Sperren erkräftigt werden; das gleiche gilt auch für Strehla, Kommatzsch und Rosch-Siebenlehn. In Bischofswerda wurde der Lohn durch Sperren wesentlich erhöht sowie die zehnjährige Arbeitszeit eingeführt und die Organisation befestigt. Im Kammerz erzielten die Kollegen durch Streik eine Verkürzung der Arbeitszeit und höheren Lohn, auch wurden die dortigen Kollegen zur Organisation gebracht. Leider hat der größere Teil der Kammerz Kollegen nach der diesjährigen Ausperrung die Fahnenstucht ergriffen. In Sachau konnte nichts unternommen werden, weil im ganzen Bezirk nur sechs Mitglieder sind. — Die Lohnbewegung von 1910 war (insolge der Ausperrung) recht umfangreich. Die Kollegen an allen Orten unseres Gauces, mit Ausnahme von Sachau, fanden im Kampfe. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten betrug 5070 (von 7879 Mitgliedern). Die Ausgaben für Unterhaltung betrugen $\text{M} 371\,518,61$; für Sonstiges und Streifenzeitung $\text{M} 7169,86$. Die Gesamtausgabe beträgt demnach $\text{M} 378\,688,47$. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 195 680 Tage, der Verlust an Arbeitsverdienst $\text{M} 906\,270,57$. An Extrabehältern wurden $\text{M} 63\,494,30$ aufgebracht; davon von Zweigvereinen Dresden $\text{M} 54\,167,90$, Freiberg $\text{M} 886,50$, Großenhain $\text{M} 649,20$, Meißen $\text{M} 2090,40$, Nossen $\text{M} 776,40$, Pirna $\text{M} 2795,10$, Riesa $\text{M} 1097,60$ und Sebnitz $\text{M} 1031,20$. Von andern Personen haben wir $\text{M} 286,20$ erhalten. Nach dem gefällten Schiedsspruch wurden durch die lokalen Verhandlungen erreicht: für Dresden 7 s, Riesa 6 s, Pulsnitz 6 s, Kammerz 7 s und Frauenstein 6 s. In den übrigen Bezirken blieb es bei 5 s und in Dippoldiswalde bei 4 s. — Die Mitgliederbewegung in unserm Gau, erhellt aus folgenden Zahlen: Im dritten Quartal 1908 hatten wir 7873, 1909 8255 und 1910 8245 Mitglieder. Den höchsten Mitgliederstand im Gau hatten wir somit im dritten Quartal 1909; er wird im dritten Quartal dieses Jahres beinahe erreicht. Die größte Zahl Marxer wurde im Jahre 1909 verankert; es ist aber möglich, daß in diesem Jahre der Marxerumsatz noch höher wird. Trotz Schwankungen ist es Tatsache, daß sich der Mitgliederbestand und Marxerumsatz seit 1905 nicht wesentlich geändert haben. Von 1902 bis 1904 war der Mitgliederzuwachs am bedeutendsten. 1908 bedeutet für den Gau Dresden den Anfang einer starken Organisation; seit 1903 wurden 15 380 Mitglieder aufgenommen, ein Beweis, daß auch in unserm Gau noch eine außerordentliche Fluktuation vorherrschend ist. Die Massenbestände sind fast in allen Zweigvereinen ständig höher geworden; den höchsten Massenbestand hat Dresden mit rund $\text{M} 22$ pro Mitglied am Schluß des dritten Quartals dieses Jahres; den niedrigsten hat Nossen mit nur etwas über $\text{M} 1$ pro Mitglied. Lokalaufschläge von 10 % haben die Zweigvereine Dresden, Meißen, Pirna, Riesa und Sebnitz; die Zweigvereine Freiberg, Nossen und Großenhain erheben nur 5 % Lokalaufschlag.

werden; es sollen sich Zweigvereine nach den Interessen gebieten bilden. Anträge wurden nicht gestellt. Der konstituierenden Gaukonferenz wurden für den neuen Gauvorstand die Kollegen Friedrich als Vorsitzender und Richter-Heidenau als Schriftführer vorgeschlagen, ferner als Beisitzer die Kollegen Barth und Jalland.

Nachmittags 2 1/2 Uhr traten die Maurer und Bauhilfsarbeiter zur konstituierenden Konferenz zusammen. Vertreter waren dabei von den Maurern des bisherigen Gauces Dresden 43 Delegierte aus acht Zweigvereinen und der Gauvorstand vollständig mit fünf Personen, ferner zwölf Delegierte aus den bisher zum Gau Westfalen gehörenden Zweigvereinen der Kreisbaupolizei, Bauhen und deren bisheriger Vorsitzender Kupke, die vormittags gefondert getagt und den Bericht entgegengenommen hatten. Von den Bauhilfsarbeitern waren vertreten 41 Delegierte aus elf Zweigvereinen, drei Mitglieder des Gauvorstandes und der Kollege Behrendt-Hamburg. Zur Leitung wurden die Gauvorsitzenden Friedrich und Hartmann-Dresden, zu Schriftführern F. Jalland und Otto Lehmann-Dresden gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Deutsche Bauarbeiterverband“, referierte Kollege Friedrich. Er gab einen kurzen Ueberblick über die Organisationen der Bauberufe in früheren Jahren im Dresdner Gebiet. Schon 1889 trat die internationale Gewerkschaftsgenossenschaft in Dresden ins Leben, welche allerdings nicht alle Arbeiterkategorien des Bauberufes, sondern nur gelernte Arbeiter aufnahm. Doch hatte diese verhältnismäßig auch nur wenig Mitglieder und war daher wenig leistungsfähig. 1875 löste der Maurer- und Steinverwand die Gewerkschaftsgenossenschaft ab, doch hatte auch dieser in Dresden keine Bedeutung erlangt, so daß bis zur Gründung der Bauvereine 1888 eigentlich eine organisationslose Zeit war. Auch die Bauvereine waren nicht imstande, eine dauernde Verbesserung ihrer Mitglieder zu erreichen oder das Erreichte zu erhalten; denn es fehlten ihnen dazu die nötige Stärke und besonders die Mittel. Erst die Zentralverbände waren in der Lage, eine wesentliche und dauernde Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder herbeizuführen. Mitte und Ende der neunziger Jahre erst konnten größere und erfolgreiche Kämpfe geführt werden. Diese wurden anfangs auch nur von den einzelnen Gewerkschaften geführt und Unstimmigkeiten waren die Begleiterscheinungen. Durch den Kartellvertrag wurde dies zum Teil beseitigt und mehr Einheitlichkeit in die Kämpfe gebracht. Doch heute sind auch die beruflichen Zentralorganisationen für die gewerblichen Kämpfe nicht mehr ausreichend. Die Unternehmerverbände sind stärker geworden und bilden eine große, einheitliche Organisation. Die technische Entwicklung hat ein Ubriges dazu beigetragen, die Grenzen der einzelnen Berufe zu verwischen; den Berufsbereich zurückzubringen und die Einheitlichkeit in der Organisation und deren Kämpfer zur zwingenden Notwendigkeit gemacht. Auch wird durch die Verdingelung viel Kraft und Zeit gespart und die Organisation leistungsfähiger. Redner gab noch der Forderung Ausdruck, daß durch friedliches und korrektes Zusammenarbeiten in den Vorständen die Organisation gefördert wird. — Kollege Hartmann sprach ergänzend in gleicher Sinne, besonders auf die Kämpfe und Organisation seines Berufes eingehend. Dann nahm Kollege Behrendt-Hamburg das Wort. Er führte aus, die beiden Redner hätten sich besonders mit der Vergangenheit befaßt, er wolle mit einigen Worten die zukünftigen Aufgaben freieren. Er habe die vollstündig die Worte Friedrichs, daß die Unternehmer herbeigeworden sind, aber keineswegs unbefugbar. Wohl haben auch die Unternehmer aus dem letzten Kampf gelernt, das beweise ihr Beschluß, einen Wehrfonds zu schaffen, doch werde dieser wohl auch Wehrfonds bleiben. Geht werden wir noch vor größere und wohl auch schwerere Kämpfe gestellt, um so mehr, wenn wir zum Angriff vorgehen müssen. Auch der Ausspruch Jelliss: „Ueber die Niederrückung der Arbeiterorganisationen geht der Weg zum gewerblichen Frieden“, beweise, was wir zu erwarten haben. Doch werden wir durch Zusammenlegung der Kräfte in den Stand gesetzt, die Organisation zu stärken und zukünftige Kämpfe siegreich zu bestehen. Eine weitere Debatte zu diesem Punkt fand nicht statt.

Der zweite Punkt: „Die Konstituierung des Gauvorstandes“, ergab die auf den gefonderten Tagungen vorgeschlagene Zusammenlegung, und zwar wurden einstimmig gewählt: August Friedrich als erster Vorsitzender, Max Ritter als zweiter Vorsitzender, Wilhelm Falg als Kassierer, Max Richter als Schriftführer, Franz Barth, Friedrich Jalland und Heinrich Köpfer als Beisitzer, Richard Glängel, Herold Fiebel, Max Jeller als Revisoren, Emil Noack als stellvertretender Sekretar. — Zum dritten Punkt: „Anträge“, wurde von Fiebel-Dresden beantragt, den neuen Gauvorstand zu beauftragen, notwendige Gebietsveränderungen der Zweigvereine in geeigneter Weise vorzunehmen. Er begründete den Antrag damit, daß es notwendig sei, daß die Lohngebiete Sachau und Königstein, die im Bezugsgebiet Pirna liegen, aber zum Zweigvereinsgebiet Dresden gehören, an Pirna angegliedert werden müssen. Ähnlich liege es wohl auch noch in andern Gebieten. Herr Pirna führte aus, daß dies für Pirna unzulässig sei. Sie hätten allerdings in ihrem Zweigverein noch nicht darüber gesprochen und würden sich auch notwendigen Veränderungen nicht entgegenstellen, doch prächtige bei ihnen auch die Gebaltsfestsetzung auf den Verbandstagen bei einem eventuell anzustellenden Beamten mit. Der Antrag wurde dann angenommen. Ferner wünschte Schramm-Dresden, daß der Gauvorstand in Verbindung mit dem Hauptvorstand bei zukünftigen Lohnbewegungen für ausreichende und rechtzeitige Beschaffung der notwendigen Mittel Fürsorge treffen soll, damit den Kollegen nicht wieder solche großen Opfer zugemutet zu werden brauchen. Friedrich führte aus, daß die Stärkung der Zweigvereinstaffeln ein Mittel dazu sei. Behrendt-Hamburg erklärte, soweit es am Hauptvorstand liege, würde er diesem Wunsch gern nachkommen. Jalland-Dresden hielt Schramm entgegen, die heutige Gaukonferenz sei wohl nicht der rechte Ort, diese Frage anzugehen. Zunächst sei es Aufgabe der Verbandstage, diese Frage zu beraten. Auch könne es wohl nicht seine Absicht sein, den Hauptvorstand zur Erhebung eines Extrabehältes anzuregen, da ja mit den 1907 bezahlten nicht die besten Erfahrungen gemacht worden sind. Andererseits könne der 10 %-Aufschlag in diesem Jahre, der weiter erhoben werde, der beste Weg sein, die Massen wieder zu stärken. Ferner glauben erfahrungsgemäß unsere

Kollegen nicht eher an den Ausbruch eines Kampfes, bis er in unmittelbarer Nähe gerückt ist, und mancher selbst dann noch nicht, sondern er muß erst durch die Laibung belehrt werden. Im übrigen werden die Zeit und die vorliegenden Verhältnisse die Mittel und Wege finden lassen, um uns Kampffähig zu halten. — Damit hatte sich die Tagesordnung erledigt. Nach einem Appell Friedrichs an die Delegierten, den Vorstand in der Agitation kräftig zu unterstützen, wurde die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Bauarbeiterverband geschlossen.

Mannheim-Ludwigshafen. Am 4. November fand im Gewerkschaftshaus zu Mannheim die konstituierende Generalversammlung für den Deutschen Bauarbeiterverband statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter, 2. Wahl der Verbandsbeamten, des Zweigvereinsverbandes und der Revisoren, 3. Mitteilungen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung schilderten die Kollegen Krug und Pfleger die Entstehung und Entwicklung beider Verbände, wie sie sich aus kleinen Anfängen unter harten Kämpfen zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelt haben, wie sich die Notwendigkeit zur Verschmelzung aus der rapiden Entwicklung der Leohnit im Baugewerbe, ferner auch aus dem engeren Zusammenfluß der Unternehmer dieses Berufes ergab. Beide Faktoren waren stärker als die Gegner der Verschmelzung, die in letzter Zeit eigentlich noch kaum vorhanden waren. Die Verhältnisse waren stärker als die Menschen, es mußte deshalb die Organisation so ausgestaltet werden, daß sie dem Ansturm des organisierten Unternehmertums gewachsen, ja noch überlegen ist. Nur durch eine starke einseitige Organisation werden die Bauarbeiter zu ihrem Recht kommen und das gesteckte Ziel erreichen. Einstimmig wurde beschlossen, im neuen Verband drei Beamten anzustellen, und zwar als Geschäftsführer die Kollegen Karl Krug und Jos. Pfleger, als Kassierer Paul Eberle. Der Zweigvereinsvorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Krug, Vorsitzender, Herrn. Bösch, Jos. Eberle, Emil. Bonner, Peter Berger, Friedrich. Moser und Jos. Pfleger. Als Revisoren sind gewählt: F. Wittmer, G. Nonjon, H. Dieter. Nach im Laufe dieses Monats soll in allen Bahnhöfen der Vorstand gewählt werden. Nach einem anfeuernden Appell zu neuer energischer Agitation wurde diese erste Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch auf den neuen Verband geschlossen.

Syndikate. Es waren aber nicht nur die Pariser Bauarbeitersyndikate, die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks die Gelegenheit für günstig hielten, um einen Solidaritätsstreik zu erklären. Auch das Syndikat der Untergrundbahnangestellten, das der Elektrizitätsarbeiter und das der Tramway- und Omnibusangestellten faßten ähnliche Beschlüsse, die den gleichen Mißerfolg hatten. Diese Beschlüsse sind nur zu verstehen, wenn man die utopistische Auffassung kennt, die über den Generalstreik in den französischen Gewerkschaften noch viel verbreitet ist. Zu verwundern ist nur, daß diese Auffassung trotz der vielen Mißerfolge noch eine so große Anhängerschaft hat. Soweit die Pariser Bauarbeiterorganisationen in Betracht kommen, ist zu befürchten, daß der letzte Versuch nicht ohne demoralisierende Folgen bleibt. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden, ohne daß auch nur ein Versuch gemacht worden wäre, die gestellte Forderung durchzudrücken. Durch die vorge-rückte Jahreszeit tritt ohnehin eine Verkürzung der Arbeitszeit ein, so daß die Bewegung gegenstandslos geblieben wäre. Hoffentlich treten in den Organisationen keine Rückschläge ein, damit, wie beabsichtigt, die Bewegung im nächsten Frühjahr erfolgreich und methodisch wieder aufgenommen werden kann.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 30. Oktober bis 5. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der östlichen Verwaltung in Döbeln 4 500, Hannover 400, Bremen 400, München 400, Friedrichshöhe 300, Weim 300, Eiden 200, Vargendorf 200, Saarumund 200, Udenwalde 200, Götlich 200, Düsselndorf 200, Blomberg 200, Hermsdorf 175, Halle a. S. 150, Bahna 100, Neubrandenburg 100, Silber 57,85. Summa M. 4332,85. Zuflussliste ertheilt: Frensdorf M. 300, Ditterberg 200, Götze 100, Groß-Vöhlen 100. Summa M. 700. A l l o n a , 5. November 1910. Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Internationale Maurerbewegung. Frankreich.

Jr. Ein versuchter Generalstreik. Im September 1909 hatten die Pariser Maurer und Bauhilfsarbeiter mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem sich unter anderem die abschließende Unternehmerorganisation verpflichtet, die Durchführung des Tarifs auch in den außerhalb Paris gelegenen, aber zum Seinedepartement gehörenden Orten zu veranlassen und keine Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation vorzunehmen. Diese Bestimmungen sind nicht eingehalten worden. Infolgedessen erklärte eine Generalversammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter am 7. Oktober d. J. den Tarif als nicht mehr bestehend und beschloß die Durchführung des Neunstundentages — in dem Vertrag war der Zehnstundentag enthalten — durch Einzelstreiks zu erzwingen. Darauf kam am 11. Oktober die Erklärung des Generalstreiks der Eisenbahner. Das Intersyndikale Komitee der Pariser Bauarbeitersyndikate, dem das Syndikat der Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht angeschlossen ist, beschloß aus diesem Anlaß, einen Solidaritätsstreik aller Pariser Bauarbeiter zu erklären und den Neunstundentag, den in Paris nur die Stukkateure und die Parkettleger haben, als Streikforderung zu erheben. Am 13. Oktober schlossen sich auch die Maurer und Bauhilfsarbeiter diesem Beschluß an, das Zentralkomitee unterstützte diese Bewegung. Der Beschluß des Föderationskomitees lautete: „... In Erwägung, daß diese Eroberung (des Neunstundentages), deren Erfolg gesichert werden muß, die bewußte und unmittelbar revolutionärste Aktion ist, zur Erringung des Achtstundentages und eines immer kürzeren Arbeitstages führend, auf Grund des ständigen Fortschritts der Industrie und der Wissenschaft, verpflichtet das Komitee des Bauarbeiterverbandes alle Pariser Bauarbeiterorganisationen, mit allen Kräften die Aktion der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu unterstützen, indem sie die Propaganda für die Herabsetzung der Arbeitszeit intensiver betreiben und, wenn nötig, ihnen pekuniär zu Hilfe kommen.“ Dieser Beschluß, der nach dem ersten Beschluß der Maurer und Bauhilfsarbeiter gefaßt wurde, hat wesentlich zur Erklärung des Generalstreiks beigetragen. Freilich war der Generalstreik nur erklärt, aber in Wirklichkeit war er durchaus nicht general, d. h. allgemein: Wir wollen und brauchen hier diese Bewegung keiner kritischen Würdigung unterziehen, die Tatsachen sprechen allein deutlich genug: Trotz des Beschlusses nahmen verschiedene Syndikate an der Bewegung nicht teil, was allerdings nicht verhinderte, daß ein Teil der Mitglieder dieser Syndikate streikte. Andere Syndikate beschlossen, der Parole nachzukommen, während der größte Teil ihrer Mitglieder weiter arbeitete. Die Stukkateure beschlossen wieder, nur zwei Tage zu streiken. Ebenso verlief die Wiederaufnahme der Arbeit, die am 18. Oktober nach der Beendigung des Eisenbahnerstreiks erfolgen sollte. Der Vorstand des Syndikats der Zementierer veröffentlichte u. a. eine Resolution, in der er die Wiederaufnahme der Arbeit empfahl und hinzufügte: „Es ist deshalb nicht weniger wahr, daß wir durch Schwadronere, über die wir später noch zu reden haben werden, verraten worden sind.“ Ähnlich war die Stimmung in den andern

Vom Bau. Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Bromberg. Zwei Unglücksfälle ereigneten sich hier wieder im Laufe weniger Tage. Am 28. Oktober verunglückte auf dem Neubau Wirtshausstraße (Unternehmer Protzopf) der Bauhilfsarbeiter Otto Stegemann. Beim Kalt einschlagen brach ein Fensterbogen, auf dem ein Balken lag, zusammen. Stegemann stürzte aus einer Höhe von 5 m in den Keller, wobei er sich eine Verletzung am Kopfe zuzog. Zwei Maurer, die auf dem Gerüst beschäftigt waren, konnten sich vor dem Absturz in Sicherheit bringen. — Am 31. Oktober fiel durch einen Festtritt der Bauhilfsarbeiter Erich Strandt mit einer Last Ziegel so unglücklich, daß er sich innere Verletzungen zuzog.

Gameln. Am 1. November ereignete sich auf dem hiesigen Hefe- und Spiritwert ein schweres Bauunglück. Vier Zimmerleute waren mit dem Aufrichten eines Sprengbodes beschäftigt. Plötzlich brach die Kette, worin der Sprengbalken hing. Durch den Knall brach auch der Balken und die vier Zimmerleute stürzten nach innen 7 m hoch herunter. Einer von ihnen, der vierundzwanzigjährige ledige Zimmerer Weidert, erlitt von dem nachrichtigen Bauholz so schwere Verletzungen, daß er, ohne das Verwundete wieder erlangt zu haben, seinen Verletzungen erlag. Glücklicherweise sind die drei andern Kollegen etwas glimpflicher davon gekommen, hoffentlich ohne dauernde Schädigung ihrer Gesundheit. Ein Verbandsfalter war leider nicht auf der Baustelle, obwohl vor ungefähr drei Monaten in demselben Raum ein Maurer abgestürzt ist, der heute noch an den Folgen zu leiden hat.

Leipzig. Ein folgenschwerer Unglücksfall, bei dem zwei Arbeiter verletzt wurden, ereignete sich am 28. Oktober auf dem Grundstück Angerstraße 30 in Lindenau, auf dem die Firma H. A. Sieglitz & Co. einen Neubau aufführt. Der Maurer Otto Brauchlich aus Marxstadt sowie der 17 Jahre alte Maurerlehrling Karl Weier aus Kleinmücheln waren gleich einem dritten Arbeiter mit dem Abzug des Seitengebäudes beschäftigt, als plötzlich eine Strebe brach und die beiden genannten Arbeiter etwa 4 1/2 m in die Tiefe stürzten, wo sie schwer verletzt liegen blieben. Der dritte Arbeiter konnte sich noch am Gerüst festhalten, so daß er nicht mit abstürzte. Die Verletzten wurden mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus St. Jakob geschafft, wo festgestellt wurde, daß Brauchlich eine Kontusion des Nackens sowie eine Kopfverletzung und Weier nur eine Kopfverletzung davongetragen hat. Die Verletzungen sind nicht allzu schwer, so daß beide Verunglückten sich außer Lebensgefahr befinden.

* **Unfall beim Umlegen einer Mauerwand.** (Urteil des Reichsgerichts vom 22. September 1910. Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Wieviel weniger Unglück würde eintreten, wenn sich die Leute nicht so leichtfertig über die einfachsten Vorkehrungsregeln hinwegsetzen. Was nützen alle Unfallverhütungsvorschriften, wenn sie nicht beachtet werden. Hierzu ist jedenfalls außerordentlich beachtlich, wie das Reichsgericht über die Nichtbefolgung solcher Verhütungsvorschriften denkt.

Der Maurermeister und Abbruchunternehmer F. hatte den Abbruch eines Hauses in Leipzig-Gohlis übernommen. Die 9 m lange, 3 m hohe Giebelmauer wollte er im ganzen umlegen und ließ zu diesem Zwecke eine Käuferöffnung, nämlich ein Drittel der außenwärts liegenden Mauer, ein Stück über ihrem Bruchfundament herausstehen. Dabei stürzte die Mauer, die mit Seilen hätte umgezogen werden sollen, ein, verletzten den F. selbst tödlich und beschädigte mehrere seiner Arbeiter.

Die Sächsische Baugewerkschaft, bei der der Betrieb des Verordneten verweigert war, verlangte von der Witwe des F. als der alleinigen Erbin ihres Ehemannes, auf Grund von § 46 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes Ersatz der Aufwendungen für die verletzten Arbeiter. Das Landgericht Leipzig wies die Klage ab, während das Oberlandesgericht Dresden die Witwe verurteilte und den Anspruch der Berufsgenossenschaft dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärte. Das Urteil wurde vom Reichsgericht bestätigt. Der sechste Zivilsenat führte aus:

Zutreffend geht das Berufungsgericht davon aus, daß das Umlegen ganzer Mauerwände, insbesondere solcher von erheblicher Länge und Höhe, für die dabei beschäftigten Arbeiter stets eine gefährliche Verrichtung sei, weil sich in der Regel weder Zeitpunkt noch Richtung oder Wirkung des Umfallens mit Sicherheit vorausberechnen lassen, daß deshalb an eine solche Arbeit mit höchster Sorgsamkeit herzugehen werden müsse. Aus drei Gründen geht das Berufungsgericht den F. der qualifizierten Fahrlässigkeit, Er habe der ihm von der Polizei bei der Genehmigung des Abbruchs gestellten Bedingung, daß das Umlegen ganzer Mauerwände zu vermeiden sei, zuwidergehandelt und ferner in zweifacher Richtung den § 26 der Unfallverhütungsvorschriften der Klägerin übertreten: den Absatz 1, der das Umwerfen ganzer Wände nur mit Beobachtung aller möglichen Vorkehrungsregeln erlaube, und den Absatz 2, der verbiete, die abzubrechenden Gebäudeteile, wie Mauern oder deren Fundamente durch Unterhöhlen aus dem Einsturz zu bringen. Es kann dahingestellt bleiben, ob in Leipzig allgemeine baupolizeiliche Vorschriften bestehen, die das Umlegen ganzer Mauerwände unterliegen, und ob F. schon deshalb fahrlässig handelte, weil er die ihm von der Polizei auferlegte Bedingung nicht eingehalten hat. Denn jedenfalls hat sich F. durch die Verträge gegen die in den Unfallverhütungsvorschriften erteilten Weisungen einer Fahrlässigkeit gemäß § 46 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes schuldig gemacht. Die Unfallverhütungsvorschriften enthalten von der Berufsgenossenschaft erlassene, ihre Mitglieder bindende Anordnungen, welche die Maßnahmen zusammenfassen, die nach den Umständen und Erfahrungen der betreffenden Berufskreise zur Verhütung von Unfällen geboten sind und von den Berufsgenossen nicht außer acht gelassen werden dürfen, wenn sie den Wortlaut der Vorschriften vermeiden wollen. Die Vorschriften, um die es sich hier handelt, ergeben sich übrigens von selbst aus der Natur der gefährlichen Verrichtung, so daß auch wenn sie nicht ausdrücklich in die Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen wären, ihre Beachtung als eine grobe Verletzung der einem Abbruchunternehmer obliegenden Sorgfaltspflichten anzusehen wäre. Deshalb mußte die Revision zurückgewiesen werden.

sk. **Fahrlässige Tötung durch einen Maurerhauer.** (Nachdruck verboten.) Der Polier K. in Oberhausen war mit der Niederlegung des Restes einer 1 m tief in die Erde eingelassenen Mauer beauftragt worden. Er ließ um die Mauer herum die Erde auskudchten, um dann erstere mittels eines Walzens und einer Winde umzuwälzen. Als bereits alle Vorbereitungen hierzu getroffen waren, wies er die Arbeiter K. und W. an, auf der einen Seite der Mauer noch weitere Auskudchungen vorzunehmen. In diesem Augenblicke stürzte die Mauer um und begrub die beiden Arbeiter unter sich. K. wurde vom Landgericht Duisburg wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er als verantwortlicher Leiter eines Baues durch das Unterhöhlen der Mauer wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verfahren habe. Auch habe er dadurch fahrlässig gehandelt, daß er besahen habe, trotz der gefährlichen Lage noch weiter Erde auszugraben. Der Insturz sei lediglich darauf zurückzuführen, daß die Mauer unterhöhlt worden sei, und der Angeklagte habe mit einem Insturz rechnen müssen. — Gegen dieses Urteil legte K. Revision beim Reichsgericht ein, in der er beiderseitig rügte, daß das erste Gericht den Begriff der Fahrlässigkeit verkannt habe. Er habe nicht wissen können oder damit rechnen müssen, daß die Mauer umfallen würde. Das Reichsgericht (5. Strafsenat) verworft jedoch die Revision, da eine Fahrlässigkeit in seiner Handlungszweife mit Recht erklährt worden sei. (Art. d. R.-G. v. 4. Nov. 1910.)

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Während der Monat August auf dem Arbeitsmarkt im Baugewerbe gegen den Juli eine ziemlich erhebliche des Andrangs Arbeitsfindender gebracht hatte, war im September eine kleine Erleichterung zu verspüren. Diese in jedem September eintretende Besserung war jedoch in diesem Jahre so schwach, wie in keinem Jahre seit 1906. Während im Vorjahre, im September 1909, der Minderandrang auf 100 offene Stellen 40,90 gegen den August betragen hatte, ging die Zahl der Stellungsfindenden in diesem Jahre nur um 10,35 zurück. Wie sich die Lage am Arbeitsmarkt im Baugewerbe während der letzten fünf Jahre in den Monaten Juli bis November stellte, zeigt folgende Tabelle. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsfindende:

	Juli	August	September	Oktober	November
1906	110,48	107,06	96,52	118,66	141,70
1907	110,18	108,80	83,30	114,14	159,20
1908	142,74	160,90	134,60	185,77	243,49
1909	147,92	160,80	119,90	139,75	176,15
1910	136,57	145,29	134,94	—	—

Selbst im Jahre 1908 ist im September der Andrang Arbeitsfindender im Baugewerbe nicht so groß gewesen, wie dies im laufenden Jahre der Fall ist. Auch ist in keinem der vier vorhergehenden Jahre die Erleichterung gegen den August so gering gewesen wie 1910, wenn auch im September der Andrang bedeutend geringer war als in den beiden Vorjahren. Denn in diesem Monat pflegt alljährlich die Bautätigkeit hier und da durch die Witterung gehemmt zu werden. Die Entwicklung der Lage am Arbeitsmarkt hat sich für die verschiedenen Gruppen des Baugewerbes recht ungleichartig gestaltet. In den einzelnen Berufen

Lagen während der Monate August und September 1909 und 1910 auf 10 offene Stellen Arbeitssuchende:

Table with 4 columns: Beruf, 1909 (Aug, Sept), 1910 (Aug, Sept). Rows include Maurer, Zimmerer, Maler, Glaser, etc.

Gesellschaft hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in bedeutendem Maße nur bei den Malern, Anstreichern und Radierern. Ebenso konnte bei den Gläsern eine ziemlich wesentliche Besserung der Marktlage festgestellt werden...

Table with 4 columns: Region, 1909 (Aug, Sept), 1910 (Aug, Sept). Rows include Ost- und Westpreußen, Berlin, Schleswig-Holstein, etc.

Durchweg finden wir einen höheren Anhang, als er im September 1909 festzustellen war. Im August dieses Jahres war die Belastung des Arbeitsmarktes in Berlin, Schleswig-Holstein und Lübeck geringer gewesen...

Table with 4 columns: Region, 1909 (Aug, Sept), 1910 (Aug, Sept). Rows include Posen, Sachsen, Westfalen, etc.

Mit Ausnahme der Provinzen Posen, Sachsen, Silesien, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, in Bayern, im Königreich Sachsen, in Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen haben sich die Verhältnisse gegen den September des Vorjahres gebessert.

Gewerkschaftliches.

* Generalausperrung in der Schuhindustrie? In Dresden streiken seit einigen Wochen die Arbeiter von zehn Schuhwarenfabriken, die dem Verband der deutschen Schuhwarens- und Schäftefabrikanten angehören...

den Ergebnissen der jüngsten Berufs- und Betriebszählung allein in Betrieben mit über 50 Arbeitern rund 82 000 Personen beschäftigt. Nimmt man nun die Mitgliederziffer und der zu ihnen gehörigen Arbeiterzahl an, die die Unternehmer Anfang 1909 bekannt gaben...

Soziales.

* Die Rabbokatastrophe vor Gericht. Der Rabboprozess gegen die „Vergarbeiter-Zeitung“, der vom 19. bis 28. Oktober vor der Strafkammer in Bochum verhandelt wurde, hat mit einer furchtbaren moralischen Niederlage des kapitalistischen Systems rücksichtslos Profitauderei geendet...

Alles das und manches andere hatte sich auf Rabbod eingebürgert und so die Unterlage gebildet für die entsetzliche Katastrophe. Man wird sagen, Beamte und Arbeiter haben auch manches getan, was im Interesse der Sicherheit des Betriebes gefast unterblieben wäre...

Vergebens suchten die Sachverständigen Hollender und Oberbergat Kalkheuer nach Gründen, um dieses System zu rechtfertigen. Weide wollten die Ursache der Katastrophe in einer reinen Schlagwetterexplosion sehen...

* Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigt die Stadt Darmstadt eine Zentralfelle für Arbeitslosenfürsorge mit privatem Charakter einzurichten, die alle nach den Verhältnissen zur Mitwirkung Berufenen und freiwillige Helfer in sich vereinen und so ein erfolgreiches Arbeiten nach einheitlichen Gesichtspunkten ermöglichen soll...

Kreisen in Besprechungen über die Frage der Arbeitslosenversicherung einzutreten. Es handelt sich um unverbindliche Besprechungen informatorischer Natur, deren Ergebnis der Regierung als Material für eine spätere Verhandlung der kommunalen oder staatlichen Arbeitslosenversicherung dienen soll.

Polizei und Gerichte.

Der Arbeiterverband für politisch erklärt. Die Verwaltungsmittelglieder des Zweigvereins Thorn des Arbeiterverbandes wurden durch die Polizeibehörde mit einem Strafmandat bedacht, weil es der Vorsitzende trotz wiederholter Aufforderung unterließ, die Mitglieder bei der Versammlung zu empfangen. Gegen dieses Strafmandat wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht waren als Zeugen ein Polizeikommissar, ein Polizeimeister, ein Polizeifeldwebel, ein Polizeioberwachtmeister, ein Polizeikommissar und ein Polizeisekretär erschienen, die einmütig bekundeten, daß im Arbeiterverein politische Gegenstände durch auswärtige Referenten erörtert würden, und daß nach einer Vernehmung vor dem Lokal Wahlgericht einen von der Hamburger Polizei eingeforderten Bericht zur Verfügung, aus dem die politische Tätigkeit der Mitglieder des Hauptvorstandes ersichtlich sein soll. Daraufhin nahm das Gericht an, daß sich der Verband ausschließlich mit sozialdemokratischer Politik befaßt. Die Verhandlung wurde verworfen und die Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 10 Mark oder einem Tage Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil wird nochmals Berufung eingelegt werden; es wird sich also zeigen, was alles unter dem neuen Vereinsgesetz möglich ist.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 5. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Die Nummer enthält gleichzeitig das Heftchen der „Neuen Zeit“ Nr. 33: (Freig. Neuter. Von F. Wehring. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kunstgewerbes. Von Joseph Aug. Zug-Dresden. Der „Diegenismus“ zum letzten Male. — Leseblätter: Eine Verächtlichkeit. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitssachverständiger (herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag von Georg Reimer, Berlin). Die als Organ des Verbandes Deutscher Arbeitssachverständiger erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 1 bis 14. Jahrgang als Verbandszeitschrift eine Reihe ausgedehnter Artikel, von denen wir nennen: 1. Zur Frage der einseitigen Arbeitssachverständigen. — Vermittlungsgeschäfte, Arbeiterbeschäftigungsausschüsse, öffentliche Arbeitssachverständigen. — Der Arbeitssachverständigen des Verbandes deutscher Textilarbeiter. — 2. Der britische Arbeitssachverständigen und seine Ziele. — Die gesetzliche Regelung des Arbeitssachverständigen in der Schweiz. — Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Australien und Neuseeland. — 3. Arbeitssachverständigen in der Textilindustrie. — Lehrlinge und Arbeitssachverständigen. — Arbeitssachverständigen als Jugendfürsorge. — Die Verhältnisse der Textilindustrie in Australien und Arbeitssachverständigen der Landwirtschaft in Australien und Neuseeland im Jahre 1909. — Über die Textilindustrie in Österreich. 4. Die Beratung bei der Berufswahl mit besonderer Berücksichtigung der weiblichen Jugend. — Beiträge zur Organisation des Arbeitssachverständigen für weibliche Hausangestellte. — Dienstbotenprobleme und Frauenbewegung. — 5. Verpfändung und Vermittlung ausländischer Arbeiter. — Die italienischen Arbeiter in Deutschland. — Bibliographie über ausländische Arbeiter. — Zur Frage der ausländischen Saisonarbeiter in Deutschland. — 6. Lohnstatistik und Arbeitssachverständigen. — Verzeichnisse. — Inländischer Arbeitssachverständigen: Hinweis auf die Lage des Arbeitssachverständigen. — Arbeitssachverständigen: Die Vermittlung von Handwerksgehilfen an Private. — Zur Frage der Fahrpreiserhöhung. — Stadische Arbeitslosenbeschäftigung im Winter 1909/10 in Tübingen. — Auskünfte und Ermittlungen. — Den Organisationsleitungen ist ein Abonnement des „Arbeitsmarkt“ durchaus zu empfehlen. Diese besondere Nummer ist auch einzeln zu haben; sie kostet M. 1.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Vergarbeiter. Historische Darstellung der Vergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Von Otto Hue. Erster Band. VIII und 456 Seiten 8°. Preis brochiert M. 5, gebunden M. 6 in Halbfranzband M. 7. Der Verfasser hat die Arbeit, von der jetzt die erste Hälfte im Druck vorliegt, im Auftrage des Vorstandes der Vergarbeiter Deutschlands unternommen. Wir behalten uns eine besondere Besprechung vor.

Der Arbeiter-Notizkalender 1911 ist soeben beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, zur Ausgabe gelangt. Der Arbeiter-Notizkalender enthält seit vielen Jahren großer Beliebtheit in den Kreisen der organisierten Arbeiter. Alle berechtigten Anforderungen, die ein Arbeiter an einen Taschenbuch, sind erfüllt. Der Kalender gibt Auskunft über alle Adressen, die für den Arbeiter von Wichtigkeit sind. Ein umfangreicher Tageskalender sowie ein Notizbuch sorgen dafür, daß er sich alle Veranstaltungen, die ihn interessieren, notieren kann. Der sonstige Inhalt ist lebendig und interessant für jedermann. Besonders Interesse werden die Berichte der seit Erscheinen des vorigen Kalenders neu gewählten acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten begegnen. Der Preis des dauerhaft gebundenen Taschenkalenders beträgt 50 Pf. Alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs haben ihn vorräglich.

Oesterreichischer Arbeiter-Notizkalender für 1911. Verlag Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien. Preis 90 Pf. franko.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso ertheilen wir keine rechtliche Auskunft, auch nicht, wenn Mißporto beigelegt ist).

* Die Nr. 47 des „Grundstein“ muß des Sonntages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bezw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekannmachungen so früh abzulassen, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

G. G., Erfurt. Im Hauptbureau, einseitigliche Redaktion und Expedition des „Grundstein“, sind zurzeit (mit Hilfsarbeitern) 17 Personen angestellt; die Gane haben, mit Ausnahme von Berlin und Leipzig, die Zahl der Angestellten in den Zweigvereinen haben wir zurzeit keine genauen Angaben, im Ganzen dürften es etwa 115 sein.

J. S., München. Der Beitrag für die 26. Beitragswoche ist am Schluß der Woche, also am Sonnabend, 6. November, fällig. In den meisten Fällen wird er aber erst am Sonntag, 6. November, eintrifft. 1911 muß der erste Beitrag am 4. resp. 5. März bezahlt werden.

S. Sch., Kutenwalde. Eine solche Anzeige ist bei uns nicht eingetroffen.

A. H., Thorn. Ohne genaue Kenntnis des Vertrages können wir darüber kein Urteil abgeben, müssen aber sagen, daß wir es für richtig halten, einem Mann, der einem in Zeiten der Not Geld geborgt hat, dieses Geld zurückzugeben. Sobald er selbst in Not kommt. Ihn um dieses Geld noch klagen zu lassen, halten wir für unmoralisch.

A. B. B., Der Rühler, der unsere Schlussworte entworfen hat, hat wollen ausdrücken: Die Arbeit ruht, die Bauarbeiter haben das Werkzeug fallen lassen und zur Wehr gegriffen, um die Organisation zu schützen, die durch das in der Mitte angeordnete Verbandsausdrück symbolisch dargestellt ist. Die beiden trauvollen nachdenklichen Männergestalten sind das Symbol für die prächtige Haltung der Arbeiter im Kampfe; die Würfel in ihrer Hand sollen in Anlehnung an das Wort Söllners von dem wilden elernen Würfelspiel nochmals den Kampf symbolisieren, besonders sollen sie sagen, daß der Ausgang des Kampfes ungewiß war und daß der Sieg nur durch gewaltige Kraftanstrengungen zu holen war. In der Art, wie die beiden Gestalten die Würfel halten, kann man den Gedanken vermuten: Wann ist der Ausgang ungewiß wie ein Würfelspiel, aber wir werden uns den Sieg erzwingen. Das übrige besagt die Aufschrift der Marken.

M. B. 22. Wenn die Streifbeiträge nicht bezahlt sind, so wird der betreffende beim Uebertritt in den Bauarbeiterverband zurückgewiesen; er verliert also die Mitgliedschaft und alle erworbenen Rechte.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Mülhausen i. Els.

Zum 1. Januar 1911 wird für den Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Mülhausen, ein

Kassalbeamter

gesucht. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Maurer- oder Bau-Hilfsarbeiterverbande angehört haben. Reflektiert wird nur auf eine durchaus vorzügliche Kraft. Gehalt mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 1. Dezember 1910 an den Leiter, Kollegen Karl Voigt, Straßburg i. El., Gelsenstraße 14, einzuliefern. Dem Bewerbungsschreiben ist eine Abhandlung über die Aufgaben eines Kassalbeamten im neuen Bauarbeiterverband beizufügen. [M. 4,80]

Hermann Jürgens aus Lündern 6. Saarl., wo bist Du? Schreibe Deinen Heilkollegen aus Baden, Hermann Ebermann, Vottrop i. W., Schornhöfstr. 79. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Essen.

Richard Hoppe, geboren am 14. Januar 1886 zu Hohenhausen, wird gesucht. Wer seinen Aufenthaltsort weiß, wird gebeten, dies an untenstehende Adresse mitzuteilen. [M. 150] K. Schulze, Braunschweig, Werber 32.

Erlangen.

Sonnabend, den 19. November, feiert unser Zweigverein sein

Fünfzehntes Stiftungsfest

im Praterfaale des Herrn Jenette. Sämtliche Kollegen im Zweigvereinsgebiet sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Zarrentin.

Montag, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr, feiert unser Zweigverein im „Gasthof unter den Linden“ sein

Zwölftes Stiftungsfest

bestehend in Feste, humoristischen Vorträgen u. dgl. Die Kollegen von Zarrentin und Umgebung werden dazu freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileie folgt 10 A.)

Wilschaffsburg. (Rahferrle) Lohr. Am 20. Oktober starb unser treues Mitglied Friedr. Abt im Alter von 85 Jahren an Darmtuberkulose. Biele. Am 21. Oktober starb unser Kollege Hermann Jahn aus Pausitz an Lungentuberkulose. Brandenburg a. d. S. Am 29. Oktober starb unser treuer Kollege Johann Katsauweit im 65. Lebensjahre an Herzschlag. Burgstädt. Am 30. Oktober starb unser treuer Kollege Richard Gittner aus Herrenhaide im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose. Dresden. Am 29. Oktober starb unser Mitglied Carl Gottlob Polster im Alter von 58 Jahren. — Am 3. November starb unser Mitglied Richard Max Gebauer im Alter von 50 Jahren an Magenleiden. Eisenach. Am 2. November starb unser Kollege Franz Schrä in im Alter von 54 Jahren an Herzschlag. Göttingen. Am 25. Oktober starb unser Kollege Fritz Diederich aus Ebergötzen im Alter von 37 Jahren an Herzschlag. Groß-Ammensen. Am 25. Oktober starb unser treuer Kollege Simon Wirstedt aus Bahldorf im 39. Lebensjahre an Herzleiden. Göttingen. Am 5. November starb unser Kollege August Drespe im Alter von 35 Jahren durch Unfalltod. Hannover. Am 4. November starb unser Kollege F. Dreier in Dedenen im 52. Lebensjahre an der Zuckerkrankheit. — Am 5. November starb unser Kollege Georg Hauf im Alter von 53 Jahren an Herzschlag. Königberg i. P. Am 26. Oktober starb unser treues Mitglied Heinr. Obermüller an der Proktorerkrankheit. Wir betrauern in ihm einen unserer tüchtigsten Kollegen. Magdeburg. Am 1. November starb der Kollege Franz Kersten im Alter von 28 Jahren an der Proktorerkrankheit. Auf dem Wege zur Arbeitsstelle machte ein Wutsturz seinem jungen Leben ein jähes Ende. Mühlberg = Nischtenberg. Am 1. November verschied plötzlich unser Kollege Karl Weber im Alter von 52 Jahren an Gehirnschlag. Oelsberg. Am 5. November starb unser Kollege, der treue Hilfsarbeiter Heinr. Abraham im Alter von 56 Jahren an Herzerkrankung. Posen. Am 3. November starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Valentin Matuzewski im Alter von 37 Jahren an Lungentuberkulose. Schmolln. Am 28. Oktober starb unser langjähriger Mitglied Hermann Stemmler im Alter von 46 Jahren an Magenverhärtung. Sommerfeld. An den Folgen eines Unfalles starb unser Kollege K. Schulz im Alter von 50 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Hugo Hubert und Albert Kadov scheidet mit Adresse: Konrad Adameck, Essen a. d. Ruhr, Goltzerhauser Straße 70, 2. Et. [M. 1,50]

Karl Klingler von Markt-Seinheim, lasse Deiner Mutter eine Nachricht zukommen. [90 A] Zweigverein Würzburg.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Verehrer, H Herberge, Rz Reizeunterstützung wird ausgegibt bei.)

Golberg i. Schief. V Bruno Schmidt, Friedrichstr. 238; K Max Wendig, Schalgasse.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, den 13. November.

Eschwege. Nachm. 2 Uhr bei Holz im Verh. Radm. 2 Uhr Generaterversammlung bei König. L.-D. Bericht von d. r. Gaukonferenz. Bericht vom brit. n. Quartal. Neuwahl zum Bauarbeiterverband. Verchiedenes. Radm. 8 Uhr im Lokal des Herrn Robert Zeitow. L.-D. Verbandswoch.

Sonnabend, den 19. November.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat.

Sonntag, den 20. November.

Erlmühle. Radm. 1 Uhr Generaterversammlung bei Sturm, Sangfurt. L.-D. Neuwahl des Vorstandes.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr. L.-D. Neuwahl der gesamten Verwaltung. Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Ochsen“. Bericht vom Gau.

Zentralrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 13. November.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im Hofhaus, Rosenstr. 3, vorn (Stehbierhalle). L.-D. Aberschmung vom dritten Quartal und Kasienangelegenheiten.

Isolierer und Steinhölzleger.

Mittwoch, den 16. November.

Berlin. (Fotografie). Nachm. 2 Uhr bei Köpke, Schwebler Straße 28-24. Vortrag.